



Politische Berichte

Nummer 17 / 13. Jahrgang

14. August 1992

G 7756 D Preis 1,50 DM

Konzerne und Regierung wollen in der Krise die Lohnabhängigen noch schutzloser machen

Bereits mit der Anhebung des Diskontsatzes auf 8,75 Prozent (den höchsten Stand seit 1931) am 16. Juli hatte die Bundesbank signalisiert: Die industrielle Produktion der Kapitalisten läuft nicht wie erwartet, eine Vertiefung der Krise, Zusammenbrüche von Firmen und damit verbunden eine weitere Zentralisation und Konzentration von Kapital ist zu erwarten. Die Anhebung der Zinssätze durch die Bundesbank sollte die dafür notwendige Liquidität bei den großen Konzernen bereitstellen helfen und zusätzliches Geld aus dem Ausland anlocken. Bereits im April und Mai dieses Jahres waren unter dem Eindruck der Hochzinspolitik der Bundesbank im Saldo über 15 Mrd. DM in die BRD geflossen, mit denen die großen Konzerne ihre Kapitalpolster zusätzlich aufbessern konnten.

Inzwischen nehmen die Krisensignale der kapitalistischen Produktion weiter zu:

— Anfang August meldete das *Handelsblatt*, die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe seien nun seit 15 Monaten rückläufig: „Besonders markant ist der Nachfragerückgang im Investitionsgüterbereich. Hier mußte innerhalb der letzten drei Monaten ein Minus von gut 6 % hingenommen werden, wobei vor allem die Inlandsnachfrage nach neuen Ausrüstungen einen deutlichen Einbruch verzeichnete; dies ist kein gutes Konjunktursignal.“ Der Verband der Maschinenbaukapitalisten hatte wenige Tage vorher sogar noch kritischere Zahlen gemeldet: Die Aufträge hätten im Juni um real 12 Prozent unter dem Vorjahreswert gelegen, die Inlandsbestellungen seien sogar um 22 Prozent geringer ausgefallen.

— Auch im Baubereich sind die Auftragseingänge rückläufig, in den beiden Monaten März und April allein um 15 %. Den tiefsten Einbruch verzeichnet auch hier der gewerbliche Bau. Bisher, so wieder das *Handelsblatt*, sei der Bau-sektor noch „einer der wenigen Eckpfeiler der Konjunktur“ gewesen.

— Folge der rückläufigen Produktion: Im vergangenen Monat stieg die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen in der BRD erstmals über drei Millionen. In den Ost-Ländern beträgt die offizielle Arbeitslosenzahl inzwischen 1,188 Millionen bzw. 14,6 %. 64 Prozent der erfaßten Arbeitslosen sind Frauen. Weitere 504.000 Personen sind im Osten in „beruflicher Weiterbildung“, 389.000 auf ABM und 542.000 im „Vorruhe-

Möllemann: „Weg von starren Tarifregelungen“

stand“. Arbeitslosigkeit, ABM, Vorruhestand oder „Weiterbildung“ — in dieser Situation ist damit inzwischen ein Drittel der arbeitsfähigen Bevölkerung der früheren DDR.

— Logische Folge dieser rückläufigen Beschäftigung: Alle Sozialversicherungen, ob Kranken-, Renten- oder Arbeitslosenversicherung, erwarten in nächster Zeit hohe Defizite.

Auch bei den Preisen ist ein Rückgang der Teuerung nicht absehbar. Zwar hält der Zinskurs der Bundesbank den DM-Kurs hoch und damit die Einfuhrpreise für Rohstoffe vergleichsweise niedrig. Aber der Rückgang der Produktionszahlen treibt die Stückkosten der Kapitalisten hoch, und diese werden alles tun, um diesen Kostenanstieg auf die Preise aufzuschlagen. Hinzu kommt, daß die rückläufige Produktion auch die öffentlichen Steuereinnahmen beeinträchtigt. Waigels Haushaltszahlen könnten sich bei einem weiteren Einbruch der Produktion schon bald als Wunschträume herausstellen. Sowieso stehen insbesondere die Gemeinden und Länder — und hier wiederum insbesondere die im Osten — unter einem enormen finanziellen Druck. In der Folge werden schon jetzt zahlreiche öffentliche Preise — etwa Nahverkehrstarife, Strom- und Gas-tarife, Schwimmbäder, Bibliotheken usw. — zum Teil drastisch angehoben. Daß damit gerade die Dienstleistungen

für die sozial schwächsten Teile der Lohnabhängigen weiter zusammenge-kürzt werden, ist genau das Ergebnis, das die Bundesbank mit ihrer extremen Zinspolitik auch beabsichtigt. Die Anhebung der Mehrwertsteuer auf 15 Prozent zum 1.1.93 wird diese Teuerung weiter anheizen.

Bei Konzernen und Regierung werden unter diesen Umständen weitere Angriffe auf die Lohnabhängigen vorbereitet. Der Verband der Metallkapitalisten meldet, 25 Prozent der Unternehmen der Metallindustrie bereiten Entlassungen vor: „Ähnlich schlechte Beschäftigungserwartungen waren in der konjunkturrellen Abschwungphase von Herbst 1981 bis Herbst 1982 zu registrieren.“ Die *Bild*-Zeitung läßt Möllemann zum Frühstück ein und zitiert ihn hinterher: „In Schlüsselbranchen der westdeutschen Industrie gibt es drohende Warnsignale. Wenn diese Zweige ins Trudeln geraten, würde es kritisch. Die Weltwirtschaft steht auf der Kippe.“

Möllemanns arbeitgeberfeindliche Konsequenz: „Wir müssen weg von zu starren Tarifregelungen. Es ist unvernünftig, alle Unternehmen und Regionen zu behandeln, als wären sie gleich leistungsstark und produktiv. Mit Gewerkschaften und Arbeitnehmern muß vereinbart werden, daß in Problemregionen und -branchen flexible Tarife vereinbart werden können. Wir müssen auch von

den starren Maschinenlaufzeiten weg. Sie sollen auch am Wochenende laufen dürfen...“ (*Bild*, 5.8.92)

Das von der Regierung erst vor einigen Wochen bekräftigte „Deregulierungs“-programm soll also bei einer Vertiefung der Krise noch rascher umgesetzt werden. Je tiefer die Krise, um so schutzloser die Lohnabhängigen, damit die Arbeitsleistung noch höher getrieben werden kann und die Bezahlung noch niedriger wird — so lautet das brutale Konzept von Regierung und Konzernen.

In die gleiche Richtung zielen die zunehmenden Drohungen von Kapitalisten, durch Austritt aus dem Tarifverband bestehende Tarifvereinbarungen wieder aufzuheben oder — wie im Osten verbreitet — erst gar nicht anzuerkennen. Ausweitung der Nacharbeit, Ausweitung von Wochenendarbeit, Bezahlung unter Tarif — Möllemanns „Problemregionen und -branchen“, bei denen der Minister untertarifliche Bezahlung erlauben will, werden mit zunehmender Krise bald überall zu finden sein. Die Gewerkschaften müssen sich für den Herbst auf einen umfassenden Deregulierungsangriff von Regierung und Konzernen einstellen.

Quellen: *Handelsblatt*, 30.7.—6.8.; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juli; Monatsbericht Juli des Bundesministeriums für Wirtschaft, in: *Bulletin der Bundesregierung*, 4.8. — (rül)

Immer mehr Kapitalisten ohne Tarifbindung

Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung stellt fest, daß viele Betriebe in den neuen Bundesländern nach Abschluß von Tarifverträgen den Unternehmerverband verlassen, um niedrigere Löhne zahlen zu können. Im Westen kündigte IBM für Ende des Jahres den Austritt aus dem Metallarbeitgeberverband an; vor allem wegen der tariflichen Arbeitszeitregelungen. Auch mehrere kleinere Firmen im Westen verlassen die Verbände. Der DGB weist auch auf Nachteile für die Unternehmer hin: Schließlich seien Tarifverträge für die Firmen auch eine Art Kalkulationsgrundlage, man wisse genau, wann wieviel zu zahlen ist. Den Nachteil wollen die Kapitalisten auch nicht haben; mehrere Verbände nahmen die Austritte zum Anlaß, Tariföffnungs-klauseln zu fordern. Der Kapitalist bliebe im Verband, die Beschäftigten hätten aber nichts davon. *Welt*, 5.8. — (alk)

Daume: Wiedervereinigung „nicht optimal genutzt“?

„Wieder so erfolgreich wie 1936 in Berlin“, Kölner Stadt-Anzeiger, 10.8.92
„Dieter Baumann gegen die Afrikaner“, ARD, 8.8.92 beim 5000-Meter-Lauf.
„Vorherrschaft der Afrikaner ist gebrochen“, ARD, 8.8.92, ebenda.

Tagtägliche reaktionäre und rassistische Hetze aus den Medien. Nicht Völkerverfreundschaft, sondern Elite- und Vormachtstreben ist die Politik des bundesdeutschen Sports. 33 Goldmedaillen, 9 weniger als 1936 und diesmal „nur“ Platz 3 hinter GUS und den USA, die deutschen Sportfunktionäre wollen mehr: NOK-Präsident Daum erklärte, daß der „Elitesport“ nicht optimal genutzt wurde. — (jöd)

SPD-Minister schwenkt bei der Pflege auf Blüm-Linie

Die *Welt* (11.8.) berichtet, bereits am 13. Juli habe ein geheimes Treffen verschiedener Sozialminister der Länder bei Blüm stattgefunden, um sich über die Einführung der Pflegeversicherung zu einigen, darunter Jansen (SPD) aus Schleswig-Holstein und Heinemann (SPD) aus NRW. Jansen erklärte nun gegenüber der *Welt*, die Tarifpartner müßten dadurch zur Finanzierung der Pflegeversicherung beitragen, daß sie alle weiteren Arbeitszeitverkürzungen in diesem Jahrzehnt ohne vollen Lohnausgleich vereinbaren. Auch auf einen Feiertag könnte verzichtet werden. „Man darf die Lohnnebenkosten nicht vernachlässigen, das sage ich als Sozialdemokrat.“ Damit hat sich der SPD-Minister dem Standpunkt der Regierung genähert, daß die Beschäftigten die Kosten für die Pflegeversicherung voll zu übernehmen hätten. — (alk)

Hohes Risiko erschwert die militärische Intervention!

Am 13.8. beschließt der UN-Sicherheitsrat über eine von den Westmächten eingebrachte Resolution, Hilfslieferungen nach Bosnien-Herzegowina „mit allen notwendigen Mitteln“ zu schützen. Die NATO legt in Bälde Pläne für eine militärische Sicherung von Transporten vor. Sollten solche Pläne in die Tat umgesetzt werden, dann ist dies gleichbedeutend mit der direkten militärischen Intervention der Imperialisten in den jugoslawischen Bürgerkrieg. Tatsächlich befinden sie sich in einer komplizierten Lage. Ihre kroatischen und bosnischen Verbündeten nämlich, von den Westmächten und allen voran von der BRD zur Lostrennung ermuntert, in ihrer Kriegsführung finanziert, als Hilfsvölker zur Zerschlagung Jugoslawiens mißbraucht, sind den serbischen Kräften militärisch unterlegen. Werden sie nun „im Stich“ gelassen von ihren Schutzmächten, sind die politischen Auswirkungen für die Imperialisten in der Region, ja in der Welt katastrophal. Intervenieren die Imperialisten, gehen sie ein hohes militärisches und — mit Blick auch auf die Lage im Innern — politisches Risiko ein. Daher ihr Zaudern. — (sc)

Südafrika: Streik gegen de Klerk

Der ANC und andere hatten für den 4./5. August zu einem Generalstreik aufgerufen, der in den Industriezentren von vielen Arbeitern befolgt wurde. Viele forderten: „Weg mit de Klerk!“ „Häuser, Gesundheit, Arbeit!“ Der ANC verknüpfte mit dem Streik die Hoffnung, die Verhandlungen mit der Regierung in der Codesa-Konferenz wieder in Gang zu bringen. Der PAC unterschrieb den Streikaufruf nicht (siehe ausführlicher Seite 5). — (alk)



Hoffnung für Lebenslängliche?

BVerfG-Urteil wirft Problem lebenslanger Freiheitsstrafe neu auf

Ende Juni berichtete die Presse von einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG), das die Chance von zu lebenslanger Haft Verurteilten verbessere, nach der Verbüßung der gesetzlichen Mindeststrafe von 15 Jahren vorzeitig entlassen zu werden. In seinem Urteil verwarf das BVerfG die herrschende Praxis, wonach allein die Strafvollstreckungskammern über die „Schwere der Schuld“ und damit über die Vollstreckung der Haft über die 15 Jahre hinaus entscheiden (nach § 57a wird die Aussetzung der Strafe nicht nur von einer „günstigen Kriminalprognose“, sondern vor allem auch von der „besonderen Schwere der Schuld“ abhängig gemacht). Nach dem BVerfG-Urteil müssen künftig die Schwurgerichte, die die zur Last gelegten Straftaten aburteilen, auch die „für die Bewertung der Schuld... erheblichen Tatsachen“ feststellen. Diese Feststellung unterliegt damit auch einer möglichen Revision des Urteils.

Die künftige Regelung verbessert insofern die Lage der zu lebenslanger Haft

Verurteilten, als sie die Ungewißheit, in der sie so viele Jahre leben, einschränken. Denn nicht nur kommt die Bewertung der „besonderen Schwere der Schuld“ 15 Jahre oder mehr nach der ersten Verurteilung einer Zweitverurteilung gleich. Besonders grausam erfährt der Gefangene vor allem die zermürbende Differenz zwischen der ungeheuerlichen Strafanforderung — lebenslange Freiheitsstrafe — und der Möglichkeit zeitlicher Begrenzung der Vollstreckung, die ihn staatlicher Willkür und dem Ermessensspielraum von Gerichten aussetzen.

Das Urteil rührt erst einmal nicht an die grundlegende Problematik der lebenslangen Freiheitsstrafe. BVerfG-Richter Mahrenholz weist dann auch in seiner abweichenden Meinung darauf hin, „daß der Gesetzgeber das Problem der lebenslangen Freiheitsstrafe in ihrem Charakter als absoluter Strafanforderung für Mord nicht länger ignorieren kann“. Dazu aber trägt, wohl unfreiwillig, das BVerfG-Urteil bei. Denn das

verurteilende Schwurgericht, das sich zur Frage der „besonderen Schwere der Schuld“ äußert, macht damit, wenn auch nur indirekt, Angaben über den Zeitrahmen der Vollstreckung. Damit wird, diese Befürchtung klingt in den vorweg eingeholten Stellungnahmen des Generalbundesanwalts sowie aus dem Justizministerium Bayern an, die lebenslange Strafe „entwertet“ und letztlich in eine Zeitstrafe umgewandelt.

Die Bedingungen für eine breite Erörterung und Kritik lebenslanger Freiheitsstrafe sind also so schlecht nicht. Die Kritik sollte aber unbedingt den geltenden Mordparagrafen einbeziehen, den die Faschisten 1941 in Strafbuch einführen und der den Mord vom Totschlag nicht etwa durch objektivierte Kriterien (wie z.B. Vorsätzlichkeit, Überlegung), sondern durch „besondere Verwerflichkeit“, durch „niedrige Beweggründe“ („Heimtücke“) des „Mörders“ abgrenzt.

Quelle: Aktenzeichen 2 BvR 1041/88 und 2 BvR 78/89 — (sc)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

Jäger 90

Es bleibt dabei: Der Ausstieg Bonns beim Jäger 90 ist keineswegs eindeutig. Im Sommer unterstrich dies der britische Verteidigungsminister Malcom Rifkind im Londoner Unterhaus. Laut *Financial Times* (8.7.) zerpfückte dieser den Wunsch von Verteidigungsminister Rühn nach einem „abgespeckten Kampfflugzeug“; eine solche — neue — Entwicklungsphase kostete 20 Prozent mehr als die Jäger-90-Entwicklungskosten. Sodann unterstrich er, daß Bonn vertraglich an die Übernahme der anteiligen Kosten bis Ende der Entwicklungsphase gebunden sei. Das mache, auch im Fall eines Bonner Ausstiegs, weitere 3 Milliarden DM. Er, Rifkind, stelle erfreut fest, daß Bonn und Rühn zu diesen Kosten stünden.

Unter-Tarif-Löhne

FDP-Vorsitzender Lambsdorff agitiert weiter für Öffnungsklauseln in Tarifverträgen. Nachdem er vor einigen Wochen mit dem Vorschlag aufgetreten war, Tarifverträge im Osten auf breiter Front auszusetzen, sagte Lambsdorff jetzt im *Köln Express*: „Unter zwei Voraussetzungen sollten auch in den alten Bundesländern Lohnvereinbarungen unter Tarif möglich sein.“ Betriebsrat und Unternehmensleitungen sollten übereinstimmen, daß sich der Betrieb in einer Notsituation befindet und eine zeitliche Begrenzung der Unterbegrenzung auf zwei oder drei Jahre festlegen. Flächendeckende Tarifverträge findet Lambsdorff grundsätzlich falsch. Ein Eingreifen des Gesetzgebers sei erforderlich, droht Lambsdorff, wenn es zu keinen freiwilligen Vereinbarungen zwischen Gewerkschaft und Unternehmern käme.

BfA (I): Änderung des AfG

Bonn plant eine Änderung des Arbeitsförderungs-gesetzes (AfG). Mit dieser soll, so die Bundesanstalt für Arbeit (BfA), „die Autonomie der Selbstverwaltung der Bundesanstalt eingeschränkt und geschwächt“ werden. Die BfA nehme diese Änderung „mit Befremden“ zur Kenntnis; eine Entmachtung der BfA-Selbstverwaltung wirke sich vor allem mit „Blick auf die Umstellungsphase in den neuen Ländern auf die Marktwirtschaft“, sprich die Massenarbeitslosigkeit, negativ aus. Mit der Änderung des AfG verbunden ist die Abschaffung der überbetrieblichen Ausbildung für benachteiligte Jugendliche und eine Kürzung bei der Qualifizierung von Arbeitslosen um 1,5 Milliarden DM. Beides wird von der BfA — und hier von den Gewerkschaftsvertretern ebenso wie von den Unternehmervertretern — kritisiert und unterstreicht die Bonner Orientierung, die Schwachen noch weiter zu schwächen.

BfA (II): Defizit

Am 9.7. stellt die Bundesanstalt für Arbeit (BfA) fest: Es kommt 1992 zu einem deutlich höheren Defizit als erwartet:

3,7 Mrd. DM Mehrausgaben entstünden vor allem beim Altersübergangsgeld und hier durch dessen Verlängerung für Ostdeutschland, d.h. die Kaschierung der realen Arbeitslosigkeit. In der ehemaligen DDR bezogen im Juni 1992 511 000 Menschen Altersübergangsgeld und 294 000 Vorruhestandsgeld. Das BfA-Defizit wurde errechnet noch vor Bekanntwerden der im selben Monat auf über 3 Millionen gestiegenen Erwerbslosenzahl.

BKA-Chef zum Haftrecht

Der Präsident des Bundeskriminalamtes fordert eine Verschärfung des Haftrechts, wie gewohnt mit der Bekämpfung des organisierten Verbrechens begründet. In der *Welt* (5.8.) will er den Paragraphen 112a des Strafgesetzbuches, der Haftgrund Wiederholungsgefahr bei Sittlichkeitsverbrechen und besonders schweren Straftaten gegen das Leben beinhaltet, ausgedehnt wissen auf „Delikte organisierter Kriminalität“. Alle Straftaten, die üblicherweise „bandenmäßig“ begangen würden, sollen aufgenommen werden. Des weiteren verlangt Zachert, müsse der Begriff der Wohnung (Artikel 13 Grundgesetz) neu definiert werden, damit zum Beispiel Gespräche in Konferenzräumen, Hinterzimmern, Gaststätten etc. aufgezeichnet und die Personen ohne weiteres von der Polizei optisch festgehalten werden dürften.

DGB-Ost-Mitglieder

Obwohl die Zahl der Beschäftigten in den neuen Bundesländern drastisch fiel, blieb die Zahl der im DGB Organisierten in der Ex-DDR konstant — so eine Mitteilung des DGB Ende Juli 1992. Danach waren im Juni 1992 4,2 Millionen Ostdeutsche im DGB organisiert, 0,1 Prozent weniger als im Vorjahr. Diese stellen damit mehr als ein Drittel der insgesamt 11,8 Millionen DGB-Mitglieder. Der überproportionale Anteil der Ostdeutschen im DGB steht im umgekehrten Verhältnis zu ihrem Einfluß auf den DGB.

Kohls Zeitmaß & Urlaub

Im ZDF auf seine Vorhersage angesprochen, in „drei, vier Jahren“ würden sich die neuen Bundesländer zu einer „blühenden Landschaft“ entwickeln, meinte Kanzler Kohl: „Hier müssen wir alle (!) länger Geduld haben.“ Der neue Zeitrahmen: „Ich sehe der Entwicklung für das Jahr 1994 mit Ruhe entgegen.“ Als ihn CDU-Parteifreund Erich Iltgen dazu einlud, statt — wie seit 21 Jahren — am Wolfgangsee in der schwer belasteten Region um Zittau zu urlauben, eilte dem Kanzler die *Frankfurter Allgemeine* zu Hilfe: „Der Anspruch auf Ferien steht jedem Deutschen zu.“

Was kommt demnächst?

Am 9. September beendet der Bundestag seine Sommerpause. Die deutsch-spanischen Konsultationen mit einem Treffen von Kohl und Gonzales finden vom 12. bis 13. September statt. Im Oktober reist Kohl in die Türkei; vom 14. bis 18. Oktober Auslandsreise des Kanzlers nach Japan.

Honecker in Moabit — ein aktueller Fall von deutscher Staatskriminalität

Die Bewertung des diplomatischen Vorgehens durch die Öffentlichkeit der BRD läßt voraussehen, was kommt. Die bloße Tatsache, daß die BRD fast jedem Land irgendwie an den Karren fahren und mithin allerhand rüpelhaft erpressen kann, wird als Zustimmung der bedrohten oder mindestens belästigten Länder gedeutet. Man nimmt an, das Gerichtsverfahren werde in einer Atmosphäre des internationalen Beifalls ablaufen können. So glaubt man, die Gelegenheit sei günstig, einen Schlußsatz formulieren zu können: die Geschichte der DDR — eine Straftat. Das will gewissenhaft vorbereitet sein.

So geben Verlautbarungen der Politik und Kommentare der Presse der BRD zu, daß der Prozeß gegen Erich Honecker Züge eines politischen Verfahrens trage und zum Schauprozeß geraten könne. Damit wird angesprochen, daß das abschließende Urteil nicht aus der Würdigung der persönlichen Verantwortung des Angeklagten folgen muß, sondern unter Gesichtspunkten einer politisch erwünschten Wirkung zusammengeffickt wird. Als Gegenmittel wird empfohlen, im Verfahren gegen Honecker alle Rechtsvorschriften peinlich genau zu beachten und den Honecker zu behandeln wie irgendeinen anderen des Totschlags Angeklagten auch. So wird das irritierte bürgerliche Rechtsgefühl beruhigt, das sich daran stößt, daß hier ganz offensichtlich Sieger über Besiegte Recht sprechen wollen.

Das faire Verfahren

Worum geht es in der Sache? Honecker hatte mit Grenzpolitik der DDR entscheidend etwas zu tun. Er hat den gesetzlichen Rahmen verantwortlich mitgestaltet und war bei der verwaltungsmäßigen Handhabung leitend beteiligt. Er muß sich wegen seiner Grenzgesetzgebung und wegen seiner Grenzpolitik nach den Todesfällen an der Grenze fragen lassen.

Die Justiz und die Öffentlichkeit der BRD, vom Triumph verblendet, fragen nur noch, wieso die DDR sich herausnahm, ihre Bürger vom Gebrauch der menschenrechtlich verbürgten Freizügigkeit abzuhalten. Sie übersehen geflüstert, daß an der Grenze DDR/BRD ein Konflikt zwischen Staaten bestand.

Auf der Seite der DDR sind alle Archive offen, und es ist bis ins einzelne nachzuvollziehen, was der DDR-Staat in dieser Konfliktlage unternahm. Was die BRD bzw. Organe der BRD taten oder anstifteten, liegt nach wie vor unter dem Schleier des Staatsgeheimnisses.

Öffentlichkeit und Gerichte der BRD können z.B. nicht wissen, was die Dienstweisungen von BRD-Agenten für den Fall einer drohenden Festnahme vorsahen, ob sie den Gebrauch der Schusswaffe untersagten, oder ob es einen Schießbefehl gab. Wir wissen nicht, wie weit Mitarbeiter der Geheim-

dienste der BRD in der DDR die Rechtsordnung der DDR respektierten und ob sie sich wenigstens an vergleichbare bundesdeutsche Gesetze zu halten hatten. All dies würde erst eine sorgfältige Durchsicherung der einschlägigen Aktenberge erschließen. Aber diese Akten sind nicht freigegeben.

Wie soll es bei der Aufarbeitung des Grenzkonfliktes sogenannte „faire Verfahren“ geben, wenn nicht geklärt ist, zu welchem Maß an Gewaltbereitschaft die Staaten ihre Agenten in der heißen Zone des kalten Krieges anstachelten und reizten?

Die sicheren Fälle

Zur Beruhigung der Öffentlichkeit legt die BRD-Publizistik viel Wert darauf, daß die Staatsanwaltschaft zwar von mehr als dreihundert Todesfällen an der Grenze ausgehe, aber nicht diese alle, sondern nur etwa vierzig „gut dokumentierte“ Fälle ins Verfahren einbringe. Es wird so getan, als müsse Honecker sich darüber freuen, jedoch liegt die Vermutung nahe, daß die Staatsanwaltschaft eben nur jenen Fällen nachgegangen ist, die in das politische Schema passen. Es wäre ja möglich, durch eine geschickte Auswahl von Fällen der Grenzpolitik des DDR-Staates den deckenden Anstrich eines Konfliktes ausschließlich zwischen den Staatsorganen der DDR und der Bevölkerung der DDR zu verpassen. Dann müßte über den Konflikt BRD/DDR nicht mehr gesprochen oder gar nachgedacht werden.

Die gevierteilte Wahrheit

Kein denkbare Urteil wird ganz außer acht lassen können, daß Honecker als Staatsmann und durch Staatsorgane wirkte. Bloß mit seinem eigenen Kopf und nur mit seinen eigenen Armen hätte er niemals vermocht, was er tat. Eine Verurteilung von Honecker als Person könnte umgekehrt in eine Norm gegen die uferlose Handlungsfreiheit staatlicher Gewaltmonopole münden. Für das Gericht besteht die Schwierigkeit, so zu urteilen, daß das Urteil nicht auf das eigene Handeln zurückschlägt und etwa eine Entwaffnung des Bundesgrenzschutzes als sittliche Pflicht gefordert werden muß.

Aus dieser Klemme will man sich herausarbeiten, indem die Tatsachen gleichsam gevierteilt werden. Zuerst halbiert, denn es ist eine Halbierung, im Grenzkonflikt zwischen BRD/DDR nur die Taten des DDR-Staates zu beachten. Diese halbe Wahrheit wird durch die Auswahl von geeigneten Fällen nochmals geteilt.

Die staatliche entstellte Geschichte

Der Prozeß Honecker ist nach dem, was über die Anklage zu erfahren ist, angelegt, die Geschichte zu verzeichnen. Das Faktische setzt die Normen. Honecker muß deswegen unter allen Umständen

im Gefängnis sitzen. Da er damit ohne Zweifel büßt, steht seine Schuld schon fest. Ziemlich automatisch sind die lebendigen Gegenspieler, z.B. war Kinkel ja BND-Chef, aus dem Konflikt entlassen. Die Geschichte der DDR kann als Geschichte „verdorbener Geister“, wie Deutschlands derzeit dümmster Dichter Biermann dröhnte, fixiert werden. Das Moment der Notwehr gegen einen übermächtigen, brutalen und schlaun Feind fällt weg.

Die Verteidigung

Soweit es dem BRD-Staat wie geplant gelingt, die Abstrafung Honeckers durchzuführen, ohne daß die Taten der Staatsorgane der BRD im Konflikt mit der DDR auch nur zur Sprache kämen, wäre ein großer Schritt getan — weg vom Rechtsstaat, hin zu einem totalitären Staat, dessen Handeln rechtlich nicht geprüft werden muß, weil es beansprucht, von vorneherein Recht zu sein.

Soweit es hingegen der Verteidigung und der kritischen Verfahrensöffentlichkeit gelingt, die umfassende Würdigung der tatsächlichen Vorgänge durchzusetzen, wird das Verfahren eine Wendung gegen die Allmacht nicht nur des untergegangenen, sondern vor allem des bestehenden Staates erhalten.

Wenn die Verteidigung der Verantwortlichen für die Grenzpolitik so aufgebaut wird, daß sie sich auf das Recht souveräner Staaten beruft, wird sie schlimmer sein als nur nutzlos. Nutzlos wird sie sein, weil das BRD-Recht nur den Charakter der DDR als souveränen Staats anzuzweifeln braucht — und es liegt ja so nahe und ist so einfach, die Souveränität, also die Selbständigkeit von etwas, das zusammengebrochen ist, anzuzweifeln. Und gerade im verendenden, verwesenden Staat wird das bandenmäßige, gewalttätige, auf eigenen Vorteilen bedachte Knochengerüst, das alle Staaten aufrechterhält, für alle unübersehbar.

Wenn sich die Verteidigung hingegen beruft auf die Situation der Notwehr, in der sich die Gesellschaft der DDR befand, wenn sie zeigen kann, welchen staatlichen bzw. staatlich initiierten Angriffshandlungen diese Gesellschaft ausgesetzt gewesen ist, gerade dann wird die Verteidigung die Möglichkeit haben, die Exzesse der Notwehr, die Züge von unterdrückerischer Gewalt, die im Daseinskampf von Staat und Gesellschaft der DDR aufzufinden sind, ohne Umschweife zuzugeben.

Es kann auch darauf verwiesen werden, daß die Staatsorgane der DDR in dem Moment, in dem der Dissens zur Bevölkerung offenbar wurde, abgetreten sind. Für sie stand das Wohl der Bevölkerung offensichtlich über dem Selbstbehauptungsrecht des Staates. Wahrscheinlich dieses wird den Verantwortlichen des DDR-Staates hier am wenigsten verziehen. — (maf)

Bundesverfassungsgericht blockiert vorläufig die Fristenregelung

Am 4. August hat das Bundesverfassungsgericht dem Antrag von 247 CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten und der Bayerischen Staatsregierung stattgegeben und verhindert, daß die Fristenregelung mit Beratungspflicht, mehrheitlich vom Bundestag verabschiedet, Gesetzeskraft erlangt. Die endgültige Entscheidung des Verfassungsorgans müsse abgewartet werden. In einer Frage von solchem Gewicht könne nicht ein mehrfacher Wechsel im Konzept riskiert werden.

Die CDU/CSU will nicht nur die Fristenlösung mit Beratungspflicht verhindern, sondern die bestehende Indikationsregelung verschärfen: durch „soziale Hilfen“ werden angeblich Notfälle ausgeschlossen, damit entfalle die Notlagenindikation und der Staat kann mit Kontrolle und Bestrafung wieder durchgreifen. Ihr Hauptantrag mit Begründung gegen die Fristenlösung muß bis zum 25.8. beim Verfassungsgericht vorliegen. Die Verteidiger der Fristenregelung müssen innerhalb von drei Wochen erwidern. Am 25. und 26. November findet erneut eine mündliche Verhandlung statt. Dann wollen die acht

Richter die Entscheidung ausarbeiten.

Die Vertreter von CDU und CSU geben sich zuversichtlich. Noch nie habe das Bundesverfassungsgericht in seinem abschließenden Urteil anders entschieden als zuvor in einer einstweiligen Anordnung. Dem Bundesverfassungsgericht gehe es um die Kontinuität seiner eigenen Position. 1975 hat das Gericht — allerdings in anderer Besetzung — die Fristenlösung für verfassungswidrig erklärt. In der Begründung der Anordnung folge das Bundesverfassungsgericht der CDU/CSU: „Dabei gilt, daß das ungeborene Leben von Verfassungen wegen geschützt ist, daß also insbesondere der Schwangerschaftsabbruch nicht ein Instrument der Familienplanung sein darf.“ Die katholische Kirche hatte nach dem Beschluß des Bundestags Mehrheitsbeschlüsse überhaupt angegriffen. Als Christ müsse man gegen den Strom schwimmen, um das Gottgefällige durchzusetzen, worunter sie die staatliche Bevormundung, Beaufsichtigung und Bestrafung in der Frage des Kinderkriegen verstehe. Die Festlegung des Gerichts zur anonymen statistischen Erfassung von Schwangerschaftsabbrü-

chen bekräftigt ebenfalls den staatlichen Kontrollanspruch.

Die Vertreter der Fristenlösung mit Beratungspflicht verharmlosen das Problem und spekulieren: Es sei keine Vornahme der Entscheidung, weshalb der Beschluß einstimmig gewesen sei. Im Unterschied zu der einstweiligen Verfügung von 1974 fehle der Satz, der zu erwartende Hauptantrag werfe „gewichtige verfassungsrechtliche Fragen“ auf. Das Gericht würde ausdrücklich feststellen, daß es beiden Seiten ernsthaft um den Schutz des ungeborenen Lebens gehe. Schließlich könne das Bundesverfassungsgericht nicht an der Verfassungswirklichkeit vorbeigehen, die sich darin zeige, daß die große Mehrheit der Bevölkerung in der BRD hinter dem Mehrheitsbeschluß des Bundestags stehe. Man müsse jetzt halt abwarten.

Der DGB äußerte heftige Kritik dem Richterspruch. Viele Gewerkschaften erheben die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218; wenn es dies ernst meinen, dann ist es dringender angebracht, etwas zu tun, um das Scheitern der Fristenlösung vor dem Verfassungsgericht zu verhindern. — (sul)



In vielen Städten verschärft die Polizei die Verfolgung von Drogenabhängigen. Mit Razzien, Festnahmen und ständigen Kontrollen werden sie von ihren Aufenthaltsorten vertrieben. Nun hat die Caritas, die katholische Sozialorganisation, sich zu Wort gemeldet und verlangt eine Änderung der staatlichen Drogenpolitik. Verfolgungsmaßnahmen seien ungeeignet. Stattdessen sollten weiche Drogen wie Haschisch zwar nicht mit Alkohol gleichgestellt werden, aber im Gesetz deutlich anders bewertet werden als Heroin und Kokain. Außerdem sollte die vorbeugende Drogenbekämpfung deutlich besser ausgestattet werden: derzeit betrage das Verhältnis zum Aufwand für die strafrechtliche Verfolgung gerade mal 5%.

Einzelpersonen, hauptsächlich mit gewerkschaftlichen Funktionen, haben ein „Korrespondenzkomitee gegen die Ausweitung der Nachtarbeit“ gegründet. Sie beschlossen, mit Anträgen und Veranstaltungen in den Gewerkschaften und der SPD für das gesetzliche Verbot der Nachtarbeit verstärkt einzutreten und die Ergebnisse über das Korrespondenzkomitee zu verbreiten.

Anlässlich des 1. Mai sammelten sie Unterschriften unter Briefe an SPD-Bundestagsabgeordnete, sich für ein grundsätzliches Verbot der Nachtarbeit von 20 bis 6 Uhr mit eng begrenzten Ausnahmen einzusetzen.

Anfang September soll ein weiteres Treffen stattfinden mit dem Ziel, eine Broschüre zu erstellen und weitere Schritte vorzubereiten. In der Einladung wird die jüngste Entwicklung der Auseinandersetzung über die Nachtarbeit zusammengefasst, die wir in Auszügen dokumentieren:

„Noch im Januar — unmittelbar nach der Urteilsverkündung des Bundesverfassungsgerichtes — hatte Blüm einen ‚Zwang zum schnellen Handeln in Bezug auf ein neues Arbeitszeitgesetz‘ abgegriffen.“

Das konnte zunächst verwundern, weil doch zumindest die im Einheitsvertrag festgelegte Zeitplanung zur Eile gemahnte (er sieht die Verabschiedung des neuen Gesetzes bis Ende 1992 vor). Einen Sinn bekam dieses Abwinken von Blüm aufgrund eines anderen in Zeitverzug geratenen Fahrplanes; gemeint ist die schon für Dezember 1991 vorgesehene Verabschiedung der europäischen ‚Richtlinie zur Arbeitszeitgestaltung‘. Diese ist bis heute noch nicht beschlossen. Stattdessen gibt es ganz offensichtlich heftige Auseinandersetzungen um die sozialpolitische Ausgestaltung des ‚gemeinsamen europäischen Hauses‘ im Allgemeinen wie im Besonderen; d.h. zu den Maastrichter Verträgen ebenso wie zu den Nachtarbeitsregelungen.

Am 13. Mai wurde im Bundestag eine *Entschließung des Europäischen Parlaments* zur Nachtarbeit veröffentlicht, die in schroffem Gegensatz zu den bisher bekannt gewordenen Elementen der EG-Richtlinie steht...

Die Europaparlamentarier haben sich darin in ihrer Mehrheit für ein grundsätzliches Verbot der Nachtarbeit ausgesprochen und die Ausnahmen von einer ‚Vereinbarung der Sozialpartner‘ abhängig gemacht, die auch nur dann zustande kommen darf, wenn sie den ‚allgemeinen Interessen der Gesellschaft Rechnung‘ trägt.

In dieser Entschließung werden die Ergebnisse der europäischen Kommission ausdrücklich kritisiert:

— die habe sich über die Änderungsvorschläge des Europaparlaments hinweggesetzt und

— bereite der Ausweitung der Nachtarbeit den Weg, indem in ihrem Richtlinienentwurf auf jede Festlegung von Mindestnormen verzichtet wird.

Zu Recht wird in der Entschließung der unvollkommene Charakter der im Juni 1990 beschlossenen Konvention Nr. 171 der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) betont, denn darin werden zwar ‚Nacht‘ und ‚Nachtarbeiter‘ (ohne Unterscheidung auf Grund des Geschlechts) definiert, aber mit keinem Wort eine Einschränkung oder gar ein Verbot der Nachtarbeit ausgesprochen. Selbst der Hinweis auf den gesundheitsschädigenden Charakter der Nachtarbeit ist auf Drängen der Regierungen- und Unternehmensvertreter in der ILO aus der Konvention 171 rausgestrichen worden.“

Das Korrespondenzkomitee dokumentiert wichtige Beschlüsse zur Nachtarbeit aus der jüngsten Zeit:

* Die Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) vom Juni 1992 beschloß einen Antrag an die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-geführten Landesregierungen, gesetzliche Regelungen zu entwickeln, die Nachtarbeit auf ein gesellschaftlich notwendiges Mindestmaß zu begrenzen.

* Die Bundesfrauenkonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) beschloß im Mai 1992 einen Antrag mit Eckpunkten für ein Gesetz, Nachtarbeit grundsätzlich zu verbieten und Ausnahmen nur unter bestimmten Bedingungen mit Auflagen zuzulassen.

* Der IG-Metall-Vorstand hat eine Arbeitsgruppe zur Durchführung einer Kampagne eingesetzt. In einem Positionspapier wird als Ziel formuliert:

— bei den betrieblichen Funktionärinnen und Funktionären sowie in der Öff-

Wem gehört die Nacht?

Die Bundesregierung geht mit Siebenmeilenstiefeln an die völlige Deregulierung der Arbeitsbedingungen heran. Einer der wesentlichsten Punkte dabei ist die Ausdehnung der betrieblichen Nutzungszeiten. Das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen ist gefallen. Die Regierung beabsichtigt die Kündigung des Abkommens über Nachtarbeit der ILO (Internationale Arbeitsorganisation Genf). Damit erhalten die Kapitalisten freie Hand, die Betriebsräte kommen zusehends unter Druck.

Beschlüsse aus Gewerkschaften und von gewerkschaftlich orientierten Arbeitskreisen in der SPD fordern ein grundsätzliches Verbot und gesellschaftliche Ächtung der Nachtarbeit. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat eine große Kampagne gegen die Deregulierungsmaßnahmen der Bundesregierung und zur Verteidigung des Sozialstandards angekündigt. Allerdings spielen diese guten Beschlüsse in der betrieblichen und öffentlichen Auseinandersetzung bisher kaum eine Rolle. Die Angriffe von Bundesregierung und Kapitalisten sind zu vielfältig, die Widerstandskräfte sind an sehr unterschiedlichen Punkten gebunden.

Die Kapitalisten nutzen inzwischen die Zeit, Tatsachen zu schaffen, und dehnen mit aller Entschiedenheit die Arbeitszeit

fentlichkeit das Bewußtsein für die gesundheitliche und soziale Schädlichkeit der Nachtarbeit zu schärfen

— den Druck auf den Gesetzgeber für ein Gesetz zum Verbot der Nachtarbeit und zum Schutz vor Nachtarbeit zu verstärken

— und für die betriebliche Funktionäre die Ablehnung und Eindämmung von Nachtarbeit zu erleichtern sowie für den Fall der Nachtarbeit weitgehende Ausgleichsforderungen in der betrieblichen Vereinbarung besser durchsetzen zu können.“

* Die Vorstellungen zu einem Gesetz sind sehr ähnlich, wir veröffentlichen weiter unten dafür beispielhaft die Thesen des DGB.

Quellen: Materialsammlung des deutschen Korrespondenzkomitees gegen die Ausweitung der Nachtarbeit, erhältlich über die Redaktion; Entschließung zur Nachtarbeit des Europäischen Parlaments, Bundestagsdrucksache 12/2538; Vertrag über die Europäische Union vom 7.2.92, Protokoll über die Sozialpolitik, Abkommen zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland über die Sozialpolitik und Protokoll über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, in: Europa-Archiv D283-D288
weitere Literaturhinweise:
Statistisches Material zur Nachtarbeit, in: WSI-Mitteilungen Nr. 5/92; „Wettlauf mit der Zeit“, in: Forum Arbeit Nr. 6/92, bund Verlag; Mitbestimmung bei Nachtarbeit, in: Arbeitsrecht im Betrieb Nr. 5/92, bund Verlag; Frauen und Arbeit Nr. 3/4/91, Heft über die Aufhebung der Nachtarbeit, DGB-Hauptvorstand; Gutachten der Psychologin Verena Peykan, in: „Arbeit und Ökologie-Briefe“ Nr. 3/91, in: Verlag ökologische Briefe

Entschließung des EG-Parlaments zur Nachtarbeit

Das Europäische Parlament...

A. in der Erwägung, daß der Gerichtshof in seinem Urteil in der Rechtssache Stoeckel bezüglich der Nachtarbeit nur die ungleiche Behandlung zwischen Mann und Frau im Bereich der Nachtarbeit und nicht das Verbot der Nachtarbeit verurteilt, sofern der Grundsatz der Gleichbehandlung zwischen Mann und Frau eingehalten wird,

B. unter Hinweis auf die Stellungnahme des beratenden Ausschusses für die Chancengleichheit und die Resolution des Europäischen Gewerkschaftsbundes zu den Konsequenzen des vom Gerichtshof verkündeten Urteils,

C. in der Erwägung, daß die Kommission unter Bezugnahme auf das oben genannte Urteil die Mitgliedsstaaten aufgefordert hat, das IAO-Übereinkommen 89 aufzukundigen und die nationalen Rechtsvorschriften dem Urteil selbst anzupassen,

D. in der Erwägung, daß diese Kündigungen zu einem Zeitpunkt erfolgen, an dem das Übereinkommen 171 der IAO vom 6. Juni 1990 über die Nachtarbeit noch nicht in Kraft getreten ist, und daß es auch keine diesbezügliche Gemeinschaftsregelung gibt,

1. ist der Auffassung, daß die Nachtarbeit für Frauen und für Männer für deren Gesundheit, Familienleben und soziales Leben schädlich sein kann und grundsätzlich verboten werden muß, wobei jedoch in begrenzten Fällen, die durch technische oder personenbezogene Gründe gerechtfertigt sind, die Möglichkeit einer Ausnahme bestehen muß, die in einer Vereinbarung zwischen den

in die Nacht aus. Wenn dies ungebremst weitergeht, werden die Erfolgsaussichten für ein Gesetz zum Schutz vor Nachtarbeit verspielt. Die Betriebsräte allein sind nicht in der Lage, die Ausdehnung der Nachtarbeit aufzuhalten. Es wird Zeit, daß die Vorstellungen für eine öffentliche Kampagne nach der Urlaubszeit am Ort und in den Betrieben konkret werden. Zur Verteidigung der Nachtruhe werden mindestens soviel Anstrengungen notwendig sein wie bei der letzten gemeinsamen Kampagne der DGB-Gewerkschaften zur Verteidigung des freien Wochenendes.

In der Bundesrepublik findet mit Abstand die meiste Nachtarbeit statt. Verlust der Nachtruhe für weite Teile der lohnabhängigen Bevölkerung hätte gesundheitliche und gesellschaftspolitische Folgen, die noch überhaupt nicht absehbar sind, aber mindestens die gleichen, wenn nicht größere Auswirkungen haben würden als der Verlust des Wochenendes.

Daß es auch unter schwierigen Bedingungen möglich ist, Leute mit ganz unterschiedlichen Interessen für ein gemeinsames Ziel zu mobilisieren, haben die letzten Lohnkämpfe und der überraschend schnell organisierte Widerstand gegen Karenztage gezeigt. — (anh, rub)



Sozialpartnern enthalten sein muß, welche den allgemeinen Interessen der Gesellschaft und der Arbeitswelt Rechnung trägt;

2. hält es für unerlässlich, daß die Kommission ein Aktionsprogramm zur Möglichkeit vorschlägt, die beruflichen, sozialen und familiären Tätigkeiten miteinander zu vereinbaren;

3. kritisiert das leichtfertige Vorgehen der Kommission, das zum Fehlen einer Regelung für die Nachtarbeit auf der Ebene der Gemeinschaft geführt hat, wodurch die Gefahr einer Deregulierung der Nachtarbeit besteht, weil die Mitgliedsstaaten nicht mehr verpflichtet sind, Mindestnormen auf internationaler Ebene einzuhalten;

4. bedauert, daß der geänderte Vorschlag für eine Richtlinie über die Gestaltung der Arbeitszeit, mit dem auch die Nachtarbeit geregelt werden sollte, den vom Parlament verabschiedeten Änderungsanträgen kaum Rechnung trägt;

5. ersucht den Rat für soziale Angelegenheiten, die Richtlinie über die Gestaltung der Arbeitszeit anzunehmen und dabei dem Standpunkt des Europäischen Parlaments, wonach „die Nachtarbeit grundsätzlich zu verbieten ist“, Rechnung zu tragen und zu gewährleisten, daß diese Richtlinie das Recht der Mitgliedsstaaten, für die Arbeitnehmer günstigere Rechtsvorschriften beizubehalten, anzuwenden oder einzuführen, nicht beeinträchtigt;

6. vertritt die Auffassung, daß die spezifischen Probleme in Verbindung mit Nacht- und Schichtarbeit usw. umfassend im Rahmen von Rechtsvorschriften über die Gestaltung der Arbeitszeit angegangen werden müssen, die unter anderem den in der IAO-Empfehlung Nr. 178 aufgeführten Leitlinien Rechnung tragen; ...

8. fordert, daß die Mitgliedsstaaten das Übereinkommen 171 der IAO trotz dessen unvollkommenen Charakters möglichst rasch ratifizieren ...

„Eine Stimme zu den Maastrichter Verträgen“

Im November 1991 fand eine Konferenz von Berg- und Stahlarbeitern in Komlo (Ungarn) statt, an der sich auch zwei Delegierte des Korrespondenzkomitees gegen die Nachtarbeit beteiligten. Die

Konferenz beschloß eine gemeinsame Demonstration in Brüssel am 27. September 1992 „zur Verteidigung der sozialen Errungenschaften in Europa“, deren Ziel sein soll: „Die Ablehnung einer sogenannten EG-Harmonisierung, die alle Arbeiter(innen)schutzrechte beseitigen und grundlegende nationale Rechte außer Kraft setzen soll.“

Die Berichterstatterin des Korrespondenzkomitees wendet sich in diesem Zusammenhang besonders gegen den Vertrag über die Europäische Union von Maastricht:

„Die Konsequenz daraus (die die Dänen schon gezogen haben) kann nur ein klares NEIN zu den Maastrichter Verträgen sein. Die Maastrichter Verträge geben eindeutig einen Zeit- und Finanzierungsrahmen vor, in dem die verschiedensten EG-Richtlinien für eine sogenannte EG-Harmonisierung festgeschrieben sind. So sind zum Beispiel umfangreiche Änderungen zu gesetzlichen Arbeitszeitbestimmungen vorgesehen, die Schicht- und Nachtarbeit generell in allen EG-Staaten zulassen und damit erheblich ausweiten sollen.“

Die französische Regierung zum Beispiel hat darauf ohne Umschweife zu reagieren versucht, indem sie schon vorab ein neues Gesetz zur Arbeitszeitordnung verabschieden wollte. Dieser Entwurf sah die Beseitigung des in Frankreich seit 100 Jahren bestehenden Nachtarbeitsverbots für Arbeiterinnen vor. Selbst Schwangeren sollte nach diesem Entwurf kein besonderer Schutz gewährt werden. Der französische Vorstoß ist ein eindeutiger Hinweis darauf, was die Regierungen unter Harmonisierung verstehen. Die Antwort in Frankreich war eine breite Kampagne gegen dieses Gesetz, das auch bis heute (entgegen der Planung) nicht verabschiedet ist.

Die Maastrichter Verträge stellen aber nicht nur im Hinblick auf die Arbeitszeitregelungen einen Angriff auf die Rechte der Bevölkerungen in Europa dar. Sie bedeuten in letzter Konsequenz: — die Schließung von Berg- und Stahlwerken überall in Europa, aber vor allem auch in West- und Ostdeutschland; — Privatisierung von Schulen und die Herausbildung von Eliteschulen für einige wenige; — weitere Sparmaßnahmen in den öffentlichen Haushalten auf allen Ebenen, bis hinunter auf die kommunalen Ebenen.

Das überall vorherrschende Mißtrauen in ein dieserart vereintes Europa ist mehr als berechtigt und Anlaß genug, darüber zu diskutieren und nach gemeinsamen Antworten zu suchen.“

DGB: Thesen zur Nachtarbeit

1. Arbeitswissenschaftliche Untersuchungen haben erwiesen, daß Nachtarbeit für Männer und Frauen gesundheitsschädlich ist. Sie ist im übrigen sozial- und familienschädlich.

2. Nachtarbeit ist daher für Männer und Frauen gleichermaßen zu verbieten. Ausnahmen sind gesetzlich zu regeln, wobei ihre Einhaltung durch Gewerbeaufsicht bzw. Bergbehörden sicherzustellen ist. Dauer-Nachtschicht ist generell zu verbieten.

3. Die gesetzlich zu regelnden Ausnahmen von diesem Beschäftigungsverbot sind auf Bereiche zu beschränken, bei denen aus überragenden Gründen des Gemeinwohls nicht auf Nachtarbeit verzichtet werden kann, etwa im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Versorgung der Bevölkerung, z.B. im Gesundheitsdienst oder Verkehrswesen oder der Energieversorgung. Entsprechendes gilt für zwingende betriebstechnische Gründe.

4. Für werdende und stillende Mütter sowie für Jugendliche gelten die entsprechenden Bestimmungen des Mutterschutzgesetzes ...

5. Bestimmten Arbeitnehmergruppen ist das Recht einzuräumen, Nachtarbeit zu verweigern. Ihnen ist unter bestimmten Voraussetzungen ein Tagesarbeitsplatz bevorzugt zur Verfügung zu stellen.

6. In diesen Personenkreis sind im Interesse der Kinder und Familien Eltern mit kleinen bzw. schulpflichtigen Kindern einzubeziehen, insbesondere Alleinerziehende und Eltern mit mehreren Kindern. Das gleiche gilt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit häuslichen Pflegeverpflichtungen.

7. Nachtarbeit ist in der Weise zu begrenzen, daß sie nur eine beschränkte Zahl von Jahren sowie nur bis zu einem bestimmten Lebensalter von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geleistet werden muß. Hier könnte an eine Begrenzung von 15 Jahren bzw. an das Lebensalter 50 Jahre gedacht werden.

8. Die Nachtarbeit ist durch generelle Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf 5 oder 6 Stunden bzw. auf einen festgelegten Prozentsatz der tariflichen Arbeitszeit, z.B. auf 80 Prozent zeitlich zu beschränken. Eine Entgeltkürzung durch Verringerung der täglichen Arbeitszeit wegen Nachtarbeit darf nicht eintreten. Die Möglichkeit der Ableistung von Überstunden ist strikt, etwa auf Notfälle, zu beschränken. Zwingend notwendige Überstunden sind durch Freizeitausgleich innerhalb von zwei Wochen abzugelten.

9. Besonders belastende Tätigkeit während der Nachtarbeit, auch solche, die eine besonders hohe Konzentration erfordern, sind auf das unerlässliche Maß zu beschränken. Bei Nachtarbeit ist eine Minderung der Arbeitsbelastung durch vermehrte Kurzpausen sicherzustellen.

10. Nachtarbeiterinnen und Nachtarbeitern sollte der Zugang zu qualifizierten Tätigkeiten eröffnet bzw. gewährleistet werden. Ihnen ist im übrigen ein besonderer Fortbildungsanspruch einzuräumen.

11. Bei Nachtarbeit ist für Erste-Hilfe-Einrichtungen und Sozialdienste und Kommunikations- und Betreuungsmöglichkeiten für die Nachtarbeiterinnen und Nachtarbeiter zu sorgen.

12. Der Arbeitgeber hat den besonderen Erschwernissen der Nachtarbeit, etwa den Wegbedingungen, Rechnung zu tragen, z.B. etwa durch Bereitstellung von Verkehrsmitteln, oder z.B. zur Verbesserung der Möglichkeit eines ungestörten Schlafes am Tage Zuschüsse zu baulichen Lärmschutzmaßnahmen zu leisten.

13. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen durch spezielle Vorsorgeuntersuchungen vor Aufnahme einer Tätigkeit als Nachtarbeiter bzw. Nachtarbeiterinnen sowie in regelmäßigen Zeitabständen während einer solchen Tätigkeit auf gesundheitliche Beeinträchtigungen durch die Nachtarbeit untersucht werden. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren gesundheitliche Beeinträchtigung Nachtarbeit unter keinen Umständen nach ärztlichem Zeugnis ermöglicht, sind von der Nachtarbeit zu befreien.

14. Wenn Nachtarbeit aus familiären oder gesundheitlichen Gründen nicht oder nicht mehr geleistet werden kann, darf jedenfalls in Bezug auf die Eingruppierung kein finanzieller Nachteil entstehen ...

Düsseldorf, den 24. März 1992

Der bekannte palästinensische Philosoph Azmy Bishara hat sich im Frühjahr zu den Aussichten des palästinensischen Befreiungskampfes im internationalen Konfliktfeld in der Zeitschrift Middle East Report (Nr. 175, März/April 1992) geäußert. Der Beitrag verdeutlicht die tiefe Spaltung, die um die Frage des Vorgehens bei den Nahost-Friedensverhandlungen "innerhalb der palästinensischen Gesellschaft droht bzw. bereits existiert. Gerade seit dem Sieg der Arbeitspartei bei den Wahlen in Israel gerät die PLO unter starken Druck, israelischen „Autonomievor-schlägen“ folgen zu sollen, um „wenigstens etwas“ zu erreichen. Auf der anderen Seite wächst offenbar die Ohnmacht des Befreiungskampfes. Wir entnehmen die Übersetzung des Artikels — aus Platzgründen gekürzt — der Zeitschrift blätter des iz3w, Nr. 182, Juli 1992.

— (uga)

... Einige Palästinenser versuchen zur Zeit, die USA von der Legitimität des palästinensischen Anliegens zu überzeugen — andere versuchen, der Weltöffentlichkeit klar zu machen, daß die USA für Palästina nun das tun müssen, was sie für Kuwait bereits getan haben.

Beide Positionen gehen allerdings davon aus, daß die USA am Golf dem Völkerrecht Geltung zu verschaffen suchen, und daß Washington nun nicht mit zweierlei Maß messen könne, ohne an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Faktisch hingegen beruht die US-Politik, sowohl am Golf als auch in Palästina, auf den ökonomischen Interessen des Westens und den spezifischen Privilegien, die die USA als militärische Schutzmacht dieser Interessen genießen ...

Innerhalb der palästinensischen Unabhängigkeitsbewegung wird zur Zeit heftig über die Situation in den besetzten Gebieten, über die Struktur der PLO, ihre innere Demokratie und ihre internen Entscheidungsprozesse sowie über Vorschläge zur Lösung des Palästina-Konflikts debattiert. Dabei ist der Verlauf der Debatte durch dieselbe unangenehme Hast gekennzeichnet, mit der Palästinenser bereits im Golfkrieg Stellung bezogen, weil es den Befürwortern einer baldigen Demokratisierung nicht schnell genug gehen kann. Sicher — für unsere Gesellschaft, unsere Unabhängigkeitsbewegung und ihre Institutionen ist das

„Wenn wir erst die Besatzung akzeptieren, werden wir nichts anderes bekommen ...“

Thema Demokratie von zentraler Bedeutung. Aber die Frage der Demokratie ist in so einer allgemeinen und abstrakten Art zu stellen, heißt, unserer demokratischen Praxis weit voraus zu greifen.

Die wahre Herausforderung besteht darin, Prinzipien wie freie Meinungsäußerung, Pluralismus und Toleranz zu unserer eigenen sozialen Realität und dem politischen Apparat unserer Unabhängigkeitsbewegung in Beziehung zu setzen. Die besetzten Gebiete sind zur Zeit Zeugen einer ganzen Flut von Plänen und Vorschlägen zur Lösung des Konflikts, die vor allem von der Jerusalemer Presse verbreitet werden. Je restriktiver die realen Bedingungen, desto reichhaltiger die Debatte; je weiter wir uns von den Bedingungen entfernen, die eine Lösung erst ermöglichen, desto mehr Vorschläge tauchen auf.

Innerhalb dieser Debatte wird dem Aspekt der Verhandlungsphasen und dem Gerede von Zwischentritten, die wiederum zu weiteren Zwischentritten führen, eine viel zu große Bedeutung eingeräumt. Wir in den besetzten Gebieten haben dieses Vorgehen seit dem Golfkrieg mitgetragen. Haben wir inzwischen die Ergebnisse von Camp David akzeptiert und unsere Ziele auf Autonomie zurückgeschraubt?

Die Diskussion über etwaige Etappen jedenfalls ließe sich bis in alle Ewigkeit weiterführen — solange die asymmetrische Machtverteilung die Gründung eines Staates nicht zuläßt, wird sie auch diejenigen Etappen verhindern, die auf die Errichtung eines Staates hinarbeiten.

Wenn Unabhängigkeit unser Ziel ist, dann sollten wir auch auf dieses Ziel hinarbeiten. Wenn die gegenwärtigen Bedingungen die Geburt eines palästinensischen Staates nicht zulassen, so heißt das nicht, daß wir unser Ziel ändern sollten. Wenn wir den Besatzungsstatus ablehnen, dann bleibt uns nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten: Unabhängigkeit und das Zwei-Staaten-Modell mit einem palästinensischen und einem israelischen, oder volle Gleichheit zwi-

schen Israelis und Palästinensern in einem Staat.

Im Laufe ihrer langen Geschichte hat die palästinensische Unabhängigkeitsbewegung viele Fehler begangen, aber das palästinensische Volk ist nicht weniger in der Lage, seine Unabhängigkeit zu erringen, als andere Völker, die sie bereits — wenn auch unter weniger komplizierten Umständen — erstritten haben. Wir sind vom Strudel der öffentlichen Meinung in einen Teufelskreis der Selbstkritik gezogen worden. All die Dialoge, die die zionistische Linke uns so gerne zugesteht, hatten als einziges Ergebnis zur Folge, daß wir davon überzeugt wurden, die ganze Problematik lasse sich auf die Ausarbeitung fairer Vorschläge reduzieren. Sicher, die Palästinenser haben es manchmal versäumt, die richtigen Vorschläge zur richtigen Zeit zu präsentieren — aber keiner kann behaupten, daß die Gespräche sich in der Sackgasse befänden, weil es an Lösungsvorschlägen mangle ...

Elf Monate nach Beginn des Aufstands startete die PLO eine Friedensinitiative. Sie war fair und angemessen, aber sie erhielt keine internationale Unterstützung. Das lag allerdings nicht an der Initiative selbst, sondern in Ereignissen begründet, auf die die Palästinenser keinen Einfluß hatten und die just in dem Augenblick eintraten, als die Auseinandersetzungen ihren Höhepunkt erreichten: der Zusammenbruch des Ostblocks, die Massenimmigration sowjetischer Juden nach Israel und die Ausdehnung der US-Hegemonie durch die Golfkrise ... Unter solchen Bedingungen kann auch nichts gewonnen werden, wenn wir von unseren Zielen abrücken. Im Gegenteil, es gilt unsere Fähigkeit zu stärken, überdauern und widerstehen zu können, bis sich die Bedingungen für eine diplomatische Initiative verbessert haben. Bis dahin ist es unerlässlich, daß die ganze Welt, und insbesondere unsere Widersacher, keine Zweifel an der Klarheit unserer Ziele haben.

Viele Palästinenser, die glauben, daß

es den USA auf Dauer schwer fallen wird, mit zweierlei Maß zu messen, neigen zu der Annahme, daß die USA Israel dazu zwingen könnte, das Richtige zu tun. Diese Idee wird vor allem von der zionistischen Linken propagiert. Der Grund liegt klar auf der Hand. Denn indem sie auf die USA setzt, anstatt Israel in die Pflicht zu nehmen, kann sie es sich ersparen, echte Opposition zu machen, gesellschaftliche Brüche zu provozieren und einen falschen Patriotismus zu entlarven, der von ihr die Befürwortung der Aufnahme neuer Immigranten und anderer sogenannte „nationale Pflichten“ verlangt. Bisher gibt es keine israelische Opposition, die bereit wäre, diesen Preis zu zahlen, und die von daher auch fähig wäre, die israelische Gesellschaft dazu zu bringen, den Preis für den Frieden zu zahlen. Deshalb haben die USA immer weniger Gründe, Druck auf Israel auszuüben.

Die Idee US-amerikanischen Drucks auf Israel ist aber auch eine arabische Idee. Die arabische Rechte jedenfalls tut, als beruhe die Politik der USA ausschließlich auf einer Fehleinschätzung und als gälte es, den USA von arabischer Seite her klarzumachen, wo ihre wahren Interessen in der Region lägen. Diese Herangehensweise unterstellt, daß perfekten amerikanisch-arabischen Beziehungen lediglich zwei Hindernisse entgegenstünden: zum einen die Lobby der amerikanischen Juden, zum anderen die abweisende Haltung der Araber sowie ihre diplomatische Inkompetenz. In Wahrheit aber beruht die diplomatische und strategische Unterstützung Israels durch die USA weder auf der Stärke dieser Lobby noch auf der Inkompetenz arabischer Diplomatie oder auf einer gewieften israelischen Politik. Der Einfluß der jüdischen Lobby ist gewachsen, weil die Interessen der USA im Nahen Osten seit dem Zweiten Weltkrieg stärker geworden sind und weil Israel bewiesen hat, daß es ein besonders guter Verbündeter ist ...

Das Interesse der Medien an dem palä-

stinensischen Anliegen kann nicht allein auf die Bedeutung der Region oder die Komplexität der ganzen Situation zurückgeführt werden. Es gibt vielmehr zwei andere Faktoren: Zum einen ist Palästina eines der letzten ungelösten Probleme der Kolonialzeit, zum anderen stellt das palästinensische Anliegen die jüdische Frage wieder aufs Neue. Erstes verleiht dem palästinensischen Anliegen ein großes Gewicht, letzteres hingegen zwingt uns, uns immer wieder aufs Neue zu rechtfertigen, immer wieder Versicherungen abzugeben, beständig die Ängste anderer aus dem Weg zu räumen und uns permanent selbst zu entschuldigen. Das ist der Grund, warum so viele Dialoge in kollektiven therapeutischen Sitzungen enden. Kein anderes Volk in der Geschichte mußte so viele Einwände aus dem Weg räumen, bevor sein Recht auf Selbstbestimmung anerkannt wurde ...

Die arabischen Länder und die Palästinenser mußten, um überhaupt an den Verhandlungen teilnehmen zu können, von allen grundsätzlichen Positionen abrücken: keine PLO, keine UN, und keine Vertreter aus Ost-Jerusalem. Von zentraler Bedeutung ist hierbei, ob es Israel gelingen wird, gleichzeitig mit der PLO auch die Palästinafrage, die Forderung nach einem unabhängigen palästinensischen Staat, aus den Verhandlungen auszugrenzen ...

Was die israelische Regierung bevorzugt, ist eine Autonomie im Rahmen eines von Jordaniern und Palästinensern ratifizierten Vertrages. Diese Variante könnte Wirklichkeit werden, wenn die PLO und die Exil-Palästinenser vom „Friedensprozeß“ endgültig ausgeschlossen worden sind und die Palästinafrage erst auf die „Frage der besetzten Gebiete“, dann auf die „Frage des Gebietes“ überhaupt und zuguterletzt auf eine „Autonomie“ ohne Zugriff auf Wasser, Land und Luft reduziert worden sein wird ... Wenn wir erst die Besatzung akzeptieren, werden wir auch nichts anderes als Besatzung bekommen ...

Etwa zwei Monate nach dem Attentat auf den Richter Falcone tötete die Mafia am 19. 7. in Palermo auch dessen bekannten Kollegen Borsellino und Polizisten seiner Eskorte mit einer Sprengladung. Daraufhin riefen die Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UIL sowie die mit ihnen nicht verbundene Polizeigewerkschaft SIULP zu Protestaktionen in ganz Italien am Tag des Begräbnisses auf. Im folgenden einige Eindrücke von den Aktionen in Imperia, einer Provinzhauptstadt in Ligurien im Nordwesten.

Die örtliche Zeitung *Il Secolo XIX* teilt dort am 21. 7. auf ihren Werbeflächen mit, daß die Gewerkschaften für den Abend zu einer Kundgebung in den Rathausaal einladen. Zuvor haben die Einzelhändler auf einen Aufruf ihres Verbandes hin ihre Geschäfte um eine halbe Stunde später, um 16 Uhr statt um 15.30 Uhr, geöffnet. Daß die Kundgebung dann im marmorgetäfelten Saal stattfindet, ist nicht nur der heißen Witterung geschuldet, sondern auch der Art der Veranstaltung. Etwa 120 Personen sind gekommen, im Alter von etwa 18 bis 70, von Strandkleidung bis zum feinen Anzug. Die Vertreter von Stadtverwaltung, Parteien und Gewerkschaften sitzen an der Stirnseite, wo sonst die Verwaltung Platz nimmt.

Obwohl auch die großen Gewerkschaftsverbände aufgerufen haben, ist die Veranstaltung zunächst von Beiträgen aus der (standesorientierten) Polizeigewerkschaft geprägt. Ihr Provinzsekretär beklagt in Worten, die er so oder so ähnlich wohl schon manches Mal gebraucht hat, die zahlreichen Opfer der Mafia, darunter die Toten der Polizeieskorten. Er verlangt, daß der Polizei die personellen und sachlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden, mit denen sie gegen die Mafia bestehen könne. Er fordert, daß endlich die DIA tätig werden soll, eine schon beschlossene nationale Sonderpolizei nach US-Vorbild. Er fordert auch, wohl mit Blick auf die Geschäftsleute, „ein ernsthaftes und durchsichtiges Verhalten und mehr Vertrauen und Zusammenarbeit gegenüber den Ordnungskräften“. Die Mauer der Verschwiegenheit müsse fallen.

Der Vorsitzende des Allgemeinen

Kundgebungen gegen die Mafia Ein Beispiel: Imperia



Ein Plakat des faschistischen MSI in Imperia: „Borsellino vom System ermordet — richten wir die Mafiosi auf der Straße hin“. Die Faschisten, die selber mit ungeklärten Attentaten in Verbindung gebracht werden, fordern Staatsaufrüstung und Todesstrafe. Alle Plakate waren aber — wie auch das abgebildete — schnell mit Losungen gegen die Faschisten versehen. (Bild: rok)

Handelsverbands (Confindustria) der Provinz Imperia erklärt dazu später: „Wir Händler können wohl sagen, daß wir vielleicht nach außen nicht das offenbaren, was wir unter Freunden sprechen“. Bei dieser Andeutung über Erfahrungen mit Mafiapraktiken läßt er es freilich bewenden. Was sie untereinander sprechen, erfährt man nicht.

Redner der Demokratischen Partei der Linken (PDS, Ex-PCI) sprechen über die Krisenerscheinungen des Landes. Sie weisen darauf hin, daß in den letzten zehn Jahren über 100 Gesetze und Verordnungen gegen die Mafia verabschiedet worden sind, die nur angewandt werden müßten. Auf eine Kritik der Regie-

rungspolitik, die mafiose Geschäftemacherei auf verschiedenen Ebenen fördert und schützt, wartet man vergeblich. Auch auf eine Auseinandersetzung mit dem zur gleichen Zeit von der Regierung ausgearbeiteten neuen Antimafia-Dekret, das die polizeilichen und juristischen Handhaben über alle bisherigen Grenzen hinaus ausdehnt: In Mafia-Prozessen erhalten nunmehr Dinge Beweiskraft, die nicht aus der Prozeßdebatte stammen, sondern z.B. aus anderen Verfahren einfach übernommen werden. Als Beweise gelten nun auch Abhörergebnisse (Telefon oder Mikrophon) sowie Zeugenaussagen vom Tonband. Geständnisse von *pentiti* („Reu-

igen“) gelten als Beweis, auch wenn sie widerrufen werden, wenn sie anderweitig gestützt werden. Ganze Häuserblocks und sogar Stadtteile können ohne richterliche Genehmigung durchsucht werden und vieles mehr.

Über diese Maßnahmen sprechen die PDS-Redner nicht, obwohl es wichtig wäre, eine staatliche Antimafia-Politik zu bilanzieren, die im wesentlichen auf Repression und nicht auf soziale Veränderungen baut. (Tatsächlich werden sich die PDS-Parlamentarier drei Wochen später bei der Umwandlung dieses Dekrets in ein Gesetz der Stimme enthalten — als Zeichen der Unterstützung der Regierung in diesem Punkt.) Stattdessen

schlägt ein Redner aus dem PDS ein Gesetz vor, mit dem im ganzen Land Waffen eingezogen werden sollen. Der Beifall ist mäßig. Die meisten werden denken: Die Mafia wartet schließlich nicht, auf ein Gesetz hin die Waffen zur Polizei zu tragen, und sie ist auch nicht vorrangig ein Problem der Mittel, deren sie sich bedient.

Bisher war die Veranstaltung ziemlich ruhig, der Beifall für die Redner freundlich-mäßig, die Zuhörer schweigsam. Das ändert sich rasch, als eine Gemeinderätin der Christdemokraten, teuer gekleidet, zu reden beginnt. Sie wird aus dem Publikum unterbrochen: Regierungskreise und insbesondere der langjährige Ministerpräsident Andreotti hätten doch die Mafia geschützt und gefördert. Der Zwischenrufer erhält lebhaften Beifall — vielleicht von der Hälfte des Publikums. Der Veranstaltungsleiter merkt, daß er jetzt Diskussion zulassen muß. Der Zwischenrufer konfrontiert die Vertreter der Regierungsparteien mit deren Politik, die die Mafia fördere. Er kritisiert z.B., daß die Regierung bisher die Bestrebungen blockiere, den Drogengebrauch zu legalisieren. Solange der Drogenkonsum bestraft werde, bleibe der Markt der Drogen fest in der Hand der Mafia, der Drogenpreis hoch und der Gewinn daraus groß.

Weitere Leute melden sich und kritisieren Aspekte der laufenden Regierungspolitik, die die Mafia-Geschäfte fördern. Der Vertreter der Sozialistischen Partei (PSI) wird auf die täglich neuen Enthüllungen über *tangenti* (Bestechungszahlungen) in Mailand („Tangentopoli“) festgenagelt, von denen hauptsächlich die Sozialistische Partei profitiert hat.

Jetzt leert sich der Saal zusehends, die Anhänger der Regierungsparteien mögen sich diese Kritik nicht anhören und auch nicht darüber diskutieren. Punkt 20 Uhr, nach zwei Stunden, schließt der Versammlungsleiter die Veranstaltung trotz weiterer Wortmeldungen. Von einer „Brise gegen die Mafia“ in Imperia wird am nächsten Tag der *Il Secolo XIX* schreiben, die noch zum „Orbita“ werden müsse. Über die kritischen Beiträge der Veranstaltung wird er freilich nicht berichten. — (rok)

Strukturelle Anpassung und „Reform“ in Indien

Wie berichtet, waren am 16. Juni dieses Jahres Hunderttausende in Indien in einen 24stündigen Generalstreik gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung unter P.V. Narasimha Rao und vor allem gegen die Diktate des Internationalen Währungsfonds getreten. Es scheint so, als sei der Streik recht kurzfristig organisiert worden. Er ist als Reaktion auf das Programm der Regierung zur strukturellen Anpassung und Reform zu sehen, das rasch auf das Stabilisierungsprogramm (Haushaltsperiode von Juli 1991 bis Mai 1992) folgte. Während sich die neue Regierung im ersten Jahr darauf konzentrierte, möglichst jegliche Hindernisse für ausländisches Kapital zu beseitigen, hat sie ab Mai 1992 damit begonnen, die öffentlichen Dienstleistungsunternehmen und staatlichen Betriebe mit traditioneller Unterstützung durch den Haushalt drastisch zu beschneiden. Öffentlichen Betrieben mit Verlust wurde mitgeteilt, daß es zukünftig keinen Ausgleich mehr geben werde. Besonders gut florierende staatliche Unternehmen werden verkauft. Um die „Strukturierungsmaßnahmen“ abzurufen, gab die Regierung bekannt, daß sie für kranke Industriezweige eine Beendigungspolitik betreiben wolle, mit einem Sicherheitsnetz für die Arbeiter.

Diese Strukturmaßnahmen sind weitestgehend festgelegt im Weltbankreport vom Oktober 1990 *Trade Reform in India*. Nicht mehr die eigene Herstellung von Waren soll in Indien stattfinden, sondern die Zukunft liege im Produzieren und Exportieren von Roh- und Grundmaterial. „Und die Handels- und Preispolitik; die Politik, den Verkauf öffentlicher Unternehmen hochzuhalten; die Verkündung einer Beendigungspolitik; die Politik öffentliche Unternehmen, sich selbst zu überlassen, und die Öffnung jeglicher Infrastruktur für Privatunternehmen; die Politik der absoluten Öffnung für ausländisches Kapital; und zuletzt, die Lockerung der Import-schranken und Importzölle — all dies ist Teil des Politikpakets, das die Weltbank in ihrem Report empfiehlt.“ (*Economic and Political Weekly*, 6.6.92) All dies soll dazu dienen, Indien bis 1995 in den Weltmarkt zu integrieren.

Aus der Zeitung der größten Gewerkschaft *Organizer* ist zu ersehen, daß die Kritik an diesen Maßnahmen fast überhaupt nicht stattfindet. Um so überraschender trafen die Umsetzungsmaßnahmen der Regierung. Die geplante weitere Abwertung der Rupie um 10 % wird die Auseinandersetzungen verschärfen. — (cog)

Herrschende Klasse für Krieg gegen Serbien

Die herrschende Klasse Österreichs würde lieber heute als morgen auf dem Balkan militärisch intervenieren lassen. In den letzten Wochen hat sich in Wien eine ganz große Koalition von Kriegsbeifürwortern gegen Serbien zusammengefunden. Nicht nur Konservative und Nationalliberale schüren eine geradezu hysterische Kampagne gegen Serbien, auch Sozialdemokraten und Grüne sind scharenweise auf den Kriegskurs eingeschwenkt. Dabei handelt es sich keineswegs um Hinterbänkler der jeweiligen Parteien. Allen voran hat Außenminister Alois Mock von der konservativen ÖVP, unterstützt von seinem Parteichef und Vizekanzler Busek schon mehrere Male Militärinterventionen in Bosnien verlangt und sich für eine Aufhebung eines gegen Bosnien-Herzegowina verhängten Waffenembargos stark gemacht. Mock und Busek wollen einen von Luft und See aus geführten Angriff der USA, der von europäischen Landstreitkräften unterstützt wird — eine indirekte Aufforderung an die BRD, einzugreifen. Hatte man zu Beginn der Debatte immer betont, wegen der österreichischen Neutralität nicht selbst einzugreifen zu wollen, mehren sich inzwischen die Stimmen, die eine Kriegsbe-

teiligung wollen. Man mache sich der „Doppel-moral“ schuldig, wenn man ständig nach einer Militäraktion rufe und gleichzeitig erkläre, eine österreichische Beteiligung käme nicht in Frage, wie das der FPÖ-Abgeordnete und ehemalige Verteidigungsminister Frischenschlager ausdrückte. Ähnlich argumentierte auch der Wiener Bürgermeister und Landesministerpräsident Zilk, einer der prominentesten sozialdemokratischen Funktionäre. Er sei überzeugt, so Zilk, daß im Falle einer Intervention genügend Freiwillige aus Österreich an einem Eingreif-Kontingent teilnehmen würden. Ganz offen werden wieder anti-serbische Ressentiments geschürt — oft genug unter Rückgriff auf die unselige habsburgische Kolonialgeschichte. Es scheint so, daß Teile der Bourgeoisie angesichts des Bürgerkriegs eine Chance wittern, im Windschatten der Deutschen den eigenen Einfluß in der Region wieder kräftig auszubauen, wenn nötig mit Waffengewalt.

Erstaunlich und ein Lichtblick immerhin, daß trotz des Fehlens einer nennenswerten Opposition gegen diese Kriegshetze laut Umfragen nur 25 % der Bevölkerung für das militärische Eingreifen sind, 38 % dezidiert dagegen. — (jüg)

Tudjman gewinnt in Kroatien. Aber wie?

Bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Kroatien hat die Partei des Präsidenten Franjo Tudjman, die „Kroatische Demokratische Gemeinschaft“, (HDZ), ihre absolute Mehrheit ausbauen können. Tudjman selbst wurde mit 57 % in seiner Funktion bestätigt. Während die bürgerliche Presse hierzulande die Wahlen als weitestgehend den demokratischen Gepflogenheiten angepaßt beschreibt, sieht die Wirklichkeit anders aus. Ein bedeutender Teil der Einwohner Kroatiens wurde von dem Wahlgang ausgeschlossen. Ein rigides Einbürgerungsgesetz legt fest, daß nur diejenigen wahlberechtigt sind, die „ethnisch reine Kroaten“ sind. Das führte dazu, daß die im Ausland lebenden Kroaten ohne kroatische Staatsbürgerschaft wahlberechtigt sind, während die Angehörigen der Serben, Montenegriener, Slowenen, Mazedonier usw., die zum Teil schon seit Generationen in der jugoslawischen Republik Kroatien leben und arbeiten, kein Wahlrecht bekamen. Bürgerrechtsgruppen in Kroatien bezeichnen diese Strategie als Teil einer gegen die nicht-kroatischen Einwohner gerichteten Vertreibungspolitik. Gleich-

zeitig berät das kroatische Parlament zur Zeit über einen Gesetzentwurf zur „Nationalisierung von feindlichem Eigentum“, das in der Anwendung eine massenhafte Enteignung der in Kroatien befindlichen Wohnungen, Häuser und Fabriken von Serben und Montenegrinern vorsieht.

Diese rassistische Gesetzgebung bleibt aber nicht auf Kroatien beschränkt. Von serbischer Seite wird mit gleichem üblen Kaliber zurückgeschossen. So heißt es in einem Dekret der Stadtverwaltung im bosnischen Celinac: „Menschen die nicht serbischer Abstammung sind, dürfen sich weder in den Cafés der Stadt aufhalten, noch in den Flüssen Vrbanja und Josavka baden oder ein Auto benutzen...“ Aber immerhin hat sich der Präsident des noch aus den beiden Republiken Montenegro und Serbien bestehenden Jugoslawien, der Serbe Dobrica Cosic, von den Vertreibungen der Moslems aus Bosnien distanziert und nannte die „ethnischen Säuberungen“ „eine unmenschliche und faschistische Ideologie“.

Quellen: *Ullenspiegel* 185 v. 13.7.1992; *Frankfurter Rundschau*, 10.8.1992 — (hav)

Internationale Umschau

„Der einzige Vorteil von Mexiko ist die Lohnstruktur“, so der Vorstandsvorsitzende von VW in Mexiko, Martin Josephi. Diesen Vorteil sah der Konzern angegriffen, als ab dem 21. Juli 14 000 Arbeiter des Werkes Pueblo mit einem Streik für höhere Löhne begannen. VW hatte den Arbeitern eine 15%ige Lohnerhöhung sowie 5% Produktivitätsbonus angeboten, was die Arbeiter aber angesichts der niedrigen Ausgangslöhne ablehnten. Außerdem wird der Rücktritt eines Gewerkschaftsvertreters gefordert, der der Korruption verdächtigt wird. Die Konzernleitung sperrte alle Arbeiter aus und drohte mit der Schließung des Werkes, was aber angesichts der Bedeutung für die Belieferung des US- und kanadischen Marktes nicht als sehr wahrscheinlich gilt. — (alk)



Polnische Gewerkschaften im Kampf um die Löhne

Verschiedene polnische Gewerkschaften, mit Ausnahme der „Solidarität“, haben ein „Nationales Streik- und Verhandlungskomitee“ gegründet und bereiten einen Generalstreik vor, falls die neue Regierung weiterhin die Lohnforderungen der Arbeiter ignoriert. Das Komitee verlangt von der Regierung, auf die Forderungen der streikenden Arbeiter in den Kupferabbaugebieten von Lublin (38 000 Beschäftigte, die fordern eine Lohnerhöhung von 900 000 Zloty, ca. 97 DM, und Urlaubsgeld von 1,8 Mio. Zloty), des Autoherstellers FSM Tychy (7 000 Streikende, gehört zu 90 % dem italienischen Fiat-Konzern) und der Flugzeugwerke WSK Mielec (10 000 im Streik) einzugehen. Ministerpräsidentin Suchocka lehnt alle Forderungen ab. *Sadd. Zg.*, 10.8. — (alk)

Amnestieangebot ist „ein fauler Trick“

Der neue philippinische Präsident Fidel Ramos hat eine Amnestie für alle Rebellen Gruppen sowie die Legalisierung der Kommunistischen Partei angekündigt, Voraussetzung sei allerdings, daß rund 15 000 Frauen und Männer der Neuen Volksarmee (NPA) ihre Waffen niederlegen. Die NPA wies das Angebot als „faulen Trick“ zurück. Ramos habe sich überhaupt nicht zu den sozialen Fragen geäußert, zur grassierenden Armut, zur nötigen Landreform, dem Schuldendienst an das Ausland, kurz zu den Gründen, die den bewaffneten Kampf nötig machen. *Suttg. Zg.*, 6.8. — (alk)

Belgien: Brutaler Haushalt mit Verweis auf Maastricht

Der Haushaltsentwurf für 1993 der belgischen Regierung sieht Haushaltskürzungen und Steueranhebungen zu Lasten der Lohnabhängigen von 117 Mrd. belgischen Franc vor, das sind umgerechnet etwa 8 Mrd. DM oder ca. 2 000 DM je Familie. Das hat die belgische revolutionäre „Partei der Arbeit“ in einer ersten Auswertung des Haushaltsentwurfs festgestellt. So soll die bisherige Steuerindexierung aufgehoben werden. Bisher wurden in Belgien alle Steuerklassen automatisch entsprechend der offiziellen Teuerungsrate angehoben, so daß bei real gleichen Löhnen auch die Steuerlast wenigstens gleich blieb und nicht — wie etwa in der BRD — bei Teuerung zwar die Löhne real fallen, die Steuern aber noch mehr steigen. Diese günstige Regelung für die Lohnabhängigen wird ersatzlos aufgehoben. Gleichzeitig will die Regierung massiv die Privatisierung öffentlicher Betriebe betreiben. Arbeitsmarktpolitische Dämpfungsprogramme zur Dämpfung der Folgen der Arbeitslosigkeit und soziale Dienste werden weiter verringert. Nur so, so das Argument der Regierung, ließe sich die im EG-Abkommen von Maastricht verlangte Begrenzung der Staatsschulden erreichen, sonst könne Belgien nicht der Währungsunion beitreten. Die PvdA will insbesondere in den Gewerkschaften für energische Protest- und Kampfkaktionen gegen den Haushaltsentwurf eintreten. — (rül)

Italien: Scala mobile weg plus Tarif-Friedhofsruhe

Am 31.7., unmittelbar vor den allgemeinen Ferien im August, hat die italienische Regierung gegenüber den Gewerkschaften eine „Vereinbarung“ durchgesetzt, die Preisstabilität und Wettbewerbsfähigkeit mit sinkenden Reallöhnen erreichen soll. Bei der Regierung, beim Unternehmerverband Confindustria und einem Teil der Medien schlägt die Begeisterung über die „Trendwende“ große Wellen, und auch in der BRD findet man im Hinblick auf den EG-Binnenmarkt interessierte Zufriedenheit. Dabei geht es vor allem um folgende, auch von den Gewerkschaftsbünden unterzeichnete, Maßnahmen: — die förmliche Anerkennung der Gewerkschaften, daß der automatische Teuerungsausgleich Scala mobile, der seit 1945 bestanden hat, abgeschafft ist; — die Einführung eines Pauschalbetrags von 20 000 Lire (ca. 27 DM) monatlich auf 13 Monatsgehälter als Ausgleich in 1993; — die Gewerkschaften schließen sich der Aufforderung des Ministerpräsidenten an, im Zeitraum 1992/93 auf die (in Italien traditionell wesentlichen) betrieblichen Tarifverhandlungen zu verzichten, soweit diese zu Einkommenserhöhungen führen könnten.

Lohnstarfe hatten in den letzten Jahrzehnten aus zentralen Regelungen zwischen den Verbänden, aus Branchentarifen und zu einem wichtigen Teil aus betrieblichen Regelungen (zuzüglich der Scala mobile) bestanden. Der automatische Teuerungsausgleich entfällt völlig, die Branchentarife haben mehrjährige Laufzeiten, die betriebliche Tarifierung ist bis Ende 1993 blockiert: Reallohneinbußen ohne Möglichkeiten regulärer Gegenwehr sind vorgezeichnet. Die Gewerkschaftsverbände waren bei den Verhandlungen untereinander und innerhalb des größten Verbands CGIL zerstritten und konnten ihre wenigen gesteckten Ziele auch nicht ansatzweise durchsetzen. Der CGIL-Vorsitzende, der die Vereinbarung unterschrieb, trat gleichzeitig zurück. Die organisierte innergewerkschaftliche Opposition in der CGIL fordert die Rücknahme der Unterschrift und einen außerordentlichen Gewerkschaftskongress. Die Partei der kommunistischen Neugründung (PRC) ruft für den 12.9. zu einer nationalen Kundgebung gegen die Vereinbarung in Rom auf. — (rok)

Generalstreik in Athen

Seit dem 23. Juli streiken die Angestellten der Athener Verkehrsbetriebe unbefristet. Sie wenden sich gegen die Streichung von rund 1 000 Stellen, wie sie die konservative Regierung Mitsotakis in einem Privatisierungs- und Sanierungsprojekt vorsieht. Am 7. August führten Beschäftigten aus Industrie, Banken, Eisenbahnen, Post und dem Gesundheitswesen in zahlreichen Betrieben der Athener Region einen 24stündigen Generalstreik zur Unterstützung der Angestellten der Verkehrsbetriebe durch. Die größte griechische Gewerkschaft hatte zur Unterstützung aufgerufen. Zahlreiche nationale und internationale Flüge fielen aus, weil sich auch die Beschäftigten der Fluggesellschaft Olympic Airways für zwei Stunden dem Streik anschlossen. *Sadd. Zg.*, 8./9.8. — (alk)



In Albanien hält die Marktwirtschaft mit größter Brutalität ihren Einzug. Anfang August erhöhte die amtierende Regierung die Preise für Brot auf das Sechsfache, die von Medikamenten um 250 Prozent. Alle anderen Preise wurden ganz „freigegeben“. Zynischer Kommentar der Welt: „Die meisten jetzt verteuerten Güter sind in den Läden ohnehin nicht zu haben.“ Außerdem seien auch die Löhne „angehoben“ worden. Wieviel? Da schweigt der Chronist. *Die Welt*, 3.8.92 — (rül)

Rechter Propagandist verurteilt

München. Am 22. Juli 1992 wurde vom Amtsgericht München der Verleger, Herausgeber und verantwortliche Redakteur des „Münchner Anzeigers“, Alfred Detscher, zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr, auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt, und einer Geldstrafe von 10000 DM verurteilt. Zur Last gelegt wurden ihm Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Beleidigung. Seit April 1991 hatte der 71jährige Angeklagte in seinem Anzeigenblatt, das in einer Auflage von 50000 Exemplaren kostenlos im Münchner Raum verteilt wird, revisionistische Propaganda betrieben.

Dadurch dürfte es den sogenannten Revisionisten zum ersten Mal gelungen sein, einer breiteren Öffentlichkeit ihre abstruse Geschichtsklitterung nahe zu bringen.

Im Lauf des letzten Jahres häuften sich die Anzeigen gegen den Verleger. Die Staatsanwaltschaft ordnete mehrere Durchsuchungen an. Der Betriebsrat der Druckerei Mayer & Söhne, bei der der „Münchner Anzeiger“ gedruckt wird, forderte die Geschäftsleitung auf, den Druckauftrag zurückzugeben. Dieser Forderung kam die Geschäftsleitung jedoch erst vor wenigen Wochen nach.

Trotzdem erscheint der „Münchner Anzeiger“ weiterhin.

Zu Beginn des Prozesses wies der Staatsanwalt auf die Vielzahl von Artikeln hin, in denen die nationalsozialistischen Greueln gegen die Juden angezweifelt oder verharmlost wurden. Immer wieder tauchten darin Wendungen auf wie „Jahresrückblick“, „Gaskammerschauerärmchen“, „Holocaust-Mafia“, „Lügenmärchen, um das deutsche Volk erpressbar zu machen“, „Bakschisch für diese orientalischen Märchenzähler“. Bei der „Gaskammerngeschichte“ handele es sich um ein „Propaganda-Recycling“.

Ziel der Verteidigung war, die in Geschichtsschreibung und Gerichtsurteilen festgestellte Offenkundigkeit der Gaskammern in Auschwitz in Frage zu stellen. Der als Gutachter geforderte 27-jährige Diplomchemiker Gernar Rudolf, in rechtsradikalen Kreisen fest etabliert, wurde aber abgelehnt.

Unberücksichtigt blieben vor Gericht die vielen ausländerfeindlichen Artikel. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß sich auch Münchener CSU-Größen wie Gerhard Bletschacher und Peter Gauweiler nicht scheuten, in diesem revisionistischen und ausländerfeindlichen Hetzblatt zu veröffentlichen. — (dad)

MTV Chemie West: Flop bei Kündigungsfristen

Mannheim. Die IG Chemie hatte sich bei den diesjährigen Tarifverhandlungen außerordentlich viel vorgenommen: gleichzeitig über höhere Entgelte und über einen neuen Manteltarifvertrag zu verhandeln. Beim Manteltarifvertrag sollte es unter anderem um die Arbeitszeitverkürzung um zunächst zwei Stunden, um die Erhöhung der Nachschicht und die Einführung einer Zweierschichtzulage gehen sowie um die Beseitigung aller im bisherigen Manteltarifvertrag enthaltenen Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten.

„Von daher fordern wir eine Vereinheitlichung der in § 11 geregelten Kündigungsfristen in der Form, daß die für die angestellten Arbeitnehmer geltenden Fristen auch für die gewerblichen Arbeitnehmer übernommen werden.“

Das war angesichts der Kampf(un)fähigkeit der IG Chemie im Tarifbereich Chemie — man erinnere sich des gescheiterten BASF-Streiks 1979 — kühn angesetzt. Dennoch wurde — wie üblich — nicht auf Mobilisierung der Mitglieder, geschweige auf Kampf, gesetzt. Das Ergebnis war bekanntlich mäßig. Bei den Kündigungsfristen gab es — was weniger bekannt sein dürfte — eine fürchterliche Bauchlandung, an der auch noch andere Gewerkschaften zu knabbern haben werden: Die vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig bezeichneten unterschiedlichen Kündigungsfristen für Arbeiter und Angestellten wurden tatsächlich angeglichen — aber nach unten.

Zur Erinnerung: Die Kündigungsfristen sind in der BRD gesetzlich geregelt durch den — vom Bundesverfassungsgericht teilweise suspendierten — § 622 BGB und durch das Angestelltenkündigungsschutzgesetz (AngKSchG) von 1926. Das BGB legt für die Angestellten eine Kündigungs-Grundfrist von sechs Wochen zum Quartalsende fest, die einzelvertraglich auf höchstens einen Monat zum Monatsende verkürzt werden darf. Für Arbeiter beträgt die Kündigungsgrundfrist 14 Tage. Bezüglich älterer und längergedienter Arbeiter legt BGB § 622 für den Arbeitgeber verlängerte Kündigungsfristen gestaffelt bis zu drei Monaten zum Quartalsende fest, wenn der/die Arbeiter/in mindestens 20 Dienstjahre auf dem Buckel hat. Dabei zählen Dienstjahre vor dem 35. Lebensjahr nicht, so daß diese Regelung nur Arbeiter/innen über 55 Jahren begünstigt. Der gesamte § 622 BGB steht im übrigen unter einer Öffnungsklausel für schlechtere tarifvertragliche Vereinbarungen, von der die Tarifpartner nun ausgiebig Gebrauch gemacht haben.

Der verlängerte Kündigungsschutz für Angestellte ist im AngKSchG festgelegt. Er sieht eine gestaffelte Kündigungsfrist von bis zu sechs Monaten zum Quartalsende vor für Angestellte, die mindestens 12 Dienstjahre haben, wobei Dienstjahre vor dem 25. Lebensjahr nicht angerechnet werden. Hier gibt es keine Öffnungsklausel.

Der bisher gültige MTV Chemie sah für Angestellte die gesetzliche Regelung, für Arbeiter eine gegenüber dem BGB bessere Regelung vor: Nach dem noch gültigen MTV haben beispielsweise Arbeiter, deren Lebensalter plus Zahl der Dienstjahre eine Meßzahl von 75 erreichen, ebenfalls sechs Monate zum Quartalsende.

Die IG Chemie vereinbarte jetzt — ohne die geringste Mitgliederdiskussion über diesen Punkt — folgendes: Generell beträgt für alle Beschäftigten die Kündigungsfrist in den ersten zwei Dienstjahren altersunabhängig 14 Tage, in der Probezeit — je nach deren Länge — sogar nur drei Tage oder einen Monat zum Monatsende. Über eine lange Staffel erreicht man schließlich ab Meßzahl 75 die sechs Monate zum Quartalsende.

Diese neue MTV-Vereinbarung bringt nur für Arbeiter der mittleren Jahrgänge gewisse Verbesserungen, weil die allmähliche Steigerung der Kündigungsfristen jetzt bereits ab Meßzahl 26 mit mindestens zwei Dienstjahren einsetzt.

Ein winziger Vorteil zeigt sich auch für ältere Beschäftigte mit wenigen Dienstjahren: Das Meßzahlen-System kennt höchstens 5 Jahre Dienstzeit als Voraussetzung für lange Kündigungsfristen; die bisherige Regelung setzt bei Angestellten mindestens zwölf Dienstjahre voraus, um auf sechs Monate Kündigungsfrist zu kommen.

Bitterer Fakt aber bleibt, daß sowohl Arbeiter wie Angestellte nun in den ersten zwei Jahren nur 14 Tage Kündigungsfrist haben, und seien sie 50 oder älter. Damit ist den Angestellten in den jetzigen Zeiten erhöhter „Mobilität“ ein wesentlicher Schutz genommen und den Arbeitern kaum eine Verbesserung verschafft.

Die IG Chemie hat mit dem MTV-Abschluß, der als erster großer MTV nach dem BVG-Urteil zu ungleichen Kündigungsfristen Pilotfunktion hat, die von den Unternehmern geforderte Angleichung der Angestellten- an die Arbeiter-Kündigungsfristen weitgehend akzeptiert. Gleichzeitig hat sie dem Gesetzgeber, der den § 622 BGB und wahrscheinlich das gesamte Kündigungsfristenrecht novellieren muß, leichtes Spiel gemacht. Ein Verwaltungsstellenangebotsführer der IG Chemie erklärte denn auch entschuldigend, man habe sich praktischerweise an den Schubladeneinwurf der Regierung gehalten. — (sam)

Warnstreiks im Omnibusgewerbe

Stuttgart. Die Gewerkschaft ÖTV Baden-Württemberg kündigte für Ende August, Anfang September Warnstreiks im privaten Omnibusgewerbe an, falls sich die Unternehmen weiter weigern würden, bei der Lohnforderung nachzugeben und verbesserten Schichtzeiten im Manteltarifvertrag zuzustimmen. Die ÖTV fordert 10,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt für die etwa 7000 Beschäftigten sowie eine Verringerung der unzumutbaren bis sicherheitsgefährdenden Schichtzeiten im Linien- und Gelegenheitsverkehr. Die Unternehmer beharren auf den bisher geltenden Schichtzeiten von bis zu 16 Stunden. Die ÖTV will außerdem Mindestfahrerbesetzungen sowie eine Klausel, daß die Fahrer nicht mehr für Schäden haften müssen, die sie nicht grob fahrlässig oder vorsätzlich verursacht haben. — (alk)

Bundesregierung und Senat erhöhen Sozialmieten

Hamburg. Für rund 220000 Sozialwohnungsmieter in Hamburg werden zum 1. August die Mieten erhöht. Am schwersten ins Gewicht fällt die von der Bundesregierung beschlossene Erhöhung der Verwaltungs- und Instandsetzungspauschalen. Erstere wird um jährlich 100 DM auf 420 DM angehoben. Die Erhöhung der Instandsetzungspauschalen trifft am härtesten die Bewohner alter Sozialwohnungen; sie steigt für vor 1952 gebaute Wohnungen von 15,50 DM auf 20 DM pro Quadratmeter und Jahr, für in den 80er Jahren gebaute dagegen „nur“ von 9 auf 11 DM. Beide Erhöhungen zusammen belaufen sich für eine durchschnittliche Sozialwohnung auf 35 DM monatlich. Zugleich

trifft die Sozialwohnungsmieter der Beschluß des Hamburger Senats, die Mietobergrenzen um 40 bis 70 Pf. zu erhöhen. Außerdem beschloß der Senat neue Mieten für ab 1993 bezugsfertige Sozialwohnungen (8,20 bis 9,20 DM statt 7,70 DM wie bisher). — (scc)

BAYER wollte Krankmeldung abschaffen

Köln. Bei den BAYER-Werken in Leverkusen gibt es die Vereinbarung, daß Arbeiterinnen und Arbeiter ab 21 Jahren und drei Jahren Betriebszugehörigkeit bei Kurzerkrankungen von bis zu drei Tagen keine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vorlegen müssen, sondern eine Krankmeldung ausreicht. Wegen angeblichem Mißbrauch sollten die Betroffenen in einem Betriebsteil ab sofort für jeden Krankheitstag ein ärztliches Attest vorlegen. Durch das Engagement der Bereichsbetriebsräte war es jetzt möglich, diese Maßnahmen rückgängig zu machen.

nach Informationen der Kolleginnen und Kollegen für durchschaubare Betriebsratsarbeit — (jöd)

Urteil im Celler Kurdenprozeß

Celle. Vier Jahre und zwei Monate Haft wegen „schwerer Freiheitsberaubung, Nötigung und gefährlicher Körperverletzung“ gegen einen 31jährigen Kurden; ein Jahr, neun Monate auf Bewährung wegen „schwerer Freiheitsberaubung“ gegen einen 38jährigen Kurden; zehn Monate auf Bewährung wegen „Urkundenfälschung“ (!) gegen einen 37jährigen Kurden und Abtrennung des Verfahrens gegen einen vierten Kurden wegen des Vorwurfs „des Mordes“ — das waren die Urteile im Celler PKK-

Prozeß. Von der Anklage der Mitgliedschaft in „einer terroristischen Vereinigung“ wurden die drei Kurden freigesprochen — nach 132 Verhandlungstagen und jahrelangen Bemühungen der Bundesanwaltschaft ist das eine empfindliche Niederlage derselben. Die Urteile stützen sich im wesentlichen auf die Aussagen eines Kronzeugen, der angeblich als PPK-Funktionär 1987 in Partnerschaft saß, von der Bundesanwaltschaft eine neue Identität erhielt und sich trotz aller Vorbereitungen während der Verhandlungen in etliche Widersprüche verstrickte. Selbst am Urteilsstag, 20. Juni 1992, verzichtete das Gericht nicht auf martialische Sicherheitsmaßnahmen: Durchsuchung aller Besucher, Doppelstreifen der Polizei mit Maschinengewehren, Absperrung der Kanzleistraße. Die Cellesche Zeitung sprach in ihrer Berichterstattung weiterhin vom „Terroristenprozeß“ — obwohl die Kurden doch davon gerade freigesprochen waren.

Quelle: Schlaglichter Celle, Nr.4/92 — (syo)

Immer mehr Klagen vor den Arbeitsgerichten

Stuttgart. Der DGB Baden-Württemberg stellt fest, daß die Zahl der Verfahren, die die DGB-Rechtsstellen führen, erneut zugenommen hat. Die stellvertretende Landesvorsitzende Ingeborg Siegel berichtet, daß insbesondere die Zahl der krankheitsbedingten Kündigungen angestiegen sei; die Betriebe versuchten allgemein, Arbeitnehmer, die sie für leistungsgemindert halten, aus den Betrieben zu drängen. Mitbestimmungsrechte würden zunehmend mißachtet. Nötig sei daher ein besserer Kündigungsschutz, eine Erhöhung der Ausgleichsabgabe für Schwerbehinderte und eine Umkehr der Beweislast im Unfallrecht. — (alk)



Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes

Am 1. August konnten sich etwa 40000 Zuschauer im Ruhrstadion in Bochum beim Ersten Internationalen Kurdistan-Festival an Tanz-, Musik- und Sportgruppen aus Kurdistan, Palästina, Zypern, Spanien und der BRD erfreuen. Veranstalter war der kurdische Künstlerverband Hunerkom. Das Stadion war mit Fahnen der ERNK, ARGK und PKK sowie Parolen des kurdischen Befreiungskampfes geschmückt. — (edl, Bild: rst)

Studie zur Wohnungsnot: Das Chaos ist vorprogrammiert

Hannover. „Dem wachsenden Bedarf an preiswertem Wohnraum, an sozial gebundenen Wohnungen sowie an Belegrechtswohnungen steht ein drastisch sinkender Bestand gegenüber. Schon jetzt wären pro Marktsegment — d. h. im Belegrechtsbestand, im sozial gebundenen Bestand und in den Beständen des preisgünstigen freifinanzierten Wohnungsmarktes — gut doppelt so viele Wohnungen notwendig, als praktisch vorhanden sind. Tendenziell wird dieser Engpaß sich noch zuspitzen. Der extreme Konkurrenzdruck führt nicht nur dazu, daß sich viele Haushalte nicht mehr adäquat mit Wohnraum versorgen können oder aber Mieten aufbringen müssen, die ihre Verhältnisse deutlich übersteigen, sondern auch zu einem Mietanwuchs, das in der Tendenz deutlicher ausfallen wird als auf dem allgemeinen Markt. Dies gilt nicht nur für den frei finanzierten Wohnungsbau (z. B. Altbauwohnungen) sondern auch für den Sozialwohnungsbau, für den mittlerweile Kostenmieten von 26 DM pro Quadratmeter ermittelt werden. Damit kommen Nachsubventionen in horrendem Umfang auf die Kommunen zu, sei es durch Aufwendungszuschüsse, z. B. bei Belegrechtswohnungen, Kapitalerhöhungen bei der kommunalen Wohnungsbau-Gesellschaft oder im Extrem durch kommunales Wohngeld.“

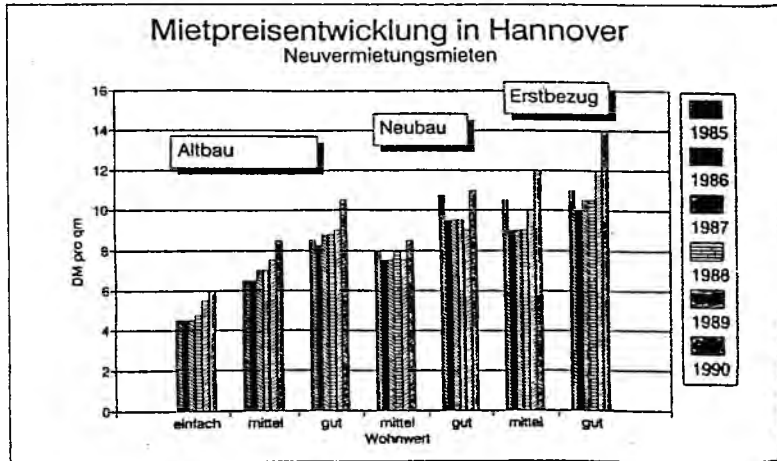
Zu diesem Resümee kommt die vom Großraumverband Hannover in Auftrag

gegebene Untersuchung der Universität Dortmund über den Wohnungsmarkt in Hannover. Die Chancen, mit ordnungspolitischen Instrumenten auf kommunaler Ebene die Wohnungsnot vor allem sozial schwacher Bevölkerungsgruppen zu beheben, schätzt die Studie eher als gering ein, gibt es doch auf kommunaler Ebene zu wenig Spielraum für effektive Maßnahmen. So wird im wesentlichen der Schluß gezogen, daß Bau- und Wohnungswirtschaft größere finanzielle Anreize geboten werden müßten, um deren faktischen Boykott des sozialen Wohnungsbaus zu durchbrechen. — Bereits 1985 hätten 40 % der Hannoveraner

Haushalte Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein gehabt, das ergab ein Abgleich der Haushaltsnettoeinkommen mit den Förderungsvorschriften für den sozialen Wohnungsbau. Der Bestand an Belegrechtswohnungen hat sich von 1984 32500 auf 1989 22000 reduziert, der Bedarf liegt bei 40000 bis 60000 je nach Prognose.

Die günstigen Sozialwohnungen aus den 50er und 60er Jahren fallen aus dem Bestand, für neuere war allein von 1985 bis 1987 eine Mietsteigerung von 19 % zu verzeichnen.

Quellenhinweis: „Wohnungsmarktforschung Großraum Hannover“, 12/91 — (rec)





Wunsiedel. Die angemeldete antifaschistische Demonstration in Wunsiedel ist wie der Faschistenaufruf vom Landratsamt verboten worden. Dagegen ist Widerspruch eingelegt worden. Die Veranstalter haben jetzt örtliche Kontaktadresse und Abfahrtsorte veröffentlicht. — (Bild: 1990; nach Antifaschistische Nachrichten Nr. 17/92)

Landgericht Stuttgart weist Ausschluß eines Rep zurück

Das Landgericht Stuttgart hat den Ausschluß des stellvertretenden Vorsitzenden des Kreisverbandes Kempten der Rep aus der IG Medien für unwirksam erklärt. Nach deren Satzung kann ein Mitglied ausgeschlossen werden, das „für Organisationen und Gruppen tätig ist, die die Gewerkschaften bekämpfen.“ Nach Ansicht der IG Medien trifft dies zu, „weil die Republikaner die Einheitsgewerkschaft ... in Frage stellen und programmgemäß die Abschaffung dieser historisch gewachsenen Prinzipien in Form einer „gewerkschaftlichen Vielfalt“ fordern ... Dies ist keine interne Kritik, sondern ein äußeres Bekämpfen ... Nach dieser Rechtsprechung (des BGH — d. Verf.) sind die Gewerkschaften befugt, „zum Schutz ihres Rechts auf Selbstwahrung in ihren Satzungen die Beendigung der Mitgliedschaft vorzusehen, wenn ein Mitglied einer mit den Zielen der Gewerkschaften unvereinbaren Gruppierung, insbesondere einer gegnerischen politischen Partei angehört.“ Die IG Medien will gegen das Urteil des Landgerichts in Berufung gehen. AZ 17 O 168/92 — (ulk)

Zahl der Obdachlosen stieg in fünf Jahren um 30%

Hannover. Von Mai 1987 (2.992 Meldungen) bis Mai 1992 (3.866 Meldungen) ist die Zahl der Obdachlosen aufgrund von Mietschulden, Wohnungskündigungen, Zwangsräumungen um ca. 30 % gestiegen. Nicht berücksichtigt sind „Über- und Aussiedler“, Asylbewerber. Von Zwangsräumungen waren in den letzten fünf Jahren 540 Haushalte

jährlich betroffen. Das Amt für Wohnungswesen stellt als Gründe für die gestiegene Zahl der Obdachlosen den Mangel an preiswertem Wohnraum und daraus resultierende Mietschulden fest. Die Zahl der Obdachlosen wird weiter steigen. Daß durch die Expo schon jetzt die Mieten in die Höhe getrieben werden, wird verschwiegen. — (anr)

Lesegebühren in den Stadtbibliotheken eingeführt

Hannover. Für die Benutzung der Stadtbibliotheken muß jetzt eine Gebühr von 15 DM jährlich gezahlt werden; auf Antrag sind Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger davon frei. Neben der Volkshochschule bieten die Stadtbibliotheken, deren Bestand zur Hälfte aus Büchern für Aus- und Fortbildung besteht, den wesentlichen Zugang zu außerschulischer Bildung und Ausbildung. Die dafür vorgesehenen Mittel hat der Rat seit 1983 von 30.000 auf 24.000 pro Bücherei gesenkt. Entsprechend dürftig ist der Zugang an Neuerscheinungen, die gekürzten Öffnungszeiten erschweren die Benutzung, gefragte Titel sind langfristig vorgemerkt. Ihrem Auftrag als kommunale Einrichtung zur demokratischen Urteilsbildung, Treffpunkt, Aufenthaltsort und Stätte der Begegnung (Deutscher Städtetag) kann die Bibliothek so nicht mehr gerecht werden. So können nicht mal neue Bücher dafür gekauft werden, die Gebührenbearbeitung kostet zusätzliche Zeit des um 17 Stellen reduzierten Bibliothekspersonals. Ca. 20.000 Unterschriften wurden gegen den Abbau gesammelt und zahlreiche Veranstaltungen mit der ÖTV dagegen durchgeführt. Es trifft v.a. die Geringverdienenden, denen Bildung und Information vorenthalten werden! — (ibm)

Schikanen im Kleinbetrieb

Norderstedt/Hamburg. Seit zwei Jahren versucht der alleinige Geschäftsführer des „Instituts für Weltkunde in Bildung und Forschung“ (WBF) — vergleiche auch die letzte Ausgabe der *Politischen Berichte*, 16/92 — in seinem Betrieb eine über fünfzigjährige, bereits seit neun Jahren beim WBF tätige und ihm sehr unbequeme Mitarbeiterin hinauszukatapultierten. Diese weigerte sich jedoch hartnäckig und in zweimaligen Güterverhandlungen vor Gericht fand sie auch stets die volle Unterstützung der Richter. „Wenn überhaupt — so entlassen sie hier wohl die Falsche,“ hieß es eindeutig.

Sein erwünschtes Ziel konnte Herr Jenkel nur durch dauernde, schlimmste Schikanen erreichen. So wurde der Kollegin 1990 wenige Tage vor ihrem Urlaub dieser einfach untersagt. Vor einem Jahr verbot er ihr, bei der Arbeit Radio zu hören — ergebnislos, weil sie dagegen klagte. 1991 mußte Frau L. sechs Wochen lang tagtäglich einen Arbeitsbericht verfassen. Als sie Bildungsurlaub beantragte, wollte er ihn ihr nicht gewähren.

Ende des Jahres 1991 sollten plötzlich alle Angestellten ihren Resturlaub verbrauchen — angewendet wurde dieses Verlangen aber nur auf die Kollegin L., die auf diese Weise den gemeinsamen Urlaub mit ihrem Mann im Januar 1992 aufgeben mußte. Ihre Tätigkeit wurde streng bürokratisch geregelt. Als einzige

mußte sie sich morgens pünktlich am 8 Uhr im Büro melden. Zwei ihrer Kolleginnen — die eine sehr jung und unerfahren, die andere ohne jegliche Kenntnis von Arbeiterrechten und -interessen — wurden zur Vorgesetzten und Ersatzvorgesetzten ernannt.

Schließlich mußte auch ein vor der Tür des Instituts stets herumschnüffeln der Hausmeister eingespannt werden. Frau L. sei ihm nicht bereitwillig genug zur Hand gegangen und habe ihn schließlich nicht einmal mehr begrüßt. Sie sei überhaupt stets barsch und aggressiv, halte andere Kolleginnen von der Arbeit ab und mißbrauche sie für ihre klassenkämpferischen Parolen. Last not least habe sie sich sogar in der Arbeitszeit die Haare gewaschen.

Bei dem Gütertermin Anfang August vor dem Hamburger Arbeitsgericht hatte das WBF für eine wirkliche Kündigung keine Chance. Aber die vielen unerträglich gewordenen Schikanen bewirkten dann doch, daß die Kollegin auf eine weitere Tätigkeit bei diesem Bildungsinstitut verzichtete und auf einen Vergleich einging. Sie rechnete dem Gericht ihre Verluste in der Rentenversicherung (in 7 Jahren 56.000 DM), durch lange Arbeitslosigkeit (in 26 Monaten ca. 20.000 DM) und durch fehlende Lohnerhöhungen (ca. 18.000 DM), bzw. auch reale Lohnsenkungen vor und erhielt von ihrer Forderung immerhin 40.000 DM. — (edl)

Verdeckte Staatschutz-Ermittler in linken Gruppen aktiv

Tübingen. Am 21. Juli wurde der Einsatz zweier verdeckter Ermittler der Staatsschutzabteilung des Landeskriminalamtes bekannt. Sie hatten den Auftrag, festzustellen, „welche Unterstützungshandlungen einzelne Personen für die RAF leisten“. Einer der Ermittler, so das LKA, habe eine enge Beziehung mit gemeinsamer Lebensplanung zu einer Frau begonnen und sich dieser auf Anraten der Behörde geöffnet. Die betroffenen Gruppen gingen daraufhin an die Öffentlichkeit. Der verantwortliche baden-württembergische Innenminister Birzele (SPD) erklärte, alle verdeckten Ermittler im linksextremistischen Bereich seien vorerst zurückgezogen. Grundsätzlich sei er allerdings weiterhin für eine Beobachtung. Im folgenden Auszüge aus Pressemitteilungen der betroffenen Gruppen und Personen. — (alk)

Unter dem Namen Joachim Armbruster und Ralf Hausmann wohnten die beiden Beamten seit Februar 1991 in Tübingen-Weilheim. Beide waren mit einer vollständigen Legende ausgestattet, Teil dieser Legende war der (durch das Landeskriminalamt vermittelte?) Arbeitsplatz bei der Körperbehinderten-Förderung in Mössingen. Nach eigenen Darstellung konnte einer der Ermittler die „Schizophrenie seiner doppelten Existenz nicht mehr ertragen“ und offenbarte seine Identität als Ermittler des Landeskriminalamtes.

Zum chronologischen Ablauf

„Ralf Hausmann“ war im Palästina-Libanon-Komitee; bei „Profan“, einer Gruppe, deren Ziel ist, allen Formen staatlicher, politischer Repression entgegenzuarbeiten und davon Betroffene zu unterstützen; im Tübinger Conquista-Plenum, das in der letzten Zeit insbesondere gegen den Weltwirtschaftsgipfel und gegen das Reutlinger Abschiebelager für Flüchtlinge aktiv war.

„Joachim Armbruster“ war ebenfalls bei „Profan“ und im Conquista-Plenum; im Nicaragua-Arbeitskreis der evangelischen Studentengemeinde.

Beide nahmen beispielsweise an der Demonstration gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München Anfang Juli '92 teil und gestalteten im Juni '92 die Aktionstage gegen das Reutlinger Abschiebelager mit.

Die Beamten wohnten in einem Haus, in dem auch eine Wohngemeinschaft lebte, deren Mitglieder politisch aktiv sind. Eben diese Wohngemeinschaft war schon wiederholt Ziel tage- und wochenlanger staatlicher Observation.

Aufgrund nie näher bezeichneter und nie eindeutig eingeräumter „Ermittlungsergebnisse“ wurde einer Frau aus dieser Wohngemeinschaft im Dezember '91 die Arbeitsstelle bei der Handwerkskammer in Stuttgart gekündigt.

Durch das Landespolizeigesetz Baden-Württemberg vom Oktober '91 und das Bundesgesetz gegen „organisierte Kriminalität“ vom Juni '92 wurde der Einsatz verdeckter Ermittler legalisiert. Demnach hatte dieser Einsatz in Tübingen für mindestens acht Monate noch nicht einmal eine rechtliche Grundlage. Sollte es sich erweisen, daß sowohl Arbeitsstelle als auch Wohnung vom Landeskriminalamt beschafft oder vermittelt worden sind, dann wäre das ein weiterer Beweis dafür, daß der Polizeiapparat weite Bereiche des gesellschaftlichen Lebens manipuliert und kontrolliert. Es langt!

Konsequenzen erforderlich!

Im März 1991 nahmen Ralf Hausmann und Joachim Armbruster ihre Arbeit als verdeckte Ermittler in Tübingen auf. Sie suchten den Kontakt zu verschiedenen politischen Gruppen und Initiativen, indem sie sich als interessierte Neulinge an eben jene herantasteten. Ihr zielstrebiges, aber keinesfalls offensives Vorgehen, legt die Vermutung nahe, daß ihre Arbeit auf mehrere Jahre angelegt war und nicht auf das Erlangen schneller, vermeintlicher Erfolge. Wir müssen auch davon ausgehen, daß in ganz Baden-Württemberg solche verdeckten Ermittler eingesetzt sind.

Am 4. November 1991 besuchten Ralf Hausmann und Joachim Armbruster eine Veranstaltung zum Thema „Politische Gefangene weltweit“ im Rahmen der Aktionswochen gegen die 500-Jahr-Festlichkeiten, welche vom Conquista-

Plenum organisiert worden waren. Im Dezember 1991 wurde dann Birgitta Maegraith, die als Referentin bei der genannten Veranstaltung aufgetreten war, von ihrem Arbeitgeber, der Handwerkskammer in Stuttgart gekündigt. Grund seien ihre angeblichen Sympathieäußerungen gegenüber „linksextremen Organisationen“. Und im März 1992 wurde jemand aus dem Conquista-Plenum vom Verfassungsschutz auf seine Teilnahme an der Veranstaltung im November angesprochen.

Wir müssen also davon ausgehen, daß das Landeskriminalamt mit dem Verfassungsschutz zusammenarbeitet. Auch wenn diese Zusammenarbeit in Gesetze gegossen ist, so möchten wir doch darauf hinweisen, daß die Trennung eben dieser Dienststellen im Grundgesetz aufgrund der Erfahrungen mit der Gestapo festgehalten worden war.

Der Einsatz der verdeckten Ermittler wurde unter anderem vom Chef des Landeskriminalamtes Schürholz damit begründet, daß es die RAF gibt und daß es „Militante“ in Tübingen gäbe, die am Aufbau der „antiimperialistischen Front“ arbeiteten. Tatsache ist, daß die Ermittler in sehr vielen verschiedenen politischen Gruppen eingesetzt wurden; zu dieser Tatsache sagt Herr Schürholz nichts. Begriffe wie „Terrorismus“, „RAF“, „terroristisches Umfeld“ und „militante Gruppen“ dienen lediglich als Schlagworte, mit denen die Öffentlichkeit in die Irre geführt werden soll. Die Rechtfertigung des Einsatzes in der Medienöffentlichkeit, es ginge um die Bekämpfung der RAF, ist nichts weiter als der Versuch, sich aus der politischen Verantwortung zu stehlen.

Auch unsere Bezeichnung als „Randgruppen“ soll suggerieren, daß alle, die außerhalb der bestehenden Parteienlandschaft links aktiv sind, zum Abschluß freigegeben sind. Wir wollen betonen, daß wir keinesfalls isolierte „Randgruppen“ sind. Außerdem arbeiten alle betroffenen Gruppen und Zusammenhänge öffentlich.

Das Vorgehen der Polizeibehörden macht klar, daß wir keinerlei Persönlichkeitsrechte mehr besitzen!

Wir haben nachgerechnet, daß in den letzten fünf Jahren ca. zwanzig Versuche von Polizei und Verfassungsschutz bekannt geworden sind, politische aktive Menschen aus linken Gruppierungen in Tübingen zu bespitzeln, als Mitarbeiter oder Mitarbeiterin anzuwerben oder auszuhorchen. Daneben sind Leute immer wieder auf Schritt und Tritt verfolgt worden, hat Birgitta Maegraith in diesem Zusammenhang ihren Arbeitsplatz verloren, sind nach den Anschl-

gen der RAF vor Häusern von politisch aktiven Menschen Personenkontrollen durchgeführt worden von zum Teil schwer bewaffneten Beamten. Wir wollen betonen: Niemals mit irgendeinem konkreten Ergebnis! Wir haben genug davon!

Jetzt müssen wir davon ausgehen, daß das Landeskriminalamt seine Institution „verdeckte Ermittler“ — auch nach der Spielkasinoaffäre im Januar dieses Jahres — in Gefahr sieht. Wir halten es deshalb nicht für unmöglich, daß das Landeskriminalamt versuchen wird, mit angeblichen Ermittlungserfolgen seinen Einsatz von verdeckten Ermittlern zu rechtfertigen und weiterhin zu gewährleisten. Das heißt, daß wir, die wir hier sitzen, und alle anderen betroffenen Personen und Gruppen der Gefahr ausgesetzt sind, kriminalisiert zu werden. Wir fordern deshalb: Akteneinsicht bei den zuständigen Behörden für all jene, von denen Akten angelegt wurden und die Bekanntgabe aller der Namen, die weitergeleitet wurden. Zu der Frage, was für uns der Einsatz verdeckter Ermittler bedeutet, möchten wir folgendes sagen: Die Aktivitäten des Landeskriminalamtes dienen dazu: politische Zusammenhänge auszuforschen, Psycho- und Soziogramme der politisch aktiven Menschen zu erstellen, Mißtrauen untereinander zu säen, aber auch, die betroffenen Personen politisch zu isolieren.

Mit seinen Aktivitäten nimmt sich das Landeskriminalamt aber auch das Recht, unkontrolliert zu definieren, welche Themen als anschlussrelevant gelten, um im Ziel jede Auseinandersetzung mit Inhalten wie Flüchtlingspolitik, die Rolle der BRD im internationalen Welthandel, der Forderung nach Zusammenlegung aller politischen Gefangenen und der Freilassung der Haftunfähigen sowie Wohnraumpolitik etc. zu verhindern. Darüber hinaus wollen wir wissen, welche Behörden, Institutionen das Landeskriminalamt in seine Aktivitäten einbezogen hat: War die Körperbehinderten-Förderung darüber informiert, daß es sich bei Ralf Hausmann und Joachim Armbruster um Beamte des Landeskriminalamtes handelt? Eine andere Frage ist, inwieweit über das Arbeitsverhältnis in Bezug auf Renten- und Sozialversicherung etc., andere Behörden vom LKA willentlich getäuscht wurden oder ob sie dem LKA zugearbeitet haben.

Trotz der Ereignisse werden wir weiterhin unsere politische Arbeit öffentlich und für alle Interessierten zugänglich fortführen.

Informationen sind erhältlich über: Infobüro Tübingen, Neckarhalde 6, 7400 Tübingen



Datum: 28.07.1992

Pressemitteilung

Eine anonyme Gruppierung aus Tübingen hat am 27.07.92 eine Presseerklärung herausgegeben, in der sie Verdeckte Ermittler des Landeskriminalamtes ins Ziellicht zu rücken versucht. Hierzu stellen wir fest:

Das Landeskriminalamt hat zur vorbeugenden Bekämpfung links- und rechtsextremistisch motivierter Straftaten auch Verdeckte Ermittler (VE) eingesetzt. Der Einsatz im Bereich der Gefahrenabwehr stützt sich auf das Polizeigesetz für Baden-Württemberg

Im Jahre 1991 wurden in Tübingen verdeckte Ermittler eingesetzt, weil tatsächliche Anhaltspunkte vorlagen, daß bestimmte Personen aus Tübingen und Stuttgart Kontakte zu inhaftierten terroristischen Straftätern in Deutschland und im Ausland unterhalten und diese Kontakte und andere Aktivitäten vermutlich dazu dienen sollen, den von der RAF geforderten Aufbau einer „antiimperialistischen Front in Westeuropa“ zu fördern.

Durch verdeckte Ermittlungen sollte festgestellt werden, welche Unterstützungshandlungen einzelne Personen für die RAF leisten.

Darüber hinaus sollten Erkenntnisse darüber gewonnen werden, welche linksextremistisch motivierten Straftaten von bestimmten Personen in Tübingen geplant und ausgeführt werden. Im Rahmen ihrer Tätigkeit fanden Verdeckte Ermittler Zugang zu Gruppierungen, die sich u. a. mit — Blockaden, Hausbesetzungen — Zusammenlegungsveranstaltungen für inhaftierte Terroristen — gewaltsamen Demonstrationen — Aktionen gegen sogenannte Schreibtschützer in Behörden und Ämtern (z. B. Ausländerbehörden) befassen.

Im April 1992 kam es in Tübingen zufällig zu einer näheren Bekanntschaft zwischen einer Frau und einem VE des LKA. Dies führte in der Folge zu einer engen Beziehung und gemeinsamen Lebensplanung. Kurz darauf offenbarte sich der Verdeckte Ermittler seinen Vorgesetzten beim Landeskriminalamt. Er wurde angewiesen, baldmöglichst der Frau seine wahre Identität und seine Tätigkeit als Verdeckter Ermittler zu nennen. Dies ist am 17.07.92 geschehen ...

Abschließend stellen wir fest, daß offene oder verdeckte polizeiliche Ermittlungen keinesfalls auf das Auskundschaften einer bestimmten politischen Meinung oder Gesinnung zielen. Sie sind ausschließlich darauf gerichtet, geplante oder bereits begangene Straftaten zu erkennen oder abzuwehren.

Mit freundlichen Grüßen

Bortz

Pressemitteilung des LKA vom 28. 7.

Kurz berichtet

Weiteres Zeitungssterben
in Ostdeutschland

Gut ein Jahr nach dem Verkauf fast aller ostdeutschen Zeitungen an westdeutsche Verlage, einer ersten Welle von Zeitungssterben „politischer“ Zeitungen müssen jetzt kurz hintereinander zwei weitere traditionsreiche Zeitungen ihr Erscheinen einstellen: das *Deutsche Landblatt* und der *Kurier am Abend*. Das *Deutsche Landblatt* erschien seit 1948 unter dem Titel *Bauernecho* als agrarpolitische Tageszeitung in der DDR und hatte ein anerkannt hohes Niveau. 1990 wurde es vom Deutschen Zeitungsverlag (DZV) übernommen, an dem u. a. die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Teilhaber ist. Grund für die Einstellung des *Deutschen Landblattes* ist die seit 1989 sinkende Auflage (von 120000 auf ca. 20000), was der DVZ auf die andauernde Agrarkrise zurückführt. Der *Kurier am Abend* hieß bis Dezember 1990 *BZA* und wurde 1949 gegründet. Er gehört Gruner + Jahr, die seit April '91 auch eine Morgenausgabe davon herausbringen. Mit dem *Kurier am Abend* stirbt die letzte Berliner Abendzeitung. Mindestens 65 Redakteure werden durch die Einstellungen arbeitslos. — (har)

Bundeswehr im Osten
nicht gern gesehen

Die Bundeswehr fühlt sich im Osten nicht willkommen. Anlässlich von bekanntgewordenen Plänen, welche der 60 Truppenübungsplätze der DDR- und GUS-Streitkräfte die Bundeswehr übernehmen will, stellte sich heraus, daß nur ein Standort (von insgesamt zwölf beabsichtigten) unumstritten ist. Bei allen anderen gibt es bereits heftigen Widerstand der Bevölkerung, dem sich teilweise auch Kommunalpolitiker und Landtagsabgeordnete selbst der SPD angeschlossen haben. Insbesondere ärgert die Bundeswehr-Führung, daß sie mit der Nationalen Volksarmee der DDR und der Sowjetarmee gleichgesetzt wird. „Viele Menschen sehen uns leider sogar als neue Besatzungsarmee“, so der Befehlshaber der Territorialarmee Ost, Generalleutnant von Scheven. Man befürchtet einen „Dauerkonflikt“, deshalb müsse unbedingt Akzeptanz unter der Bevölkerung hergestellt werden. Und wie erreicht man die unter den gegenwärtigen Bedingungen in Ostdeutschland? Durch Erpressung — in Form von Arbeitsplätzen! — (har)

ÖTV fordert Verzicht auf
Bedarfskündigungen

Die ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies hat die Ministerpräsidenten der ostdeutschen Länder aufgefordert, keinen weiteren Gebrauch von den im Einigungsvertrag vorgesehenen erleichterten Kündigungsmöglichkeiten zu machen (z. B. bei sog. mangelndem Bedarf, wegen mangelnder fachlicher oder persönlicher Eignung und bei Auflösung oder Umstrukturierung der Dienststelle). Die ursprünglich bis zum 2. Oktober d. J. befristete Sonderregelung war auf Initia-

ve Sachsens von Bundesrat und Bundestag bis zum 31. Dezember 1993 verlängert worden. Potentiell betroffen sind 1,3 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst der ehemaligen DDR.

Die ÖTV prüft gegenwärtig die Möglichkeit einer Verfassungsklage. Sollte diese einseitig (der Vertragspartner DDR existiert ja nicht mehr) und per Gesetz beschlossene Änderung des Einigungsvertrages (für diesen war eine 2/3-Mehrheit des Bundestages erforderlich) gerichtlich Bestand haben, könnte dies fatale Auswirkungen auf andere Vertragsgegenstände (wie z. B. die Entlohnungen durch die Sowjetarmee bis 1945) haben. — (har)

Deregulierung über
Einzelarbeitsvertrag

Nach Angaben der IG Metall arbeiten im Westteil Berlins mindestens 150000 Pendler aus der ehemaligen DDR. Für das gesamte Bundesgebiet veröffentlichte die *Frankfurter Rundschau* am 16. 1. folgende Zahlen: 600000 Pendler aus der ehemaligen DDR arbeiten in den alten Bundesländern, weitere 200000 Übersiedler und 200000 Aussiedler. Der Druck auf den Arbeitsmarkt entfaltet sich. Saisonarbeiter, Werkvertragsarbeiter, Gastarbeitnehmer und sogenannte Grenzgänger animieren tarifvertraglich gebundene Unternehmen nun zu Einzelarbeitsverträgen, die Bestimmungen unterhalb tariflicher Mindestnormen festlegen.

Die IG Metall hat angesichts der Vorschläge der Deregulierungskommission und der Zielvorstellungen der Kapitalisten in den letzten Tarifbewegungen mehrfach festgestellt, daß die Kapitalistenverbände die Zerstörung des geltenden Tarifvertragssystems wollen. Dies ist keine Übertreibung, sondern entspricht der Realität. Rechtsanspruch auf tarifvertragliche Regelungen haben jedoch nur Gewerkschaftsmitglieder. Dieser Rechtsgrundsatz gewinnt nun wachsende Bedeutung in der betrieblichen Praxis. — (brr)

BAG: Beschäftigungsort für
Bezahlung entscheidend

Als einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz wertete das Bundesarbeitsgericht die Bezahlung von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nach Ost-Tarif, nur weil ihr ursprüngliches Arbeitsverhältnis in Ostberlin oder Ostdeutschland abgeschlossen wurde. Das BAG hält unterschiedliche Tarife zwar für zulässig, wenn es nachvollziehbare Gründe wie unterschiedliche Lebenshaltungskosten gibt, jedoch lasse sich daraus „nicht das Recht der Tarifvertragsparteien des öffentlichen Dienstes (ableiten), einzelnen Arbeitnehmern, die auf Dauer in einem alten Bundesland oder im Westteil von Berlin beschäftigt werden, die dortigen tariflichen Arbeitsbedingungen nur deshalb zu verweigern, weil die Arbeitsverhältnisse dieser Arbeitnehmer im Beitrittsgebiet begründet sind“. Damit widerspricht das BAG einem Urteil des Landesarbeitsgerichts Berlin, das unterschiedliche Tarife innerhalb einer Dienststelle für zulässig erklärte. Az.: 6 AZR II/92, *Der Tagesspiegel* v. 3. 8. 92 — (har)

Es geht nicht um den Westen
Ein Diskussionsbeitrag

Den folgenden Beitrag haben wir der PDS-Mitgliederzeitung für die West-Berliner Bezirke, *Die Rote Luzi*, entnommen. Er dokumentiert einen Teil der gegenwärtig (nach den Bezirkswahlen) geführten Diskussionen um die „Westausdehnung“ der PDS.

„In regelmäßigen Abständen wird immer wieder in der PDS und besonders im Berliner Landesverband über Sinn und Zweck, Erfolg oder Scheitern der sogenannten Westausdehnung diskutiert. Argumente, Statements und Überlegungen sind selten neu, nur mit neuen Details und weiteren schlagenden Beweisen angereichert.

Dabei muß die Westausdehnungsdiskussion ein Scheingefecht zur Profilierung einzelner bleiben, wenn immer nur über Strukturen, nie aber über politische Zusammenhänge gestritten wird...

Zur Situation in der BRD
vor der Annexion der DDR

Die 80er Jahre waren in ihrer zweiten Hälfte in der BRD eine Zeit des Rückzugs aus der Politik.

Nicht das gesellschaftliche und politische Engagement, sondern Bestrebungen des Privatisierens kennzeichnete die gesellschaftliche Subkultur. Die linke Alternativszene, die sich in der Anti-AKW-, Hausbesetzer-, Friedens- und Ökologiebewegung entwickelt hat und mit den Grünen auch auf parlamentarischer Bühne für Aufmerksamkeit sorgte, verlor immer mehr an politischem Einfluß.

Der Kapitalismus wurde z. B. von den Grünen nicht mehr kategorisch abgelehnt, weil in ihm die Ursache für Naturzerstörung, Hunger und Elend gesehen wurde, sondern zum Garanten der erforderlichen gesellschaftlichen Veränderungen emporgehoben. So u. a. 1989 von Joschka Fischer, der in seinem Buch *„Der Umbau der Industriegesellschaft“* zu dem Schluß kommt: „Der Kapitalismus hat gewonnen, der Sozialismus hat verloren... aus dem Gesagten folgt nun einmal, daß der Rahmen und die wesentlichen Instrumente einer ökologischen Reform des Industriesystems durch die bestehende Wirtschaftsform westlich kapitalistischen Typs bestimmt werden... daß deren Lösung realistischere Weise nur noch im Rahmen und mit den Instrumenten der kapitalistischen Marktwirtschaft stattfinden kann.“

Nach dem Scheitern der emanzipatorischen, sozialen und ökologischen Bewegungen fand ein Rückzug ins Privatmythische statt: Selbstfindung, Esoterik und Gesundheitskult erlösten von der selbstauferlegten Verantwortung für die gesamte Menschheit.

Als der Friede mit dem System erst einmal gemacht war, das Private nicht mehr als ganz so politisch betrachtet wurde, fiel es auch nicht mehr ganz so schwer, nun endlich am Kapitalismus mit zu verdienen: Che Guevara wurde abgelöst vom Öko-Yuppi.

Obwohl die westdeutsche Linke, besonders die ökologische und autonome Szene, im Realsozialismus nie eine wirkliche Alternative gesehen hat, hat der Zusammenbruch des Staatskapitalismus bei weiten Teilen einen Schock ausgelöst.

Die Abwendung von der Politik und besonders von emanzipatorischen, systemkritischen und revolutionären Idealen vollzog sich mit einer lautstarken Selbstkritik, dem öffentlichen Abschwören von den Wahnbildern und einer völlig blinden und emotionalen Abrechnung mit den alten GenossInnen, die noch immer nicht korruptiert werden konnten.

Die PDS wurde nicht als
neue Kraft anerkannt

In dieser Situation der Entpolitisierung, Individualisierung und Etablierung der verlorenen Kinder trat die PDS als Nachfolgerin der nie geliebten SED auf die nun gesamtdeutsche Politbühne und verkündete ihren Anspruch, als die neue sozialistische Kraft in Großdeutschland zu wirken. Durch Finanzskandal, das buchstäblich bürgerlich-parlamentarische Ausharren der ehemaligen Stasi-mitarbeiter auf ihren Posten, bis nur noch ein Rücktritt blieb, die von Beginn an beinahe hundertprozentige Konzentrierung des politischen Handelns auf die Belange der ehemaligen DDR-BürgerInnen, eine eher reformistische als soziali-

stische Politik, die sich mehr um Straßenumbenennungen drehte als um gesellschaftliche Kritik an den Zuständen in der BRD, ihr Ja zu Olympia und Hauptstadt Berlin und nicht zuletzt das dauernde Jammern, von den anderen immer nur ausgestoßen und nicht als demokratischer Partner akzeptiert zu werden, blieb sie aber für die Menschen eher in den alten staatstragenden realsozialistischen Sphären gefangen, statt für die übriggebliebene Westlinke als die zukünftige Alternative und politische Kraft zu erscheinen, in der und mit der eine parlamentarische Gegenbewegung zu erreichen ist, die zur Überwindung des Kapitalismus führen könnte.

Der Westen blieb Anhängsel
und ohne Einfluß

Nicht mangelhafte oder falsche Strukturen, sondern mangelnde visionäre, theoretische und ideelle Ausstrahlung der PDS ließ die kaum begonnene Westausdehnung dort enden, wo sie heute noch stagniert: In Minigruppchen von 10 bis 100 IdealistInnen, die von einer sozialistischen PDS träumen und schon deshalb von ihren GenossInnen nicht ernstgenommen werden.

Eine wirkliche und gründliche Analyse der gesamtdeutschen gesellschaftlichen und politischen Situation fand nicht statt, lieber zog mensch sich auf die ostdeutsche Interessenvertretung zurück. Die westlichen Gruppen hatten keine Chance, dieses Bild in der Öffentlichkeit zu korrigieren und in der PDS ihre Kritik wirksam zu vertreten. Sie wurden genauso Anhängsel einer „Ostpartei“ wie die „Westprominenten“ in der Bundestagsgruppe oder in den Gremien auf Bundesebene.

Diese Strategie verbuchte zwar Erfolge im Osten, wie bei den Berliner BVV-Wahlen, ist aber gleichzeitig der Grund für die Stagnation des Aufbaus der PDS in den westlichen Bundesländern. In den Stellungnahmen der PDS kommen die westlichen Gruppen folgerichtig auch nur noch in bedauernden Nebensätzen vor.

Die falsche Hoffnung
auf „Ossisierung“

Die Prognose Gregor Gysis, daß die PDS auch im Westen erfolgreich sein würde, wenn der Westen erst einmal „ossisiert“ sei, ist von einem merkwürdigen Zynismus und einer Milchmännchenrechnung.

Zynisch, weil nicht die Politik der PDS, „Wir machen Politik für die Menschen im Osten“, als änderungswürdig angesehen wird, um im Westen Erfolge zu erzielen, sondern davon ausgeht, daß lediglich darauf gewartet werden muß, daß es den „Wessis“ genauso mies geht wie den „Ossis“. Zynisch auch, weil damit die Arbeit der Westgruppen völlig negiert wird, selbst wenn einen Satz vorher noch die Freude geäußert wurde, immerhin 1 % im Westen erreicht zu haben.

Eine Milchmännchenrechnung deshalb, weil es den Menschen in der alten BRD ja schon schlechter geht, da „alle Opfer für die Einigung Deutschlands“ aufbringen müssen, was sich aber nicht in Stimmenzuwächsen für die PDS, sondern in einer vermehrten Ablehnung der ehemaligen Brüder und Schwestern ausdrückt. Nicht die Herrschenden und das kapitalistische System werden verantwortlich gemacht, sondern die Opfer selbst und mit ihnen ihre Vertreterin PDS. Der Graben zwischen Ost und West wird also bei wachsender „Ossisierung“ des Westens nur größer und wird nicht zu der Einsicht führen, gerade deshalb die PDS zu wählen.

Milchmännchenrechnung auch, wenn die PDS davon ausgeht, daß es wirklich zu einer Angleichung der beiden noch immer existierenden Deutschlands kommen wird. Der Abbau von Demokratie, im sozialen, kulturellen und Bildungsbereich, das Ansteigen von Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und der „neuen Armut der 2/3-Gesellschaft“ sind keine deutschen Phänomene, die durch die Vereinigung ausgelöst wurden, sondern in ihr höchstens eine neue Rechtfertigungsmöglichkeit gefunden wurde, die von den wirklichen Ursachen ablenkt.

Gleichzeitig werden sie die Menschen der ehemaligen DDR immer schärfer treffen, weil ihre Ausgangsposition von Anfang an schlechter war.

Damit zeigt sich aber, daß es der PDS genau auf diese Phänomene in ihrer Ganzheit ankommen muß. Damit erledigt sich die „Politik für den Osten“ im kapitalistischen Deutschland aber und muß zu einer Politik der Systemkritik zurückfinden.

Für eine sozialistische Opposition

Die PDS als sozialistische Partei muß dabei lernen, daß es nicht um kurzfristige Stimmenerfolge gehen kann, sondern daß die Erfolge erst einmal darauf beruhen werden, in den sozialen und emanzipatorischen Bewegungen ein eigenes Profil zu finden. Dieses Profil hängt auch stark mit einer Vision zusammen und wie diese Vision gelebt wird. Eine Ausstrahlung im Westen und längerfristig auch im Osten wird die PDS nur erreichen und halten können, wenn sie eine Politik entwickelt, die wieder auf Analysen beruht, die dort anfangen, wo das kapitalistisch-bürgerliche Denken endet, weil es an die eigenen Grenzen stößt, statt lediglich die Ergebnisse anders zu interpretieren.

Die Gefahr, kurzfristig damit eher Stimmenverluste im Osten einzufahren, ist nicht zu leugnen, aber immer noch besser als längerfristig weder im Osten noch im Westen eine Chance zu haben, sich zu behaupten.

Die Zukunft der PDS liegt weder im
Osten noch im Westen

Genau dies wird aber durch ein Beibehalten der aktuellen Positionierung der PDS gesehen, da sie ihren Alleinvertragsanspruch als die Ostpartei schon verliert. Mit der entstehenden „Ostbewegung“ verliert die PDS ihre Legitimation, da auch ihre Politik lediglich auf Reformen innerhalb des Systems basiert. Die Rückbesinnung auf das Gute und Erhaltenswerte der DDR setzt sich auch bei anderen durch. Und warum PDS wählen, wenn ihre Forderung nach *Recht auf Arbeit, Recht auf Wohnen, ein Mehr an plebiszitären Elementen, Sozialleistungen* usw. nicht nur auch von anderen gefordert wird, sondern sogar schon in die Verfassungen der Länder Eingang findet?

Aus demselben Grund, warum die PDS im Westen keine spürbare Resonanz findet, wird sie diese im Osten verlieren.

Nur als gesamtdeutsche, sozialistische Partei mit einer visionären Ausstrahlung wird sie im Westen Anklang finden und auch im Osten weiterbestehen können, ohne in regionalistischen Bewegungen unterzugehen, die nur ein größeres Stück vom Kuchen fordern.

Die PDS muß sich endlich und endgültig davon lösen, ihre Politik nach Stimmenergebnissen und Umfragen zu gestalten. Die PDS muß begreifen, daß sozialistische Politik weder beliebt noch sehr modern ist, dadurch aber nicht falsch oder obsolet.

Die Anfeindungen gegen die PDS werden so nicht geringer werden, gerade weil sie so eine größere Gefahr darstellt. Der Vorwurf, nicht politikfähig zu sein, kann die PDS nicht treffen, denn politikfähig bedeutet den Kapitalismus, seine Spielregeln und Machtkonstellationen anzuerkennen. Warum sollte die PDS aber den Kapitalismus anerkennen, wenn sie in ihm den Grund aller Übel sieht?

Das heißt nicht, daß sie zu einem sektiererischen Zirkel werden soll, im Gegenteil wird sie aus ihrem Sektendasein im Westen nur herauskommen und im Osten nicht zu einer werden, wenn sie die Fragen nach wirklichen Gründen und Verhältnissen stellt und beantwortet.

Der Pyrrhussieg des Kapitalismus wird nicht lange die wirklichen Gegensätze verdecken können. Die bestehen aber nicht zwischen Ost und West, sondern zwischen Besitzenden und Besitzlosen. Daß die sozialistische Bewegung und die MarxistInnen das schon vor über 150 Jahren erkannt haben, ist kein Grund für uns, sich zu schämen, sondern selbstbewußt dafür einzutreten, daß dieser Grundgegensatz aufgehoben wird. Die Zukunft der PDS liegt weder im Osten noch im Westen, sondern in der Anwendung der marxistischen Analyse und in der freien sozialistischen Gesellschaft.

Patric (*Die Rote Luzi*, Nr. 7 v. 10.7.92; Platzgründen leicht gekürzt)



Berlin. Mehr als 600 Beschäftigte der Charité haben am 28. 7. mit einem „Auto-, Fahrrad- und Fußgängerkorso“ gegen den geplanten Abbau von insgesamt 400 Personalstellen demonstriert. Je 200 Stellen sollen zum 7. 8. und 7. 9. gestrichen werden. Da 161 Beschäftigte in diesem Jahr die Charité bereits verlassen haben, reduziert sich die Zahl der auszusprechenden Kündigungen (gemäß Einigungsvertrag wegen mangelnden Bedarfs) auf „nur“ 239. Jedoch muß die Charité (wie die beiden anderen Universitätskliniken) bis Ende 1993 ihre Bettenzahl von 1740 auf 1350 reduzieren, mehrere hundert weitere Kündigungen sind also abzusehen. Die ÖTV, die die Demonstration unterstützte, forderte vom Senat die Finanzierung von Überhanglisten. 1986/87 konnten so auf relativ sozial vertretbare Weise rund 2000 Beschäftigte, die durch die Schließung des Universitätsklinikums Westend überzählig wurden, an andere Krankenhäuser vermittelt werden. — (har)

Eine Gruppe demokratischer Kräfte unterschiedlicher Herkunft und Position legte in diesen Tagen eine Dokumentation: „Spionage und Justiz nach dem Anschluß der DDR“ der Öffentlichkeit vor.

Sie behandelt darin einen sehr speziellen, aber auch politisch brisanten Aspekt des schwierigen und emotionsgeladenen Themas „ehemaliges MfS der DDR“ — den Umgang mit den Quellen der Auslandsnachrichtendienste der DDR und ihren Führungsoffizieren.

Die Diskussionsangebote der Autoren reichen von einer politischen Bewertung der Debatten im Herbst 1990 zum sogenannten „Straffreiheitsgesetz“ über die recht kontrovers geführte Diskussion in juristischen Kreisen zu den rechtsstaatlichen Grundlagen einer Strafverfolgung oder Nichtverfolgung dieser Personengruppen bis zu einem Plädoyer für die Quellen der Auslandsnachrichtendienste der DDR unter den Bürgern der alten BRD, die in mehreren Prozessen bisher zu empfindlichen Strafen verurteilt wurden.

Im Lichte der anstehenden Entschei-

Rechtsstaat auf dem Prüfstand

dungen des Bundesverfassungsgerichts zu dem Vorlagebeschluß des Berliner Kammergerichts bezüglich der Berechtigung einer Anklage gegen den letzten Leiter der Hauptverwaltung Aufklärung, Werner Großmann, und einige seiner Mitarbeiter sowie der vom Generalbundesanwalt von Stahl angekündigten baldigen Eröffnung des Prozesses gegen Markus Wolf ist diese Dokumentation ein sehr aktueller Beitrag zu einer Auseinandersetzung mit diesen Problemen in der Öffentlichkeit.

Unter verschiedenen Gesichtspunkten wenden sich die Autoren dagegen, daß Politik und Rechtsprechung der BRD ohne ein erkennbares Bemühen, die Vereinigung Deutschlands in ihren historischen Dimensionen zu begreifen, die im Kalten Krieg entstandenen Grundsätze der Strafverfolgung ohne jede Modifikation zur Anwendung bringen.

Es ist erschreckend, die Argumente

des Bundesgerichtshofes in den Beschlüssen vom Januar und Mai 1991, in denen die Berechtigung der Strafverfolgung von DDR-Spionen bejaht wird, zu lesen. Gleichmaßen ist bezeichnend, wie Generalbundesanwalt von Stahl und der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Werthebach, mit Kapiolen aller Art den schon toten Feind KGB bemühen müssen, um zumindest den Anschein einer Berechtigung dieser strengen Strafverfolgung aufrechtzuerhalten.

Diese Dokumentation macht dem aufmerksamen Leser klar, daß die Unterhändler über den Einigungsvertrag eine klare Regelung zur Behandlung der Auslandsnachrichtendienste der DDR unterlassen und eine ohne diesen Kontext scheinbar harmlose Regelung in das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch aufgenommen haben, wodurch alle Delikte auch weiterhin verfolgt werden können, die nach bundesdeutschem

Recht auch schon zum Zeitpunkt ihres Begehens strafbar waren, und somit ein Sonderstrafrecht für die ehemaligen Mitarbeiter der Auslandsnachrichtendienste der DDR geschaffen wurde.

Die Dokumentation gibt dem politisch interessierten Leser die Möglichkeit, sich ein Urteil über den politischen und juristischen Wert eines solchen Vorgehens zu bilden und auch die weitere Entwicklung auf diesem Gebiet kritisch zu verfolgen.

Sie wird insbesondere auch der Öffentlichkeit in den europäischen Nachbarländern einen Eindruck über die Gestaltung der inneren Verhältnisse in dieser neuen europäischen Großmacht Deutschland vermitteln. — (E.E.)

Bestellungen über die Kontaktadresse: Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165 O-1080 Berlin, „AG Spionageprozesse“, c/o VL. — Einzelpreis: DM 8,00 (plus DM 2 für Porto und Versand)

Kommentiert

Honecker ist da! Er wird vor einem deutschen Gericht einen fairen Prozeß erhalten, so kann man überall hören und lesen. Wer soll eigentlich vor Gericht gestellt werden? Honecker, der Kommunismus als gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus oder als Gesellschaftsmodell, das dem Faschismus stark ähnlich ist? Vor Gericht steht Honecker, dessen Schuld oder Unschuld nach dem in der ehemaligen DDR bestehenden Recht festgestellt werden muß. Dem Staatschef eines verstorbenen Landes muß nachgewiesen werden, daß er die unter seinem maßgeblichen Einfluß entstandenen Gesetze nicht eingehalten hat. Wird dieser Beweis tatsächlich erbracht, ist Honecker ein gewöhnlicher Krimineller. Ob es in diesem Prozeß darum geht, wird sich ja bald zeigen. Honecker hat die Mauer gebaut und an der Mauer schießen lassen. Die Mauer wurde damals gebaut, weil die DDR sonst ökonomisch und politisch zusammengebrochen wäre. Richtig? Aber der Zusammenbruch der DDR zum damaligen Zeitpunkt hätte erdschütternde Bewegungen in Polen, der CSSR, Ungarn usw. ausgelöst. Die „Raketenpolitik“ der damaligen Sowjetunion nach dem Mauerbau in Europa hat gezeigt, wer das Sagen hatte und welche realen Möglichkeiten für die Veränderung der politischen und militärischen Gegebenheiten bestanden. An der Mauer, besser wäre zu sagen an der Grenze zur BRD, wurden Menschen erschossen. Das ist sehr bedauerlich. Aber eine militärische Auseinandersetzung hätte damals in 24 Stunden mehr Opfer gefordert, als durch die Grenze insgesamt ums Leben gekommen sind. Jetzt könnte das Argument kommen, so können nur Zyniker denken und reden. Die BRD hat mit ihrer Anerkennung Kroatiens im damaligen Jugoslawien den Bürgerkrieg in diesem Lande mit ausgelöst! Falls diese These durch die Geschichte so oder so ähnlich bestätigt wird, sind dann die verantwortlichen Politiker vor Gericht zu stellen? Kein vernünftiger Mensch kann übersehen, daß unter Honeckers weiser Führung die DDR ökonomisch ruiniert wurde. Für diese Heldentat hätte er allerdings keine Schelte von denen verdient, die anderen ein Haus am Tegernsee verschafft haben. Denkbar wäre allerdings, daß es in diesem Prozeß mehr darum geht, einen in seinen Fähigkeiten begrenzten Menschen vorzuführen, der durch sein Alter sicher nicht an Fähigkeiten gewonnen hat, das Leben, die Realität so zu sehen, wie sie ist. In diesem Spiegel werden gleichzeitig alle denkenden Menschen der ehemaligen DDR gezeigt. Denn wer einem Menschen wie Honecker widerspruchlos folgte, der kann auch nicht viel klüger sein als sein Chef. Das ist eine Wahrheit, die trifft, Schuld erzeugt und Aktivität verhindert oder einschränkt, die zur Veränderung der Gegenwart und Zukunft nötig wäre. Diese Gedanken drängen sich wahrscheinlich vielen ehemaligen DDR-Bürgern schon deshalb auf, weil Richter aus der BRD einen gewissen DDR-Staatschef nach DDR-Recht bewerten sollen. Wer die Mauer nur von der westlichen Seite kennt, wird wahrscheinlich auch nur diese Seite beurteilen können. Ob dies fair ist im Sinne des Rechtsempfindens derer, die die Mauer von der anderen Seite kennen, bleibt abzuwarten, es sei denn, deren Empfinden hat nicht mehr Bedeutung als bei der Bewertung der Arbeit der Treuhänder. Honecker war nicht bereit, freiwillig nach Deutschland zurückzukehren. Er scheint von der Fairness des Gerichts nicht sehr überzeugt zu sein, oder er ist sich seiner Schuld für die Katastrophe, die er verursacht hat, tatsächlich nicht bewußt. Seine „historische Schuld“ besteht zuerst darin, die Möglichkeit des Aufbaus einer sozial gerechten und vernünftigen organisierten Gesellschaft seiner persönlichen Eitelkeit und Kurzsicht geopfert zu haben. Welche Seite des Dramas man auch betrachtet, aus der Sicht von Schuld und Vergebung wäre es am vernünftigsten gewesen, den alten Mann, der für den Prozeß der Entspannung in Europa mehr als viele andere getan hat, in Ruhe zu lassen. Welche Strafe man für ihn auch finden wird, er kann in seinem verbleibenden Leben nicht einmal mehr für die Gerichtskosten seines Prozesses aufkommen, und schon gar nicht für die Schäden, die er vor allem der DDR und ihren Bürgern zugefügt hat, oder die, die politisch durch eine falsche Beurteilung seiner Schuld noch entstehen können. — (W.T.)

Die nach wie vor prekäre Lage auf dem Gebiet der kommunalen Finanzen veranlaßt immer wieder Abgeordnete kommunaler Vertretungen, nach Wegen zu suchen, mit denen sie auf diese Lage aufmerksam machen oder sogar etwas ändern können.

Die PDS-Kreistagsfraktion Fürstenwalde hat sich im April mit einem Offenen Brief an die Bundestagsfraktionen und -gruppen gewandt, nachdem es nicht gelungen war, eine gemeinsame Stellungnahme aller Fraktionen des Kreistages zu den Finanzproblemen ostdeutscher Kommunen zu erreichen.

Wenn auch positiv zu bewerten ist, daß die Antwort der CDU/CSU-Fraktion als erste eingegangen ist, so unterstreicht sie gleichzeitig die überhebliche Art, mit der die Bürger der „ehemaligen“ DDR aus dieser Richtung behandelt werden. Im Stile einer SED-Argumentationshilfe (der Autor schreibt zwar über die in der DDR über 40 Jahre geübte Praxis des sprachlichen Ausdrucks, kennt sie aber offensichtlich nicht) wird an der Praxis vorbei über die bedeutenden Erfolge der CDU/CSU-Politik berichtet.

Wen wundert es da, wenn die Stimmen immer lauter werden, die von den Bonner Politikern mehr Präsenz in den neuen Bundesländern (und damit mehr Sachkenntnis der realen Lage) fordern.

Nur sollte man die Hoffnungen nicht so hoch schrauben, denn wer als Regierungspartei seit mehr als 20 Jahren für eine Fortführung der Gemeindefinanzreform eintritt, ohne einen sichtbaren Erfolg zu verbuchen, wird die mit dem Anschluß und dem Überstülpen eines völlig entgegengesetzten Systems im Osten potenzierten Probleme auch nicht bewältigen. — (sta)

Offener Brief der PDS-Kreistagsfraktion Fürstenwalde an die im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen und Gruppen

Sehr geehrte Mitglieder des Deutschen Bundestages,

die Fraktion der Partei des Demokratischen Sozialismus im Kreistag Fürstenwalde erachtet es als notwendig, Ihre Aufmerksamkeit auf die Finanzprobleme ostdeutscher Kommunen zu lenken.

Ungeachtet der sicherlich vorhandenen unterschiedlichen Bewertung der Ursachen für die jetzigen Probleme bitten wir Sie, zu erkennen und umzusetzen,

— daß erstens die Finanzierung der Aufgaben ostdeutscher Kommunen radikal geändert werden muß und
— daß zweitens den Kommunen rechtzeitig und in ausreichendem Maße Informationen über zu erwartende Finanzausstattungen oder Fördermaßnahmen einerseits und zusätzliche Belastungen andererseits zur Verfügung gestellt werden müssen, um das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung nicht auszuhöhlen.

In diesem Zusammenhang bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

— Sind die von der Bundesregierung in Beantwortung einer Großen Anfrage gegebenen politischen Zusagen (Drucksache 11/3247 vom 2. 11. 1988: das Bekenntnis der Bundesregierung zur Mitverantwortung für die kommunale Finanzausstattung, für die finanzielle Eigenständigkeit der Städte, Gemeinden und Kreise und deren kommunale Selbstverantwortung) auch auf die ostdeutschen Kommunen übertragbar?

Ostdeutsche Kommunen in prekärer Finanzlage — ein Briefwechsel

— Müßten die von der Bundesregierung 1987 für strukturell belastete Gebiete (bzw. für Gemeinden, deren Arbeitslosenquote um mindestens 40 v.H. über dem Bundesdurchschnitt liegt) gegebenen Strukturhilfen (tilgungsfreie Anfangsjahre und Verlängerung der Kreditlaufzeit, zinsverbilligte Investitionskredite) nicht erst recht für ostdeutsche Kommunen gelten?

— Stimmen Sie uns zu, daß ostdeutsche Kommunen bei dem jetzigen Finanzierungsmodell (ein wichtiger Teil der Einnahmen über Gewerbesteuer und Anteile der Einkommenssteuern) und der im Osten unterentwickelten Wirtschaft bzw. einem niedrigen Einkommensniveau trotz Fördermitteln weniger als die Hälfte der Einnahmen entsprechender Kommunen in den alten Bundesländern haben, andererseits die Ausgaben eher noch höher als in den alten Ländern sein müssen (trotz noch etwas geringerer Personalausgaben eine höhere soziale Verantwortung, gleiche Ausgaben für Investitionsgüter, höherer Investitionsbedarf zur Herstellung ähnlicher Lebensverhältnisse wie in den alten Bundesländern — und das ist zumindest längerfristig der Auftrag der Wähler und des Grundgesetzes)?

— Stimmen Sie uns zu, daß eine rege öffentliche Investitionstätigkeit im Osten Deutschlands erstens einen Aufschwung für die geschwächte Konjunktur geben könnte und zweitens öffentliche Investitionen im Infrastrukturbereich die Bereitschaft privater Investoren zur Ansiedlung erhöhen würden? Wenn ja, wissen Sie, daß der Vermögenshaushalt des Kreises Fürstenwalde im Haushaltsjahr 1992 einschneidend reduziert wurde?

— Können Sie unseren Verdacht entkräften, daß die deutliche Beschneidung der Finanzen der Kommunen das Ziel hat, einige unbestritten positive und sicher auch für die alten Bundesländer aus der ehemaligen DDR zu übernehmende „Errungenschaften“ aus Finanzierungsgründen ebenfalls „beseitigen“ zu müssen (Kindergärten, Jugendklubs u.ä.), obwohl in allen Bundesländern das Problem der Arbeit mit und unter der Jugend steht und auch in den alten Bundesländern der Kita-Frage zunehmend Aufmerksamkeit gewidmet wird?

— Sehen Sie in dem jüngst verabschiedeten Steuerpaket ebenfalls eine weitere Maßnahme zur weiteren Beschneidung der ohnehin eingeschränkten finanziellen Eigenständigkeit der Kommunen (mehr Ausgaben durch erhöhte Preise für Sachmittel, weniger Einnahmen am Anteil der Einkommenssteuer durch Erhöhung des Kinderfreibetrages, weniger Gewerbesteuern)?

— Sehen Sie ebenfalls in den jüngst angebotenen Finanzhilfen für Wohnungsgesellschaften ab 1995 den Versuch, die Forderung nach Schuldenreduzierung bzw. völliger Entschuldung der Wohnungsgesellschaften in Hinblick auf fiktive Schulden in DDR-Mark zu umgehen und damit den Wohnungsgesellschaften endgültig die Möglichkeit für Sanierung der Bausubstanz ohne sozial-unverträgliche Mietsteigerungen zu nehmen?

— Wären Sie sofort bereit, über Partei-

engrenzen hinweg, in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden unter Einbeziehung kommunaler Verantwortungsträger, das kommunale Finanzsystem zu reformieren?

Wir versichern abschließend, daß wir weitreichende Maßnahmen zum Erhalt der finanziellen Stabilität der Kommune durch sparsamen Verbrauch der Mittel, effektiven Personaleinsatz und schrittweise Personalreduzierung, Wirtschaftsförderung und überlegte Investitionen jederzeit unterstützen, aber damit allein die Probleme nicht gelöst werden können.

In der Hoffnung, daß wir die gemeinsame Verantwortung für die Bürger im Osten Deutschlands erkennen und durch politisches Umdenken tragen, die Fraktion der Partei des Demokratischen Sozialismus im Kreistag Fürstenwalde

**Antwort der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
AG Kommunalpolitik**

... für Ihren offenen Brief an die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, der am 13. Mai 1992 bei uns eingetroffen ist, danke ich Ihnen herzlich.

Sie sprachen zu Beginn Ihres Briefes von der sicherlich unterschiedlichen Bewertung der Ursachen für die jetzigen Probleme in den Kommunen. Ich gehe davon aus, daß das 40jährige Nichtvorhandensein einer echten kommunalen Selbstverwaltung, um deren Aushöhlung Sie sich jetzt sorgen, wesentliche Ursache für die jetzigen Probleme ist. Darf ich vor allem zum Schluß Ihres Schreibens bemerken, daß die Pathetik Ihrer Sprache gewisse Anklänge an eine über 40 Jahre geübte Praxis des sprachlichen Ausdrucks aufweist.

Zu den von Ihnen gestellten Fragen möchte ich folgendes bemerken: — Selbstverständlich gilt das Bekenntnis der Bundesregierung zur Mitverantwortung des Bundes für die kommunale Finanzausstattung auch für die ostdeutschen Kommunen. Von den 39 Mrd. DM, die den ostdeutschen Kommunen im Jahr 1991 zur Verfügung standen, waren rd. 33 Mrd. DM Finanzzuweisungen, die überwiegend aus dem Haushalt des Bundes stammen. An diesen Zahlenrelationen wird sich in den nächsten Jahren nichts Wesentliches ändern. Sehen Sie darin keine Mitverantwortung des Bundes?

Auch im Interesse der kommunalen Selbstverwaltung ist es notwendig, diesen extrem hohen Anteil des Bundes langfristig auf das Niveau der westlichen Bundesländer abzusenken.

Die Bundesregierung hat 1987 ein Strukturhilfeprogramm in Kraft gesetzt, um damit einen Beitrag zu einheitlichen Lebensverhältnissen in der alten Bundesrepublik zu leisten. Nach der Wiedervereinigung war angesichts des deutlich niedrigen Wohlstandsniveaus in den neuen Ländern dieses Strukturhilfeprogramm nicht länger zu rechtfertigen. Der Bund hat daher die Mittel des Programms von den alten Ländern abgezogen und auf die neuen Länder übertragen.

Ich stimme Ihnen nicht zu, daß die ostdeutschen Kommunen weniger als die Hälfte der Einnahmen entsprechender Westkommunen haben. Im Durchschnitt hatten die westdeutschen Kommunen 1991 Einnahmen von rd. 3.700 je Einwohner. Davon entfielen weniger als 1000 DM auf Zuweisungen. Die ostdeutschen Kommunen kamen auf rd. 2.600 DM. Davon entfielen 2000 auf Zuweisungen. Damit Sie künftig von den richtigen Zahlenrelationen ausgehen können, füge ich meinem Schreiben den Gemeindefinanzbericht des Deutschen Städtetages bei, der umfangreiche Erläuterungen der Gemeindefinanzsituation enthält.

Ich stimme Ihnen zu, daß eine rege öffentliche Investitionstätigkeit für die Wirtschaftsentwicklung in den ostdeutschen Kommunen von besonderer Bedeutung ist. Dies ist ja auch der Grund für die schon erwähnten hohen Investitionszuweisungen des Bundes. Ob und warum der Vermögenshaushalt des Kreises Fürstenwalde „einschneidend reduziert“ wurde, entzieht sich meiner Kenntnis. Die in etwa gleichbleibend hohen Zuweisungen des Bundes an die ostdeutschen Kommunen können nicht der Grund sein.

Deshalb ist auch Ihr Verdacht hinfällig, durch Finanzentzug sollten Errungenschaften der ehemaligen DDR beseitigt werden. Die frei zur Verfügung stehenden Finanzmittel können Sie ganz im Sinne einer echten kommunalen Selbstverwaltung für die Pflege sozialistischer Errungenschaften ausgeben. Nur können Sie nicht erwarten, daß Ihnen das für die Wirtschaftsentwicklung dann fehlende Geld noch zusätzlich gegeben wird. Geld ist leider nur ein begrenzt verfügbares Gut, das zur Prioritätensetzung zwingt.

Entgegen Ihrer Auffassung beschneidet das Steueränderungsgesetz 1992 nicht die Einnahmen der Kommunen. Dies zeigt auch die Steuerschätzung vom Mai 1992. Danach liegen die Zuwachsraten in den nächsten Jahren in den westdeutschen Kommunen bei rund 6 % und in den ostdeutschen Kommunen bei 15 bis 30 %.

— Sie sprechen mit Recht von den „angeborenen“ Finanzhilfen für die Wohnungsbau- und Wohnungsgesellschaften. Zu einer Vereinbarung ist es noch nicht gekommen. Allerdings ist der Gesamtzusammenhang zu sehen. Der Bund übernimmt die Schulden der ehemaligen DDR sowie später die Verbindlichkeiten der Treuhand. Unter dem Gesichtspunkt der Lastenteilung ist es durchaus vertretbar, wenn die ostdeutschen Länder und Kommunen bei den Wohnungsbauschulden einen noch festzulegenden Teil übernehmen.

Ich begrüße ihre Bereitschaft, an einer überparteilichen Gemeindefinanzreform mitzuwirken. CDU und CSU treten seit mehr als 20 Jahren für eine Fortführung der Gemeindefinanzreform ein.

Eine Kopie dieses Briefes erhalten der CDU-Bundestagsabgeordnete des Kreises Fürstenwalde sowie die/der CDU-Vorsitzende der Kreistagsfraktion.

Mit freundlichen Grüßen,
Adolph Herkenrath, MdB

Nationalpazifist Mechttersheimer arbeitet eng mit Neofaschisten zusammen

Über die Verstrickungen und Kooperationen eines „Friedensforschers“ im neofaschistischen Geflecht der Bundesrepublik.

„Als Anhänger eines Nationalpazifismus gefällt mir, daß Sie die nationalen Fragen offen behandeln“, schrieb Alfred Mechttersheimer in einem Glückwunschschreiben zum fünfjährigen Bestehen der neofaschistischen Zeitung „Junge Freiheit“ (JF). Dieser Alfred Mechttersheimer, der auch in der Linken immer wieder als „Friedensforscher“ betitelt wird, versucht seit Jahren die Grünen und die Friedensbewegung mit seinen nationalrevolutionären Ideen zu unterwandern. Mittlerweile hat er ein umfangreiches Geflecht von Beziehungen bis in den neofaschistischen Bereich aufgebaut und ist in diesen Kreisen hochangesehen.

Die offizielle Biographie

1939 geboren ging Mechttersheimer nach seinem Schulabschluß zur Bundeswehr zur „psychologischen Kampfführung“, schied dann 1965 aus und studierte in Berlin Politik. Als Mitglied des rechts von der CDU stehenden RCDS bekam er ein Stipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung. Später arbeitete er erneut bei der Bundeswehr, quittierte dann aber endgültig den Dienst und widmete sich der „Friedensarbeit“.

Er gewann Anfang der 80er Jahre schnell Einfluß in der Friedensbewegung und gelangte 1987 über die baden-württembergische Landesliste der Grünen als Parteilosser in den Bundestag. Ärger bekam er von der Fraktion, nachdem öffentlich wurde, daß er Mitarbeiter einer von Libyen finanzierten Stiftung sei. Er pflegte auch in den Folgejahren enge Kontakte zur libyschen Führung. Schon Anfang der 80er gründete er ein „Forschungsinstitut für Friedenspolitik“ und ein „Informationsbüro für Friedenspolitik“. Im Gegensatz zur Grünen Fraktion forderte er die staatliche Wiedervereinigung und stimmte dem Staatsvertrag zwischen BRD und DDR zu. Im März 1990 gründete er dann das „Friedenskomitee 2000“, zu dessen Sprecher er sich selbst ernannt hat. Er verschickt bis heute unter diesem Namen Aufkleber und Broschüren für „Truppenabzug und Selbstbestimmung“ der Deutschen. Einige Stationen der nationalrevolutionären Aktivitäten Mechttersheimers in den 80er Jahren werden im folgenden beschrieben. Sie sind integraler Bestandteil seiner „friedenspolitischen“ Arbeit.

Friedensbewegung und Nationalrevolutionäre

Seit Anfang der 80er Jahre versuchten Nationalrevolutionäre und NeofaschistInnen in der Friedensbewegung Fuß zu fassen. Dazu entwickelten sie eigens ein deutschlandpolitisches Konzept. Nicht das Kapitalinteresse an der Niederwerfung des Sozialismus und des konkurrierenden Kapitals sei die entscheidende Kriegsursache, nicht die Raketen seien das Mittel zu diesem Kampf um Märkte und Rohstoffe, sondern die „Spaltung“ Europas als solche, die Teilung Deutschlands als deren Zentrum sei die eigentliche Kriegsgefahr. Bei Überwindung der Teilung komme der Frieden von selbst. Mechttersheimer und andere übernahmen dieses Konzept, vertraten es in der Friedensbewegung und den Grünen — die Zusammenarbeit mit den Nationalrevolutionären entwickelte sich.

Linke Deutschland Diskussion (LDD)

Mit dem Initiativkreis LDD, der im Oktober 1984 von dem Mitarbeiter Mechttersheimers, Rolf Stolz, gegründet wurde, wurde innerhalb der Grünen Wiedervereinigungspolitik betrieben — entgegen aller Parteitagebeschlüsse, die die Zweistaatlichkeit Deutschlands anerkannten. Mitgründer ist u.a. auch der Nationalrevolutionär und „wir selbst“-Mitbegründer Axel Emmerich. Unterstützt wird das Vorhaben auch von den Herren Ammon und Schweisfurth, zu deren Buch Mechttersheimer wenig später das Vorwort schreibt.

Aufgrund u.a. dieser Organisation gelang es dann auch Mechttersheimer

gemeinsam mit August Haußleiter, dem Neofaschisten der „Deutschen Gemeinschaft/Aktionsgemeinschaft unabhängiger Deutscher“, Eröffnungsansprachen im November 1984 auf einem deutschlandpolitischen Kongreß der Grünen/Bayern zu halten.

„Friedensvertrag, Deutsche Konföderation, Europäisches Sicherheitssystem“

Eine Denkschrift unter obigem Titel erschien schon im Jahre 1985 von den Autoren Herbert Ammon und Theodor Schweisfurth — Vorwort Alfred Mechttersheimer. Unterstützt wird diese u.a. von verschiedenen Nationalrevolutionären, denn inhaltlich nimmt sie die deutschlandpolitischen Forderungen und Thesen des vier Jahre später erscheinenden Republikaner(REP)-Programm-entwurfs vorweg. Teilweise scheint wörtlich abgeschrieben worden zu sein. „Es heißt in der ‚Denkschrift‘: ‚Wir wollen das ‚Europa der Vaterländer‘ und in ihm Deutschland als unser ungeteiltes Vaterland“ (S. 36), und im REP-Programmentwurf 1989: „Nicht die ‚Vereinigten Staaten von Europa‘, sondern das ‚Europa der Vaterländer‘ ist das politische Ziel der Republikaner“.

In seinem Vorwort schreibt Mechttersheimer über den „patriotischen Aufschrei“ der Deutschen. „Diese Denkschrift formt das nationale Aufbegehren in ein Friedenskonzept für Mitteleuropa“, erklärt er. Der von Alfred Mechttersheimer häufig propagierte „Nationalpazifismus“ nahm auch anlässlich eines Interviews mit der „Bild“-Zeitung (15.10.88) klarere Konturen an. Er schlug darin noch lange vor der Wiedervereinigung gemeinsame Manöver von Bundeswehr und Nationaler Volksarmee (NVA), gemeinsame Beteiligung von Bundeswehr und NVA an UN-„Friedenstruppen“ im Iran und Irak und Stationierung beider Truppen als Militärberater in Entwicklungsländern vor.

„Friedensbewegung NPD“

In der Ausgabe 6/1989 der von Mechttersheimer herausgegebenen Zeitschrift „Mediat“ erschien ein Artikel mit dem Titel „Friedensbewegung NPD“ — „Antimilitarismus von Rechts?“. Autor ist der Mitarbeiter Mechttersheimers im „Forschungsinstitut für Friedenspolitik“, Erich Schmidt-Eenboom. In dem Artikel über die neofaschistische Nationaldemokratische Partei Deutschlands wird gefragt, ob „es einen zivilen Nationalsozialismus mit Resonanz“ gäbe. Ein Flugblatt der NPD wird dokumentiert und Eenboom, übrigens ein SPD-Mitglied, gibt zu erkennen, daß man eine Kooperation mit FaschistInnen nicht mehr rundheraus ablehnt. Zwei Ausgaben später schreibt Eenboom nochmal zum gleichen Thema. Er beleuchtet kritisch Positionen der NeofaschistInnen unter der Überschrift „Antimilitarismus von Rechts!“ — diesmal mit Ausrufezeichen. Die Form der Kritik ist eine, mit der man BündnispartnerInnen kritisiert. Entsprechend sind daneben sieben LeserInnenbriefe abgedruckt, von denen sechs einer Zusammenarbeit mit der NPD das Wort reden.

Auch Autoren des klassischen nationalrevolutionären bzw. neofaschistischen Spektrums wie Henning Eichberg fehlen in „Mediat“ nicht. Eichberg, früher NPD-Blattschreiber, heute einer der Vordenker der „Neuen Rechten“, der den negativ belegten Begriff völkischer Nationalismus in „völkischen Nationalismus“ umwandelte, schrieb in Heft 10/1989 über die „Herausforderungen der europäischen Identität“. „Darum ist die Demokratie des Nordens etwas anderes als diejenige des ‚Bürgers‘ im Süden und Westen“, heißt es in ethnopluralistischer Manier.

Antiamerikanismus und „Sieg“

Die Aktivitäten Mechttersheimers im letzten Jahr machen noch einmal deutlich, wie naiv die Linke bezüglich seiner Argumentation ist. Auf der „Volksuni“ — ein jährlich in Berlin zu Pfingsten stattfindender linker Kongreß — im letzten Jahr in der Humboldt-Universität hielt er einen Vortrag. Titel „Antiameri-

kanisch — weshalb eigentlich nicht?“ Er versucht darin, den Antiamerikanismus der Linken in einen Antiamerikanismus umzuwandeln. Aussagen wie „die USA betreiben keinen Imperialismus, sie sind der Imperialismus“ sollen vor allem von deutscher Großmachtspolitik ablenken. Er versucht zu suggerieren, daß mit Beseitigung des „Amerikanismus“ das Hauptübel der bestehenden weltweiten Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse überwunden wäre. Den Hintergrund dieses sich mit zum Teil linken Begriffen anbietenden Neofaschismus beschreibt die Zeitung „Zensur“ im August 1991. „Neofaschisten aller Couleur fühlen sich seit einigen Jahren aus unterschiedlichen Gründen in einer politischen Defensive, und es läßt sich anhand ihrer Strategiegespräche nachweisen, daß sie eine ‚phantasievolle medienkonforme Umsetzung‘ ihrer ‚Ideen und Entwürfe‘ suchen und ‚einfach besser verpacken und zeitgerechter verkaufen‘ wollen (Nation und Europa, 5/91). Sie scheuen auch nicht vor Themen zurück, die ‚soziale Bewegungen‘ auf die Tagesordnung politischer Auseinandersetzungen geschrieben haben: Frieden und Abrüstung, Ökologie, Solidarität, selbst Antifaschismus. Mechttersheimer kann sich eines festen Platzes in den Strategieplanungen dieser Leute sicher sein.“

Die ethnopluralistische Theoriebildung bei Faschisten ist genauso wenig neu wie der Umstand, daß diese Leute immer wieder mal Ein- und Zugang zu demokratischen Bewegungen gefunden haben. Aber heute hat eine unzulängliche Beschäftigung mit dem Nationalismus nicht nur der Neuen Rechten gefährlichere Konsequenzen, denn mit der Einverleibung der DDR und der Geburt Großdeutschlands haben sich die innerimperialistischen Konkurrenzverhältnisse grundsätzlich neu gestaltet. Deutschland ist wieder dabei, die Welt zu erobern — friedlich, wie sie das nennen.“ Mechttersheimer schrieb in der „Jungen Freiheit“ entsprechend, „Nationale Größe ja, aber bei Bewahrung der Schöpfung“.

Und was wurde aus dem Volksunivortrag des „Friedensforschers“? Heute wird er von Mechttersheimers „Friedenskomitee 2000“ als Aufsatz verschickt. Er erschien aber auch schon in der Ausgabe 2/91 der „wir selbst“, der Zeitschrift für nationale Identität“. In dieser schreibt Mechttersheimer regelmäßig. Und auch die österreichische Neonazizeitung „Sieg“ druckte ihn in ihrer Oktober/November-Ausgabe 1991 gekürzt nach. Allerdings ohne Autorenangabe und unter Einfügung eines einzigen Wortes: Mechttersheimer schrieb im Original, „daß das amerikanische Establishment die Welt dominiert“. „Sieg“ machte daraus „das amerikanische jüdische Establishment“.

Karriere und Hierarchie im Großbetrieb

Der folgende Vortrag wurde von Hans Waschkau auf dem Treffen der Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie und soziale Befreiung“ am 12. Juli in Ingolstadt gehalten. Er basiert auf einem Beitrag, der für das Wochenendseminar des Arbeitskreises Technik, Ingenieure, Naturwissenschaftler (AK/TIN) der IG Metall in München am 6./7. Dezember 1991 geschrieben wurde. In diesem Beitrag sind Diskussionen in der Vorbereitungsgruppe bereits berücksichtigt. aus: AGM Nr. 17/92

Warum ist die Beschäftigung mit diesem Thema wichtig?

Im Bereich der höheren Angestellten ist der Wunsch weit verbreitet, auf der Karriereleiter hochzukraxeln. Für die Firmen ist dies ein wichtiger Hebel, um unzumutbare Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Für uns als Gewerkschafter, die gegen diese Arbeitsbedingungen sind, stellt sich daher die Frage, was geschehen müßte, um die schädlichen Folgen des Drangs nach Karriere zu vermeiden. Ich möchte einige Überlegungen zu diesem Thema vortragen,

Volksuni 1992

Auch in diesem Jahr war Mechttersheimer wieder auf dem Volksuniprogramm angekündigt. Im Vorfeld schlugen dann auch die Wogen hoch. Von PDS-Abgeordneten und dem „Allgemeinen StudentInnen Ausschuß“ der FU-Berlin wurde die Ausladung Mechttersheimers gefordert. Letztere schrieben, „wir können uns nicht erklären, wie auf einer sich progressiv verstehenden Veranstaltungsreihe einem Vertreter rechtsextremster und reaktionärster Ideologien ein Forum (...) gestellt werden kann“. Der Mitbegründer der Volksuni Wolfgang F. Haug reagierte hilflos. Die Kritik bezeichnete er als Versuch „linker Hygiene“ und rückte damit die Antifaschisten selbst in die neofaschistische Ecke. Noch nach der „Volksuni“ äußerte er, linke Ausgrenzung sei schädlich — „Hitler wurde damals auch ausgegrenzt, aber es hat nichts gebracht“.

Dieser Streit machte den Vortrag Mechttersheimers richtig bekannt, so daß über 100 Interessenten erschienen. Die „taz“, auf Seiten des selbsternannten Friedensforschers, berichtete schon im Vorfeld von zu erwartenden „Aktionen“. Nichts dergleichen geschah. Der linke Professor Ekkehard Krippendorf leitete die Veranstaltung ein und Mechttersheimer legte los — Allgemeinplätze waren zu hören. Mechttersheimer begann seinen Vortrag sehr unsicher — Flugblätter mit Anmerkungen zu einem „Neuen Deutschland“-Artikel, der im Vorfeld veröffentlicht wurde, wurden verteilt. In diesen wurden die Recherchen des „Neuen Deutschland“ als „Schulbeispiel für journalistischen Schmutz und Schund“ bezeichnet.

Spannend wurde es erst nach dem Vortrag. „Jeder hat das Recht auf Heimat, das Recht auf Fremde hat nur, wenn das Recht auf Heimat verwehrt wird“, so Alfred Mechttersheimer während der Diskussion. Was er damit meint, wird erst auf den zweiten Blick deutlich: Flüchtlinge haben nur ein Recht auf Anerkennung, wenn ihnen ihr „Recht auf Heimat“ verwehrt wurde. Soziale und politische Fluchtgründe sollen — sofern sie nicht in Zusammenhang mit der Verwehrung des „Rechts auf Heimat“ stehen — keine Rolle spielen. Allerdings konnte Mechttersheimer in der Diskussion keine Vorwürfe entkräften. Seine Behauptung, er hätte einen Anwalt gegen die österreichische Neonazizeitung „Sieg“, die einen Aufsatz von ihm verfälscht nachdruckte, eingeschaltet, mußte er sogar widerrufen. Wenn ihm jemand 7000 Schilling dafür gebe, würde er klagen. Mechttersheimer beschwor das „Nationale“ als progressive Veränderungskraft und reagierte zum Teil aggressiv auf Kritik. Die wiederholte Aufforderung an ihn, sich von seinen nationalrevolutionären und neofaschistischen

Kontakten zu distanzieren und zukünftig nicht mehr für entsprechende Publikationen zu schreiben, ignorierte er. Eine Distanzierung wäre ihm schon aufgrund seiner Begleitung schwer gefallen. Mechttersheimer kam gemeinsam mit dem oben schon erwähnten Neofaschisten Henning Eichberg zur Veranstaltung. Dieser diskutierte mit — über seine Anwesenheit erfuhren Antifaschisten erst nach der Veranstaltung.

„Junge Freiheit“

In der Eingangs erwähnten Zeitung „Junge Freiheit“, der Zeitung des ehemaligen Mitglieds und Landessekretärs der „Freiheitlichen Volkspartei“, einer Republikaner-Abspaltung, findet sich konsequenterweise jeden Monat auf der letzten Seite ein Lob Mechttersheimers auf deren journalistische Qualitäten. Mittlerweile erscheint das Blatt in einer Auflage von monatlich 35000 Stück. Die „Junge Freiheit“ ist das größte Bündnisprojekt der militanten und „demokratischen“ Rechten. In ihr publizieren neben Ex-Republikaner Carsten Pagel auch Ausschwitz-Leugner David Irving und Antiausländerhetzer Robert Hepp. In der Ausgabe vom Juni 1992 werden die hunderttausende Greuelthaten der faschistischen „Ustascha“-Truppen Anfang der vierziger Jahre verharmlost. Solidarität mit den heutigen nationalistischen großkroatischen Plänen wird gepflegt. Vor einem Jahr erschien, wenige Seiten nach dem Grußbrief Mechttersheimers, ein Artikel, der der Sowjetunion die Hauptschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zuschob. Mit diesem Blatt scheint Mechttersheimer eine besonders gute Beziehung zu pflegen. In der JF-Ausgabe Januar/Februar 1992 wird ein Artikel aus seiner Zeitung „Frieden 2000“ nachgedruckt. Persönliche Kontakte zur JF werden Mechttersheimer nachgesagt.

Antikriegstag in Bremen

Demnächst wird es in Bremen erneut Streit um einen seiner öffentlichen Auftritte geben. Der DGB-Kreisverband will zum 1. September nicht mehr zu einer Antikriegsdemonstration aufrufen. Eine, wie in den Vorjahren üblich, allgemeine Einladung an politische Gruppen zur Vorbereitung des 1. September wurde gar nicht erst verschickt. Er entschloß sich vielmehr, eine Veranstaltung mit Mechttersheimer auszurichten. Mit dem gleichen Thema, wie auf der diesjährigen Volksuni: „Kanonbootpolitik oder Nationalpazifismus“.

Christoph Butterwegge, der erst kürzlich ein Buch über den anwachsenden Neofaschismus veröffentlichte, wird mit ihm am Tisch sitzen. Bremer Antifaschisten überlegen mittlerweile, wie sie den DGB von einer Ausladung des sogenannten Friedensforschers überzeugen können. Wenn es Mechttersheimer erneut gelingen sollte, sich der Linken gegenüber progressiv darzustellen und die Bremer Veranstaltung — gerade nach den Erfahrungen auf der Berliner Volksuni — nicht verhindert wird, ist dies als Niederlage, die antifaschistische Kampfbedingungen strukturell verschlechtert, zu begreifen. — (ike)

die stark von meinen Erfahrungen bei BMW geprägt sind.

Unterschiedliche Gründe für den „Karrierewunsch“

Eine Untersuchung über psychologische Gründe wäre zum Verstehen des Karrierestrebens sicher interessant und wichtig, wird aber im Rahmen dieses Beitrages nicht geleistet. Ich möchte vor allem Gründe herausarbeiten, die sich aus dem betrieblichen Geschehen ergeben.

Bei jüngeren Kollegen spielt oft eine Rolle, daß ihre Eingruppierung zu niedrig ist und daß sie angemessen eingruppiert werden wollen, auch ohne die Firma wechseln zu müssen. Dabei handelt es sich aber nicht um das, was man normalerweise unter Karriere versteht. Um den Zwang zum Wohlverhalten bei diesen Kollegen zu mildern, sind tarifliche Regelungen nötig, die ein Anrecht auf angemessene Eingruppierung sichern.

Bei Kollegen, die bereits eine angemessene Eingruppierung erreicht haben, spielt Geld nicht mehr die entscheidende Rolle. Wichtiger ist der „Status“, die

Möglichkeit, weitergehende Entscheidungen zu fällen. Verlockend ist auch das damit verbundene höhere Ansehen und der scheinbar mögliche höhere Grad an Selbstverwirklichung.

Diese Vorteile, die ja schon auf so niedriger Ebene wie z.B. Projektleiter auftreten, scheinen eine selbstverständliche Eigenschaft dieser Führungspositionen zu sein. Bei genauerem Hinsehen stellt sich aber heraus, daß Voraussetzung für diese Vorteile die hierarchische Organisation ist, wo der einzelne oft nicht die Aufgaben bekommt, die ihm Spaß bringen.

Eine ganz andere Triebkraft für Karriere ist der Wunsch, „oben“ zu sein, wie auch immer. Solche Leute sehen Fachkenntnisse eher als Hindernis an. Wichtiger ist die Fähigkeit, sich positiv darstellen zu können. Im Grunde handelt es sich um das genaue Gegenteil von Selbstverwirklichung, eher ist der Ausdruck Schmarotzertum angebracht. Betrachtet man die Tätigkeit dieser Leute genauer, dann scheinen sie überflüssig zu sein.

Für eine solche Laufbahn fällt die Ent-

scheidung oft schon in der Schulzeit. Die Wahl von bestimmten Studiengängen (Wirtschaftsingenieur z.B.) wird unter diesem Gesichtspunkt gewählt. Selbst bei BMW, wo bei vielen Tätigkeiten durch das Fließband die Qualität der Arbeit kontrolliert wird, sind solche Karrieretypen zu beobachten, wenn auch seltener.

Die beiden dargestellten Gründe für Karriere scheinen sich gegenseitig auszuschließen. Trotzdem gibt es viele Kollegen, bei denen sich beide Gründe miteinander vermischen. Dies ist möglich, weil in der öffentlichen Meinung eine Führungskraft immer als jemand gilt, der etwas leistet. Schließlich werden dafür ja die hohen Gehälter kassiert. Der praktische Nutzen von Führungskräften ist dagegen selten Gegenstand öffentlicher Diskussion.

Bestehende Karriere- wünsche werden angeheizt

Dies beginnt schon in der Hochschule. So wird beim Ingenieursstudium teilweise das Gefühl verbreitet, daß man in der Wirtschaft gebraucht wird, um dort neues Know-how zu bringen und ältere Kollegen zu verdrängen.

Von den Unternehmen werden Karrierehoffnungen ebenfalls geschürt. Dies geschieht z.B. durch Beurteilungsgespräche, wo die Entwicklungsmöglichkeiten der Mitarbeiter besprochen und falsche Verhaltensweisen gerügt werden.

Durch die hierarchische Organisation der Arbeit wird zudem der Zwang erzeugt, Karriere zu machen, um selber darüber zu bestimmen, wie die eigene Arbeit auszuführen ist.

Welchen Nutzen haben aber die Firmen von Führungspositionen?

Nachdem ich bisher der Frage nachgegangen bin, warum viele nach einer Karriere streben, stellt sich jetzt die umgekehrte Frage, wozu die Firmen Führungspositionen überhaupt brauchen.

Die Notwendigkeit von Führungspositionen stammt im Bereich der Forschung und Entwicklung nur noch zu einem geringen Teil aus den Bedürfnissen des Arbeitsablaufs. In Projekten ist z.B. ein Koordinator nötig, der überwacht, daß die Einzelschritte in der richtigen Reihenfolge bearbeitet werden. Er muß außerdem eingreifen, wenn irgendeine Teilaufgabe nicht rechtzeitig fertig wird.

Selbst bei dieser Aufgabe ist es aber fraglich, ob sie die Existenz von Führungspositionen rechtfertigt. Jeder, der in Projekten arbeitet, sollte die Möglichkeit haben, mal ein Projekt zu koordinieren. Dies müßte natürlich auf freiwilliger Basis geschehen.

Zum Aufgabenbereich von Führungskräften gehört weiter, daß sie Entscheidungen fällen, nach denen sich alle richten müssen. Bei Betrachtung eines Unternehmens insgesamt ergibt sich, daß zumindest zentrale Entscheidungen nötig sind. Um dies zu veranschaulichen, einige Beispiele anhand von BMW: Dort muß entschieden werden, ob neue Modelle produziert werden sollen. Und wenn ja, wie sie aussehen sollen, was dazu an neuen Produktionsmitteln sowie an Forschung und Entwicklung nötig ist und zu welchem Termin was begonnen werden soll. Für die Vorbereitung derartiger Entscheidungen sind zentrale Stellen erforderlich.

Mit „Führung“ hat dies aber nur dann etwas zu tun, wenn diese zentralen Stellen auch gleichzeitig die Entscheidungen fällen. Nur stellt sich immer mehr heraus, daß derartige Entscheidungen abgehoben von der Realität gefällt werden. Sinnvoller wäre es sicher, für diese Aufgaben Service-Abteilungen einzurichten, die Beschluß-Vorschläge zu erarbeiten haben. Dabei müßte der Grundsatz gelten: So dezentral wie möglich, so zentral wie nötig. Und offensichtlich werden die dort erarbeiteten Vorschläge um so besser werden, je mehr sie sich auf diejenigen stützen können, die die zentral gefaßten Entscheidungen anschließend durchführen müssen. Informationsfluß in beiden Richtungen ist dafür Voraussetzung.

Warum muß unbedingt „geführt“ werden?

Der Begriff „Führung“ ergibt nur dann Sinn, wenn gegen die Geführten etwas durchgesetzt werden muß, was diese nicht wollen. Und wirklich — ein Unternehmen in unserer Gesellschaft soll ja nicht den Interessen der dort Beschäftig-

ten dienen, es soll Gewinn für die Eigentümer erwirtschaften. Führungskräfte üben nicht nur nötige zentrale Tätigkeiten aus, sie sind auch Agenten der Eigentümer.

Führungskräfte müssen daher auch Unternehmensziele durchsetzen, die sich gegen Teile der Belegschaft richten. So muß z.B. die Bereitschaft bestehen, Belegschaftsteile wegzurationalisieren. Dazu können sogar die eigenen Untergebenen gehören. Um die dafür geeigneten Leute rauszusuchen, wird von der Firma ein Kampf jeder gegen jeden um die Führungspositionen inszeniert. Kämpfen ist gefragt, um in Führungspositionen zu kommen, wie auch, um drin zu bleiben. Wer sich dabei durchsetzt, der ist dann auch zum Einsatz gegen andere geeignet. Diese Methode erinnert an das Scharfmachen von Hunden.

Damit hat aber auch der Glanz der Macht, die von Führungskräften ausgeübt wird, Schattenseiten. Der Kampf jeder gegen jeden führt dazu, daß der einzelne sich ständig bedroht fühlt. Das ist die typische Stresssituation: Der Körper ist überaktiviert und instinktiv fluchtbereit. Abreagieren aber ist unmöglich.

Die Agententätigkeit von Führungskräften für Eigentümer der Firma ist ebenfalls nicht unproblematisch, da dadurch das Profitstreben der Unternehmen im Denken die Festigkeit einer Naturkonstante erhalten muß. Dies gerät in Kollision z.B. mit vorhandenen ökologischen oder auch sozialen Bedenken. Für Kollegen, die nach Selbstverwirklichung streben, wird damit eine Karriere zu einer zwiespältigen Angelegenheit: Scheinbar bietet sie zwar mehr Macht sowie die Möglichkeit, sich die Arbeit angenehm einzuteilen. Sie wird aber erkauft mit größerer Unterwerfung unter die Ziele des Unternehmens.

Wie ich bereits ausgeführt habe, gibt es Kollegen, deren Hauptanliegen es ist, oben zu sein, während das Streben nach Selbstverwirklichung keine Rolle spielt. Solche Leute sind zum Einsatz für die Firma und gegen Unterebene weitaus besser geeignet. Bei ihnen besteht auch nicht die Gefahr, daß ihre Selbstachtung unter ihrer Arbeit leidet. Das ist der Grund, warum sich dieser Menschentyp hartnäckig in Führungspositionen halten kann, obwohl doch ins Auge springt, daß sie gerade bei den sachlich notwendigen Tätigkeiten extrem ineffektiv sind.

Führungskräfte meinen in der Regel, sie müßten ihre Untergebenen leiten sowie „große Ideen“ einbringen, damit besser und billiger gearbeitet werden kann. Dieser Gedanke ist zunächst einmal gar nicht abwegig. Die Firma kauft immerhin Arbeitskräfte, die dann für die Firma und keineswegs für sich selber arbeiten sollen. Also muß jemand da sein, der ihnen sagt, was sie zu arbeiten haben. Und der für immer kostengünstigere Produktion sorgt.

Bei wenig komplizierten Maschinen sowie bei Einsatz von vielen ungelerten Arbeitern ist dies sicher auch noch möglich gewesen. Der Gedanke, die Tätigkeiten der Untergebenen leiten zu können, wird aber mit zunehmender Komplexität der Arbeiten immer illusorischer. Wenn oft oder sogar ständig bei der Arbeit neue Probleme zu lösen sind, dann ist es unmöglich, daß ein einzelner dies leiten kann. Er muß sich aufreihen, wenn er versucht, sich in alles reinzudenken.

Genau dies ist in der Praxis auch zu beobachten. Im Bereich Forschung und Entwicklung, wo die laufenden Arbeiten besonders kompliziert sind, gibt es viele Vorgesetzte, die sich in die Tätigkeit ihrer Untergebenen gar nicht mehr einmischen. Dafür ist dann aber in der Regel völlig unklar, wozu sie überhaupt noch da sind.

Führung und Hierarchie geraten ins Zwielicht

Für jemanden, der sich zu den wichtigsten Personen im Unternehmen zählt, ist es keineswegs einfach, zu der Erkenntnis zu gelangen, daß er im Grunde überflüssig ist. Trotzdem verstärken sich Zweifel am praktischen Nutzen von Führung. Immerhin sind Führungskräfte auch ein nicht-geringer Kostenfaktor. Für sinnlose Tätigkeiten rechnen

sich diese Kosten nicht. BMW z.B. hat Ende 1989 begonnen, das Führungspersonal zu reduzieren. Dabei ist es dem Konzern zunächst einmal gelungen, den Kampf um die verbleibenden Posten weiter anzuhetzen.

Die Zweifel sind aber dennoch tiefergehend. Wie eine Bombe eingeschlagen sind die Erkenntnisse des amerikanischen Instituts MIT (Massachusetts Institute of Technology), das herausgefunden hat, daß das Geheimnis der hohen Produktivität der japanischen Automobilindustrie die Gruppenarbeit ist, die die Grundlage für die „lean production“, die schlanke Produktion, ist.

Die folgende Zusammenfassung stammt von einem Kollegen bei BMW: „Herzstück der lean production sind dynamisches Team work, verbunden mit Eigeninitiative, freier Informationsfluß (keine „Wissen-ist-Macht-Attitüde“), mehrfach qualifizierte Mitarbeiter (job rotation), ein Geist gegenseitiger Verpflichtung/Wertschätzung (in Japan: Garantie des Arbeitsplatzes), der Wille zu Delegation von Verantwortung seitens des Managements.“ Und: „In der Produktentwicklung legen die Japaner



großen Wert auf starke Teams, die Produkt- und Prozeß-Engineering gleichermaßen abdecken. Die Teamfähigkeit und Teamleistung werden höher bewertet als geniales Spezialistentum. Dies findet in der Karriereplanung seinen Niederschlag.“ (Die Zusammenfassung wurde nach der englischen Originalfassung erstellt und BMW-intern diskutiert. Mittlerweile ist das Buch zur Studie in deutsch erschienen: „Die zweite Revolution in der Autoindustrie“, Womack, Jones, Roos, Campus Verlag 1991. Dort wird „lean production“ durchgehend mit „schlanke Produktion“ übersetzt.)

Die Konkurrenz zwingt in Europa und in den USA zumindest die Automobilindustrie, diese Produktionsform zu übernehmen, oder aber sie geht unter. Bei BMW gibt es denn als Rationalisierungsmaßnahme folgende Zielvorstellung: „Personal ist die wichtigste Ressource zur BMW-Zukunftssicherung.“

Hochleistungsorganisation ist ohne motiviertes, qualifiziertes und intelligent eingesetztes Personal nicht realisierbar. (...)

Hierarchische Instanzen werden abgelöst durch eigenverantwortliche Handlungsstrukturen.

Selbstverantwortlichkeit des Indivi-

duums wird wesentliches Motivationsprinzip.

Gruppe/Team wird zur Produktivitätsquelle.

Effizienz in diesem Sinne: Zusammenspiel selbständig handelnder Mitarbeiter, die sich auch als Partner des Unternehmens verstehen.“ (NP-Projekte, Folie vom 24. 10. 1990)

Der BMW-Betriebsratsvorsitzende Schoch hat denn auch konsequenterweise auf der letzten Betriebsversammlung (25. 11. 1991) den Abbau von Hierarchiestufen im Management verlangt.

Wie können schädliche Auswirkungen des Karrierestrebens verhindert werden?

Aus den dargelegten Überlegungen ergibt sich, daß es nicht ausreicht, dafür sorgen zu wollen, daß die richtigen Leute in Führungspositionen kommen. Sogar die Forderung vom Kollegen Schoch bei BMW nach Reduzierung der Hierarchiestellen ist wohl noch nicht weitgehend genug: Vom Gedanken, eine komplizierte Produktion könne „geführt“ werden, muß Abschied genommen werden. Anstelle von Führungskräften müssen Dienstleistungsabteilungen geschaffen werden, die zentrale Entscheidungen vorbereiten.

Das soll uns aber nicht daran hindern, jeden Widerstand von Kollegen in Führungspositionen gegen die völlige Vereinnahmung durch die Firma zu unterstützen, auch wenn dabei Führung immer noch vorausgesetzt wird. Der Kampf gegen Führung und Hierarchie richtet sich nicht gegen diejenigen, die sich in diesen Positionen befinden. Wir müssen vielmehr versuchen, auch diese Kollegen zu überzeugen. Wenn dieser Kampf gewonnen wird, dann werden zumindest die Kollegen, die bisher nur in einer Karriere die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung sehen, besser auf ihre Kosten kommen. Benachteiligt werden Kollegen mit Hang zum Schmarotzertum. Um die ist es aber auch nicht schade.

Offene Fragen
Welches Ausmaß hat an der Tätigkeit von Führungskräften die Vertretung von Kapitalinteressen (Firmenaufkäufe, Einflußnahme auf Regierung, Mitarbeit in Unternehmensverbänden, etc.)? Wie sind diese Tätigkeiten zu beurteilen?

Welche Macht haben Führungskräfte? Was können sie eigenmächtig tun, wo sind sie Sachzwängen bzw. dem Firmeninteresse unterworfen? Nimmt die Entscheidungsfreude von Führungskräften mit wachsender Hierarchiestufe ab?

Warum hat es über einen längeren Zeitraum die Tendenz zur Aufblähung der Führungsbereiche gegeben? Liegt dies daran, daß Erwartungen von eingestellten akademisch geschultem Personal erfüllt werden mußten? Spielt eine Rolle, daß die Führungsaufgaben nicht mehr zu bewältigen waren und deshalb zunächst einmal mehr Führungskräfte eingestellt wurden?

Diskussionsveranstaltung am 12. Oktober in Köln

Wahlrecht / Asylrecht Rechte der Ausländer in der BRD

Im Anschluß an die Herbsttagung der 12. o. Bundesdelegiertenkonferenz des BWK lädt das Präsidium der Bundesdelegiertenkonferenz für Sonntag, den 12. Oktober 1992 zu einer Diskussionsveranstaltung unter dem obigen Thema ein.

Ort: Jugendgästehaus, An der Schanz 14, 5000 Köln Riehl. Beginn: 9 Uhr, voraussichtliches Ende: 15 Uhr.

Vertreter der Kurdistan-Komitees Köln, von Feyka Kurdistan und von der Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V. (DIDF) haben ihr Erscheinen bereits zugesagt. Sie bereiten kurze Einführungsreferate vor zu den Themen:

— Vereinigungsfreiheit von Ausländern / Ausländerverfolgung in der BRD, Recht auf Gebrauch der eigenen Sprache, Gewerkschaftspolitik (Kurdistan-Komitee, Feyka Kurdistan);

— Geschichte und Interessen der Ausländerbeschäftigung in der BRD, Diskussion um Wahlrecht, Einwanderungsgesetz, doppelte Staatsbürgerschaft (DIDF).

Wir würden uns freuen, weitere Vertreter von ausländischen Organisationen / Ausländerbeiräten / Ausländerausschüssen zu unserer Diskussion begrüßen zu können.

Anmeldungen bitte richten an: Präsidium der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel. 0221 / 21 64 42

— (Präsidium der Bundesdelegiertenkonferenz, c/s)

Termine

29. 8. 92 Treffen der Landes-Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik Baden-Württemberg. Themen: Eigenbetriebsgesetz Baden-Württemberg und Krankenhausprivatisierung; Pflegediskussion. Beginn: 10.30 Uhr. Ort: Mannheim, Friedensbüro.

1. 9. 92. Anti-Kriegstag.

12./13. 9. 92 MV der AG für antifaschistische Bildungspolitik in Hannover, Freizeithaus Lister Turm, Walderseest. 100, von Samstag, 12 Uhr, bis Sonntag, 15 Uhr. Themen: Erfahrungsaustausch zur gegenwärtigen politischen Entwicklung in der BRD, insbesondere in der Bildungspolitik: Das Ende des Sozialstaats — die veränderten materiellen Rahmenbedingungen und „Sachzwänge“ in ihrer Wirkung auf den Bildungsbereich. Entwicklungstendenzen in der Arbeitsorganisation der Konzerne und Auswirkungen auf Schule und Hochschule. Politische Entrechtung im öffentlichen Dienst, insbes. im Schulbereich — Beamtenrecht und Europa.

19. 9. bis 29. 9. Der europaweite Marsch für gleiche Rechte und gegen Rassismus beginnt in Wien, Hamburg, Bremen und Berlin. Veranstalter: Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V. (DIDF) u.a. Der Marsch endet in Straßburg.

26./27. 9. 92. Wochenendseminar der Arbeitsgemeinschaft Ost-West-Solidarität im Gesundheitswesen. Ort: Birkenhain, bei Leipzig.

26./27. 9. 92. Jahres-Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe. Frankfurt/Main, Haus der Jugend, Deutscherrenner 12. Von Samstag, 14 Uhr, bis Sonntag, 15 Uhr.

10. bis 17. 10. Gewerkschaftstag der IG Metall in Hamburg.

10./11. 10. 92. Herbsttagung der 12. Bundesdelegiertenkonferenz des BWK.

11. bis 17. 10. Gewerkschaftstag der IG Medien in Augsburg.

24./25. 10. Herbstsitzung des Koordinationsausschusses der Kurdistan-Solidaritätsgruppen sowie Beratung der Kurdistan-Solidaritätsgruppen über die Verbesserung ihrer Zusammenarbeit. Samstag, ab 13 Uhr, in Gießen.

31. 10./1. 11. 92. Seminarwochenende und öffentliche Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik (Themen: Perspektiven linker Wohnungspolitik — Möglichkeiten linker Gemeinderats-Opposition heute — u.a.) in Frankfurt. Anmeldung erbeten.

1. bis 5. 11. 92. Gewerkschaftstag der HBV in Mainz.

7. 11. 92. Herbsttagung der GNN-Verlage in Köln.

8. 11. 92. Herbsttagung des Arbeitskreises Politische Berichte in Köln.

9. 11. 92 54. Jahrestag der Reichspogromnacht.

13. bis 15. 11. 92. Berlin: „Europäischer Antirassismuskongreß“ der PDS unter dem Titel: „Gegen eine Festung Europa“.

14./15. 11. 92. Bundes-Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik. Genauer Ort und Themen werden noch bekanntgegeben.

28./29. 11. 92. a.o. Arbeitskonferenz der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg in Köln, Jugendgästehaus. Themen: * Großmacht BRD * Ursachen und Funktion faschistischer Parteibildung * Aufgaben antifaschistischer Bündnispolitik.

19. 12. 6. Seminar von Linken aus Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Schleswig-Holstein. Thema: Welche Aufgaben ergeben sich für die Linken aus dem jetzigen Stand der europäischen Integration (Maastricht/EG-Wahlen 1994)? Ort Schwerin, Großer Moor 2-6, Raum 316 (Landesvorstand der PDS), 10 bis 16 Uhr.

Die Protestaktionen von Roma in Nordrhein-Westfalen dauern an. Noch immer leben fünf Roma-Familien in den Gemeinderäumen der Antoniterkirche in der Kölner Innenstadt, sie können das Gebäude nicht verlassen, weil die Polizei nach ihnen fahndet, denn sie sollen abgeschoben werden. Der Gemeindevorstand hat sich nochmals mit einem Brief an Landesinnenminister Schnoor gewandt, in dem er unter anderem fordert: „Wir bitten Sie deshalb dringend, sich schnell und mit Nachdruck dafür einzusetzen, daß Roma nicht mehr unter das Ausländergesetz fallen. Die Roma gehören zu einer Volksgruppe, die in Europa immer wieder vertrieben worden ist. Wie die Juden waren sie Opfer des nationalsozialistischen Rassenwahns, und darum haben wir für sie eine besondere Verantwortung. Wir plädieren für einen sofortigen Abschiebestopp und für ein vereinfachtes Aufenthaltsverfahren.“

Drei Historikerinnen und Historiker haben mit Unterstützung und auf Initiative der Rom e.V. eine Studie vorgelegt, in der nicht nur allgemein nachgewiesen wird, daß die Roma von den Nazis rassistisch verfolgt wurden, sondern insbesondere die Roma in den Balkanländern nahezu ausgerottet wurden. Keine einzige der Familien, die das Bleiberecht in der BRD fordern, ist vor den Nazi-Verfolgungen sicher gewesen, jede hat Opfer zu beklagen. In einem groben Überblick zeichnen die Historikerinnen die rassistische Verfolgungspolitik im von den Faschisten besetzten und zerstückelten Jugoslawien in der Zeit von 1941 bis 1945 nach. Sie weisen darauf hin, daß insbesondere über die Vernichtung der Roma wenig Unterlagen existieren, teilweise haben die Faschisten die Unterlagen vernichtet, teilweise ist eine Auswertung erst begonnen. Selbst über die Zahl der jugoslawischen Roma, die von den Faschisten niedergemetzelt, durch Arbeit und Hunger vernichtet und in Auschwitz vergast worden sind, gibt es unterschiedlichste Angaben. Mindestens 100.000, wahrscheinlich 190.000 bis 300.000 Roma sind dieser Ausrottung zum Opfer gefallen.

Im Mai 1941, gleich zu Beginn der Errichtung der deutschen Militärverwaltung über den serbischen Teil Jugoslawiens, erließ der damalige Militärbefehlshaber in Serbien eine Verordnung gegen die als „Juden“ oder „Zigeuner“ und die mit ihnen verheirateten Menschen heraus, die unter anderem die Kennzeichnung durch gelbe Armbinden festlegte und die Konfiszierung des Eigentums dieser Menschen gestattete, die Ausübung öffentlicher Ämter und die Beschäftigung im öffentlichen Dienst untersagte.

Bald begannen die Nazis, Juden und Roma systematisch in Lagern zusammenzutreiben und sie als Geiseln zu erschießen. Die Anweisung des Militärbefehlshabers war, zur Abschreckung der Partisanen, insbesondere der Nationalen Befreiungsarmee, für jeden getöteten 100 und für jeden verletzten deutschen Soldaten 50 Geiseln zu er-

Zur Verfolgung der Roma durch den Nationalsozialismus und den Folgen daraus

schießen. Tausende sind so in kurzer Zeit umgebracht worden, Zigtasende wurden in andere Konzentrationslager in Deutschland, Österreich und Polen verfrachtet. Bereits im August 1942, als General Löhr als Militärbefehlshaber Südost abgelöst wurde, stellte der Leiter der Militärverwaltung, Staatsrat Turner, in einer Rede fest: „Im Interesse der Befriedung wurde durch deutsche Verwaltung zunächst der Einfluß der Juden auf die Öffentlichkeit und die serbische Verwaltung und Wirtschaftsführung ausgeschaltet und die Judenfrage ebenso wie die Zigeunerfrage völlig liquidiert (Serbien einziges Land, in

dem Judenfrage und Zigeunerfrage gelöst)“.

Neben der knappen Übersicht über diese Tätigkeit der Nationalsozialisten enthält das Buch Berichte von 25 Roma über die Verfolgung durch die Nazis. Diese Roma leben zur Zeit in Köln und kämpfen um ihr Bleiberecht. Wir dokumentieren drei dieser Berichte.

Karola Fings, Cordula Lissner, Frank Späring, „... einziges Land, in dem Judenfrage und Zigeunerfrage gelöst.“ Die Verfolgung der Roma im faschistisch besetzten Jugoslawien 1941-1945, herausgegeben vom Rom e.V. Köln, 10,- DM, zu beziehen bei: Rom e.V. Köln, Bobstraße 6-8, 5000 Köln 1 — (uld, anl)



Herr L. ist heute über 92 Jahre alt und lebt in Köln.



Frau L.: „Wir sind zu den Partisanen geflohen.“

Bericht von Frau L. aus Makedonien

Meine Eltern stammen aus Prilep in Makedonien. Mein Vater hat Kessel gemacht für die Herstellung von Slivovic und Marmelade. Meine Familie ist mit Pferd und Wagen hauptsächlich durch Makedonien gereist. Wir haben Kessel verkauft und repariert. Vor dem Krieg ging es uns sehr gut. Wir reisten meist in einer Gruppe. Mein Vater machte gute Arbeit, und wir hatten immer genug Geld zum Leben.

Dann kam der Krieg. Ich war neun Jahre alt. Wir waren damals in Dubovo in Makedonien. Bulgarische Soldaten kamen. Sie

haben alle Männer mitgenommen. Sie mußten eine Arbeit machen. Danach kamen die Männer wieder nach Hause. Dann kamen Deutsche und haben die Leute aus dem Dorf geholt und mitgenommen. Sie haben 280 Menschen erschossen, Männer, Frauen und Kinder. Darunter war mein Vater. Meine Mutter hat die Leiche meines Vaters zwischen den anderen Toten auf einem Feld gefunden. Meine Mutter war mit uns Kindern in den Wald geflüchtet, als die Deutschen kamen. Wir sind zu den Partisanen geflohen. Mit ihrer Hilfe haben wir überlebt.

Ich blieb bei meiner Mutter, bis ich fünfzehn Jahre alt war. Ich habe die Geschwister ver-

sorgt. Wir mußten oft hungern, es ging uns sehr schlecht. Dann habe ich geheiratet und bin nach Skopje gezogen. Sieben meiner acht Kinder sind in Skopje geboren. Mein Mann hat die gleiche Arbeit gemacht wie mein Vater. Wir sind wieder durch Makedonien gereist. Vor 18 Jahren sind wir nach Italien gegangen, weil wir in Makedonien vom Handel nicht mehr leben konnten. In Italien ging es uns besser, wir handelten mit Messing und verkauften auf Flohmärkten. Meine Kinder arbeiteten in italienischen Haushalten. Vor zwölf Jahren gingen wir dann nach Holland. Die Königin gab den Roma einen Wald, in dem sie Baracken bauen konnten. Jetzt leben viele Roma in Holland zusammen mit den Holländern und können dort arbeiten. Auch einer meiner Söhne lebt dort, er hat eine Autowerkstatt.

Bericht von Herrn M. aus Kosovo

Ich komme aus dem Kosovo. Ich war Kupferschmied, bin mit meinem Pferd und mit einem Zelt von Dorf zu Dorf gereist und habe so meinen Lebensunterhalt verdient.

Während des Krieges haben die deutschen und jugoslawischen Faschisten viele Roma gequält und umgebracht. Im KZ Jasenovac wurden eines Tages 400 Menschen aus dem Lager getrieben und in einem großen Graben verbrannt. In diesem KZ mußten abends fünf bis sechs Männer musizieren und tanzen und wurden anschließend erschossen. Dort wurden auch drei meiner Brüder, meine zwei Schwestern, mein Vater und meine Großmutter umgebracht. Zwei meiner Brüder sind von den Faschisten verschleppt und wahrscheinlich auch umgebracht worden. Da ich kochen konnte, wurde ich nicht umgebracht, sondern als Koch der Militärs im KZ Baniza bei Belgrad eingesetzt. Ich war ein Jahr dort, konnte dann fliehen und schloß mich einer Partisanengruppe an. Wir haben im Wald gelebt und uns versteckt. Nach einem halben Jahr wurde ich aufgefunden, war dann wieder im KZ, bis zum 21. Oktober 1944, als ich befreit wurde.

1945 sind wir nach Rumänien gegangen, da meine Frau aus Rumänien stammt und dort noch Verwandte von ihr lebten. Dort lebten wir drei bis vier Jahre, waren dann noch einmal in Jugoslawien und anschließend in Italien, Frankreich, Österreich, Belgien und sind dann nach Deutschland gekommen. Meinen Lebensunterhalt habe ich durch kleinere Kupferschmiedearbeiten und Handel verdienen können und Verwandte haben uns unterstützt, doch wir wurden immer wieder vertrieben.

Hitler hat viele unserer Leute, meine Verwandten umgebracht, und jetzt geben sie uns noch nicht

einmal ein Bleiberecht.

Wieviel Geld müßte als Entschädigung gezahlt werden? Millionen!

Aber wir brauchen kein Geld, wir brauchen ein Bleiberecht! Wir möchten eine Arbeit, eine Wohnung, wir wollen, daß unsere Kinder zur Schule gehen können und so leben wie andere Menschen. Ich will hier bleiben, bis ich sterbe!

Bericht von Herrn J. aus Serbien

1941 kamen die deutschen Faschisten nach Smederevska Palanka und haben in unserem Dorf Depotin 25 Roma-Familien zusammengetrieben. In einer Ruine wurden alle 25 Familien erschossen. Nur mein Sohn und ich haben überlebt. Wir mußten alle Toten der 25 Familien begraben und so haben wir überlebt. Nach dieser Beerdigung wurden mein Sohn und ich in das Lager Smederevska Palanka deportiert.

In Smederevska Palanka mußten wir Tag und Nacht arbeiten, damit die Faschisten uns nicht töteten. Wir als Kupferschmiede mußten Kupfer und andere farbige Metalle sammeln. Wir muß-

ten in den umliegenden Dörfern nach diesen Metallen suchen und ohne 20 Kilogramm Metall durften wir nicht zurückkommen.

1945 haben uns die Partisanen befreit. Von meiner ganzen Familie waren nur mein Sohn und ich übriggeblieben. Wir mußten von Dorf zu Dorf gehen und betteln, um uns zu ernähren. Unseren Beruf konnten wir nicht mehr ausüben, weil kein Kupfer mehr da war und uns das Werkzeug fehlte. Wir haben vom Betteln gelebt.

1952 heiratete mein Sohn, und so waren wir zu dritt und konnten zu drei Personen bei einem Bauern arbeiten und für einen Tageslohn dort wohnen. Jahr für Jahr haben wir bei dem Bauern gearbeitet bis 1965. Dann zogen wir durch Jugoslawien, um ein besseres Leben zu suchen.

überall waren wir diskriminiert und wurden als Kriminelle behandelt. Deswegen haben wir zum ersten Mal versucht zu fliehen und gingen nach Italien. Von 1970 an sind wir mit meiner Familie in Westeuropa gewesen, in Frankreich, Belgien, Holland, Österreich und zuletzt Deutschland, und hier wollen wir auch bleiben für immer.

Geheim

Oberleutnant Walther
Chef 9./I.R.433.

O.U., den 1. 11. 1941.

Bericht über die Erschießung von Juden und Zigeunern.

Nach Vereinbarung mit der Dienststelle der SS holte ich die angesuchten Juden bzw. Zigeuner vom Gefangenenslager Belgrad ab. Die Lkw. der Feldkommandatur 599, die mir hierzu zur Verfügung standen, erwiesen sich als unzuverlässig aus zwei Gründen:

1. Werden sie von Zivilisten gefahren. Die Geheimhaltung ist dadurch nicht sichergestellt.
2. Waren sie alle ohne Verdeck oder Plane, sodaß die Bevölkerung der Stadt sah, wen wir auf den Fahrsitzen hatten und wohin wir dann fuhren. Vor dem Lager waren Frauen der Juden versammelt, die heulten und schrien, als wir abfuhren.

Der Platz, an dem die Erschießung vollzogen wurde, ist sehr günstig. Er liegt nördlich von Panosevo unmittelbar an der Straße Panosevo - Jabuka, an der sich eine Böschung befindet, die so hoch ist, daß ein Mann nur mit Mühe hinauf kann. Dieser Böschung gegenüber ist Sumpfgebiet, dahinter ein Fluß. Bei Hochwasser, (wie am 29.10.) reicht das Wasser fast bis an die Böschung. Ein Entkommen der Gefangenen ist daher mit wenig Mannschaft zu verhindern. Ebenfalls günstig ist der Sandboden dort, der das Graben der Gruben erleichtert und somit auch die Arbeitseile verkürzt.

Nach Ankunft etwa 1 1/2 - 2 km vor dem angesuchten Platz stiegen die Gefangenen aus, erreichten in Pulmaroch diesen, während die Lkw. mit den Zivilfahrern sofort zurückgeschickt wurden, um ihnen möglichst wenig Anhaltspunkte zu einem Verdacht zu geben. Dann ließ ich die Straße für sämtlichen Verkehr sperren aus Sicherheits- und Geheimhaltungsgründen.

Die Richtstätte wurde durch 3 J.M.G. und 12 Schützen gesichert:

1. Gegen Fluchtversuche der Gefangenen.
2. Zum Selbstschutz gegen etwaige Überfälle von serbischen Banden.

Bericht des Oberleutnants Walther über die Erschießung von Juden und Zigeunern als Geiseln.

Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Halbjahres- / Jahresabo (26,- bzw. 52,- DM je Einzelabo)
- ☐ im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo)
- ☐ Halb- / Jahresabo für neue Länder (16,90 bzw. 33,80 DM im Jahr)

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:
Straße:
Postleitzahl/Ort:
Konto-Nr./BLZ:
(Bank) (Unterschrift)

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226, Tel.: 0221/21 64 42. Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celebi (über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 12 07 22, 6800 Mannheim 1), Jörg Deljen (über: GNN, Postfach 260 226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Dachauerstr. 28, 8000 München 2), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Staschke (über: GNN-Verlag, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz), Werner Thümmel (über: GNN, Czernikstr. 5, 1000 Westberlin 62). Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.B.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 114 43 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM (Förderabo 78,- DM). Für

Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,- DM; das Halbjahresabo kostet 16,90 DM/Jahresabo 33,80 DM. Bestellungen bitte an die regionale Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Deljen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Staschke; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig verteilbar: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Bestelladressen: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.B.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226. GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76. GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czernikstr. 5, 1000 Westberlin 62. GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1. GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1. GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11. GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1. GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Dachauerstr. 28 (Rbg.), 8000 München 2.

für Bezieher aus Ostdeutschland: GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz.